Nr. 249.

11. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 25. Oktober 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Junkerliche Staatsrettterei.

Nichts, aber auch garnichts haben sie gelernt aus der Geschichte, unsere erbittertsten Gegner, nicht einmal die Lehren der allerjüngsten Vergangenheit haben sie verstanden, nicht einmal die Geschichte, die sie selbst erlebt, und doch unterfangen sie sich, eine große geschichtliche Bewegung bemeistern zu wollen. Wie Crispi in seiner Bekämpfung der Sozialdemokratie die alten erkrankten Waffen der Bismärckischen Zwangsmaßregeln sich zu eigen machte, wissen auch unsere einheimischen Ordnungsretter sich keinen besseren Rath in ihrer kopflosen Verlegenheit, als die nämlichen Mittel zu empfehlen, die schon einmal kläglich fehlschlugen. Und wären es noch allein die Mittel, in deren Zweckdienlichkeit sie sich irren — sie verkennen völlig das Wesen der ganzen Bewegung, die sie vernichten wollen. Da es uns nun aber einmal beschieden ist, mit Leuten von solcher Geistesbeschaffenheit den Kampf um unsere Daseinsberechtigung zu führen, ist es für uns höchst werthvoll, genau darüber unterrichtet zu sein, was diese Gegner von uns denken und wie sie uns beizukommen trachten.

Es ist daher sehr dankenswerth, daß der „Reichs-Anzeiger" den vollen Wortlaut der Adresse des Bundes der Landwirthe in Ostpreußen an den Kaiser veröffentlicht hat. Da finden sich einige uns gewidmete Kraftstellen, die das Organ des Bundes, die „Deutsche Tageszeitung", ob aus Scham oder Vorsicht, wissen wir nicht, verschwiegen hat. Sie geben dem ganzen schwülstigen Machwerk erst die rechte Würze, und deshalb müssen wir sie nunmehr unseren früheren Mittheilungen aus der Adresse und der Antwort des Kaisers nachtragen.

Da thun die grundbesitzenden Edlen und Getreuen zunächst für ihre eigenen oppositionellen Regungen Buße mit den winselnden Worten:

„Ausschreitungen, welche unseren Gegnern Veranlassung gaben, den Versuch zu machen, uns von unserem berechtigten Fundament der Königstreue herabzudrängen, welche den Schein erwecken konnten, als ob Eurer Majestät persönlicher Wille bekämpft würde, als ob sich eine systematische Opposition hervorwage, bedauern wir auf das schmerzlichste und nehmen, soweit die ganze Bewegung damit belastet ist, die Verzeihung, welche Eure Majestät allergnädigst gewähren wollen, mit allerunterthänigstem Dank an".

Erleichterten Herzens stürzen sie sich dann, zur Bethätigung ihrer überschwänglichen Unterthänigkeit, auf die „Umstürzler" los mit den Worten:

„Heute sind es noch etliche Hundert zielbewußte Führer, welche lediglich in größeren Städten vor aller Augen offen und ungescheut ihre zersetzende Arbeit betreiben. Die große Menge der jenen zujauchzenden Stimmen gehört den Verführten, den Unreifen und den durch eigene Schuld Verkommenen aller Stände an. Eine straffe Gesetzgebung wird in der Hand einer energischen Exekutive heute noch im Stande sein, die Bewegung, soweit sie staatsgefährlich und verbrecherisch ist und Deutschlands Ehre befleckt, kurzer Hand zu unterdrücken."

Man traut seinen Augen kaum, wenn man liest, daß im Jahre 1894, vier Jahre nach dem kläglichen Zusammenbruch der zwölfjährigen Zwangsgesetze, Männer in Deutschland, die den Anspruch auf politische Geltung erheben, so gänzlich blind sein können gegen das, was rings um sie vorgegangen ist und noch vorgeht. Ein paar Hundert Hetzer brauchen nur beseitigt zu werden „kurzer Hand", dann werden die von ihnen Verführten wie reuige Schafe zurückkehren in den obrigkeitlichen Pferch, der von Gendarmen umkreist und in sicherer Obhut gehalten wird. Zu dieser Politik kurzer Hand bedarf es nur einer „straffen Gesetzgebung" und einer „energischen Exekutive".

Den genialen Urhebern dieses Ergusses schwebt augenscheinlich so etwas wie Masseneinkerkerung und Massenverschickung nach irgend einer der herrlichen deutschen Kolonien vor, deren Klima kurzer Hand mit den Europäern aufräumt. Das wäre zwar eine Fortbildung der Heilmittel des Sozialistengesetzes, das nur die einfache Ausweisung kannte.

Aber selbst, wenn es zu solchen Barbareien nach dem Vorbilde Crispi's und Napoleon's III. kommen sollte, so würden die Ordnungsretter an ihren neuen Experimenten ebenso wenig Freude erleben, wie vordem an den alten. Noch weniger vielmehr, denn um so rascher würden sie von der Strömung, der sie sich entgegen stemmen wollen, hinweggeschwemmt werden, da diese Strömung um so mächtiger geworden ist. Die nahezu zwei Millionen Männer, die von den agrarischen Bündlern kurzer Hand als „Verführte, Unreife und Verkommene aller Stände" abgethan werden, würden denn doch bald Gelegenheit finden, den ostpreußischen Junkern und deren Gesinnungsgenossen einen Denkzettel zu ertheilen, dessen Lehren etwas besser bei ihnen haften bleiben als die der Jahre 1878—90. Was sie in ihrer Kurzsichtigkeit kurzer Hand unternommen, müßte binnen Kurzem kurz und klein gehen.

Unsere Worte zwar werden in den Wind gesprochen sein bei den agrarischen Staatsrettern. Voll unterthänigsten Stolzes schwillt ihre Ritterbrust ob der kaiserlichen Erwiderung auf ihre Adresse:

„Es gereicht mir zur Befriedigung, daß meine Hoffnung, die Ostpreußen würden auch jetzt in erster Linie ihrem Könige in dem Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung folgen, sich schon jetzt zu erfüllen beginnt."

Diese anerkennenden Worte haben dem Vorkommniß, das man sonst nur von seiner heiteren Seite auffassen könnte, erst seine ernstere Bedeutung verliehen. Es muß sich nun zeigen, ob alle jene schwellenden Worte kurzer Hand in Thaten umgesetzt werden. Doch was geschehen mag — wir sind auch auf die junkerliche Politik kurzer Hand von langer Hand vorbereitet.

Parteitag
der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Schluß der Nachmittags-Sitzung.

Frankfurt a. M., 23. Oktober.

Dreesbach (fortfahrend): Rüdt's Stimme gab den Ausschlag in der Kommission. Wenn das Zentrum etwas erreichen wollte, mußte das Zentrum seinem Zusatzantrag zustimmen. Im Plenum suchte das Zentrum den Zusatz wieder zu Fall zu bringen. v. Buol beantragte die Streichung. Wir stimmten dagegen und der Buol'sche Antrag fiel. Nun kam der Gesetzentwurf mit dem Zusatzantrage Rüdt zur Abstimmung. Das Zentrum, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten Dreesbach und Stegmüller stimmten dafür. Rüdt aber stimmte dagegen. Das war ein merkwürdiges Schauspiel. Beim Gesetzentwurf II stellte Rüdt wiederum seinen Zusatzantrag. In der Debatte wurde von allen Rednern darauf aufmerksam gemacht, daß der Zusatz zu diesem Punkte Unsinn sei, da es nicht angehe, an einen Gesetzentwurf, der die Auslöschung eines bestehenden Ausnahmegesetzes verlange, den Hinweis zu knüpfen, daß die allgemeinen Staatsgesetze wieder Platz greifen sollten; denn das sei selbstverständlich. Ich redete Rüdt zu, seinen Antrag zurückzuziehen; er schien mir auch zunächst geneigt, schließlich erklärte er aber, sein Zusatz müsse bestehen bleiben. Bei der Abstimmung stimmten Stegmüller und ich für die Streichung des Rüdt'schen Amendements, Rüdt stimmte dagegen. Bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf II des Zentrums stimmten Stegmüller und ich dafür, Rüdt enthielt sich der Abstimmung. Ich muß noch nachtragen, daß entgegen unserer vorherigen Abmachung Rüdt in der Debatte eine Philippika gegen die Orden und Klöster hielt, die vielleicht ganz am Platze gewesen wäre, wenn es sich um die Fragen gehandelt hätte, ob die Orden ein Kulturinstitut seien oder nicht. Darum handelte es sich aber im vorliegenden Falle gar nicht, sondern darum, ob die Sozialdemokratie auch im Parlament dafür eintreten soll, was das Programm ihr vorschreibt. Rüdt's Rede, die die Kulturkämpferreden der Nationalliberalen Kiefer und Fiefer übertraf, war da nicht am Platze. Durch sein Verhalten setzte er sich in Widerspruch zu dem

Feuilleton.

21

Erinnerungen eines Kommunarden.

Aus dem Französischen von Jakob Audorf.

Paris in Blut und Flammen.

Bald mußten wir Passy verlassen, um in die Holzbaracken auf dem Champ Mars überzusiedeln, und nach einigen Tagen verbreitete sich das Gerücht, daß die Versailler Truppen in die Stadt eingedrungen seien. Die Bomben platzten am Sonntag Abend in der Esplanade, ein Beweis, daß die feindlichen Batterien bereits einen Theil des städtischen Walles besetzt hatten. In der Nacht um zwei Uhr war der Champ Mars schon geräumt. Meine Leute, welche volles Vertrauen in mich setzten, wollten nicht ohne meinen Befehl abziehen und setzten mich von dem Vorgefallenen in Kenntniß. Ich begab mich in höchster Eile in die Mitte des Feldes zum Zelt des Kommandirenden. Dieser meinte:

„Es hat nichts zu bedeuten, das ist nur eine Panik. Ich möchte aber doch wohl wissen, was das für Bataillone sind, die drüben den Trocadero hinaufsteigen."

„Um das zu wissen," erwiderte ich ihm, „hätten Sie den Quais und die Brücke von Jena besetzen sollen."

Lebhaftes Gewehrfeuer erschallte von der Höhe des Trocadero herüber. Zwei Stunden später fielen die Geschosse schon auf dem Champ Mars nieder und schlugen in die école militaire (eine große Kaserne) ein.

„Ich bin unter Ihrem Kommando," wendete ich mich an den Obersten, was befehlen Sie?"

„Machen Sie, was Sie wollen, ich eile aufs Stadthaus, um mir neue Instruktionen zu holen."

Man räumte bereits die école militaire. Die Pferde und Kanonen eilten im Galopp davon. Ich zog mit meinem Bataillon in guter Ordnung über das Marsfeld.

Ein Bürger mit rother Schärpe, der mir entgegen kam, meinte: „Sollten wir hier nicht eine Barrikade errichten?"

Unter dem Feuer des Trocadero aber und noch dazu an diesem strategisch gar nicht haltbaren Punkte war es ein Unsinn und wir marschirten direkt über die Brücke von Solferino nach dem Garten der Tuilerien, dessen Terrassen mit den benachbarten Barrikaden eine gute Vertheidigungslinie bildeten und ich ließ bei meinem Vorgesetzten um neue Verhaltungsbefehle nachsuchen. Er ließ uns sagen, wir sollten uns in unser Arrondissement begeben. Es war fünf Uhr Morgens. In der Nacht war der Befehl erlassen worden, Barrikaden zu bauen, aber ohne nähere Angabe wie und wo.

Ich verlor jedoch den Muth nicht, sondern suchte mich so schnell wie möglich zu orientiren. Unsere Rückzugslinie konnte nur nach dem Montmartre zu sein; ich ließ deshalb in unserem Stadttheil eine Reihe von Barrikaden errichten, welche geeignet waren, für uns eine günstige Vertheidigungslinie dem Innern von Paris gegenüber zu bilden.

Der Arzt unseres Bataillons, ein junger, thätiger und intelligenter Mann, ging sogleich ans Werk, in der öffentlichen Verkaufshalle ein Lazareth herzurichten. Und zwanzig junge Mädchen beschäftigten sich unter Leitung Sylvia's damit, Alles zur Aufnahme von Verwundeten vorzubereiten, sowie Leinen und Charpie in Bereitschaft zu halten. Es war dies am Montag. Gegen Abend verfügte ich mich in unsere Wohnung, um meine Papiere zu ordnen und verschiedene davon zu vernichten. Den Rest der Nacht verbrachte ich damit, die Posten zu inspiziren und von der Kirche la Madeleine bis zum Montmartre zu patrouliren.

Am Dienstag Morgen erfuhr ich zu meiner Ueberraschung, daß die Versailler Truppen den Montmartre von der Rückseite angriffen. Wir, Sylvia, der junge Arzt und ein junger Künstler, der mit im Lazareth beschäftigt war, frühstückten in aller Eile in einer kleinen Restauration der Straße Le Pelletier. Ich betrachtete in dem Augenblick diesen Tag als den letzten meines Lebens.

„Es ist das unser Abschiedsmahl," sprach ich scherzend, „heute Abend speisen wir wahrscheinlich beim Pluto!"

Einige Augenblicke später flatterte die dreifarbige Fahne auf dem Thurme Malakow und die Kugeln flogen bis in die Straße Drouot.

Da jetzt der Angriff vom Montmartre aus erfolgte, so waren alle unsere Barrikaden unnütz. Dennoch erfolgte auf dem Platze Drouot eine wirkliche Schlacht. Die Artilleristen wurden bei ihren Geschützen niedergeschmettert und der Oberbefehlshaber fiel von einer Kugel tödtlich getroffen. Es waren in dieser Gegend keine Barrikaden gebaut, aber die muthigen jungen Leute legten sich flach auf den Boden, nur von der Erhöhung des Trottoirs beschützt, und leisteten verzweifelt Widerstand. Der Boden war mit Todten und Verwundeten bedeckt. Die Versailler Truppen drangen in die Häuser und rückten stetig vor, indem sie sich einen Weg durch die durchbrochenen Wände bahnten.

Ich ging noch einmal in das Lazareth, um von Sylvia und den Verwundeten Abschied zu nehmen. Die Munition begann schon zu mangeln. Da ich befürchtete, eingeschlossen zu werden, so benutzte ich eine verborgene Thür der Mairie, um mit einigen Leuten in die Passage Jouffroy zu gelangen. Ich wollte die Schildwachen und die Leute, welche auf Wache waren, gleichfalls mit mir nehmen. Doch weigerten sie sich, weil, wie sie sagten, sie zu der Nationalgarde

Absatz 4 unseres Programms, der die Abschaffung aller Gesetze, die die freie Meinungsäußerung unterdrücken, fordert. Und was wir da verlangen, verlangen wir nicht nur für uns, sondern auch für unsere Gegner. Die Stellung des Zusatzantrages war überflüssig. Auch nach dem Absatz 6 unseres Programms: Erklärung der Religion als Privatsache, hatten wir uns zu richten. Deshalb mußten wir mit dem Zentrum stimmen, gleichviel ob uns nun die Errichtung von Klöstern angenehm ist oder nicht. So war auch die Stellung unserer Reichstagsfraktion beim Jesuitengesetz. Es erhob sich nun in Baden ein ungeheurer Zeitungssturm. Die alten Kulturkampforgane, die „Badische Landeszeitung" in Karlsruhe und die „Straßburger Post" fielen über mich und Stegmüller her und verleumdeten uns, wir ständen im Dienste des Zentrumführers Wacker. Als Parteiverräther wurden wir bezeichnet. Diese Blumenlese von Verleumdungen in den gegnerischen Blättern gegen uns druckte nun der „Offenburger Volksfreund" ohne Kommentar ab. Rüdt wurde dagegen als der konsequente Verfechter des sozialdemokratischen Prinzips hingestellt. Wie steht es nun mit der Konsequenz Rüdt's? In der Session 1891/92 hatte er ohne Vorbehalt gemeinschaftlich mit uns für die Zentrumsanträge gestimmt. 1894 enthielt er sich der Abstimmung. Das ist ein ziemlicher Sprung. Noch größer ist ein anderer. 1888 hielt Rüdt in Mannheim einen Vortrag: Die geschichtliche Wahrheit über Klöster und Orden. Darin sprach er die Hoffnung aus, daß die erleuchtete badische Regierung niemals zugeben werde, daß wieder Klöster in Baden errichtet würden. 1893 kandidirte Rüdt bei den Reichstagswahlen im 9. badischen Wahlkreise Pforzheim. Er kam mit dem Nationalliberalen Frank in Stichwahl. In dem Flugblatte, das zu seiner Wahl aufforderte, hieß es, um auf die Katholiken einzuwirken: „So gut ich als Freidenker das Recht der freien Meinung verlange, muß ich auch der katholischen Kirche das Recht auf Klöster und Orden lassen. (Hört! hört!) Gegner aller Ausnahmegesetze bin ich auch Gegner eines Ausnahmegesetzes gegen die katholische Kirche!" Wie verträgt sich das mit seinem Verhalten in der badischen Kammer? Es wäre uns nicht eingefallen, mit diesen häuslichen Streitigkeiten den Kongreß zu behelligen, wenn sie nicht einen so bedenklichen Umfang erreicht hätten, daß sie die Agitation in Baden brach legen. Es herrscht große Erbitterung, vermehrt durch das Eingreifen des „Offenburger Volksfreundes", der sich von vornherein auf die Seite Rüdt's schlug und gegen mich und Stegmüller den Bannstrahl schleuderte. Als die Mannheimer „Volksstimme" uns in Schutz nahm, was ihr gutes Recht war, da schrieb der „Volksfreund", sie thäte es auf Veranlassung von Dreesbach, der ihr bezahlter Beamter sei. Die Landeskonferenz ergab kein Resultat. Sie kann auch nicht Ordnung schaffen. Das kann nur die Kommission, die hier gewählt wird, und der auch die Preßfrage vorgelegt werden soll. (Zwischenrufe!) Ich habe wenigstens und mit mir viele andere es so verstanden, daß die Preßfrage vor die Neunerkommission und nicht vor die badische Landeskommission gewiesen werden soll. (Widerspruch.) Von der Kommission erwarte ich Gerechtigkeit. Ein alter Parteigenosse wie ich, der über 25 Jahre in der Partei steht, darf nicht schutz- und schonungslos in der Parteipresse heruntergemacht werden. (Lebhafter Beifall.) Bezüglich Stegmüller's liegt die Sache so, daß, wenn ich Recht habe, auch Stegmüller Recht hat; — in der Lörracher Kirchenangelegenheit hat Stegmüller wohl nur im guten Glauben gehandelt, und zwar nach dem Rathe Adolf Geck's. Im Budget 91/92 waren 40 000 M. für den Lörracher Kirchenbau bewilligt, aber nicht ausgezahlt worden. Von Lörrach aus war Stegmüller nahegelegt worden, diese Gelder flüssig zu machen. Weil er ein junger Parteigenosse ist, warnten wir ihn vor einer solchen Handlung. Nachdem ihm aber Geck, den er angefragt hatte, sagte: daß, nachdem nun einmal die Gelder bewilligt worden seien, es keinen Verrath an der Partei bedeute, wenn er jetzt die Gelder flüssig mache, hatte er im Landtage diese Sache angeregt. Obwohl also Geck den unerfahrenen Genossen zwar nicht aufgefordert, wohl aber berathen hat, in dieser fatalen Weise Stellung zu nehmen, war es gerade der Offenburger „Volksfreund", der Stegmüller als „Kirchenrath von Lörrach" anzapfte. Wenn also Stegmüller schuldig ist, so ist ebenso schuldig der, der ihn berathen hat. Höchstens hat er einen Fehler begangen, wie ihn auch die erfahrensten Genossen schon begangen haben, der aber gewiß nicht den Anlaß geben kann, einen braven, thätigen Parteigenossen aus der Partei auszuschließen.

In einer Geschäftsordnungs-Debatte wird nochmals festgestellt, daß in der Vormittags-Sitzung Antrag 67 in der Neunerkommission, 68₁ im Plenum, 68₂ vor der badischen Landeskommission, 69 im Plenum behandelt werden soll. Dieser Beschluß wird jedoch jetzt umgestoßen und 68₂ der Neunerkommission überwiesen.

Nunmehr erhält Rüdt das Wort.

Rüdt: Er erwartet vom Parteitag vollkommene Gerechtigkeit, man muß aber, ehe man ein Urtheil fällt, beide Parteien hören. Er findet es unverantwortlich, wie man durch Pamphlete, wie das Dreesbach'sche, an dem Stegmüller unschuldig sei, wie ein neugebornes Lämmlein, bei dem Parteitage, also bei den Richtern Stimmung mache. Die ganze Streitfrage habe sich in folgender Weise entwickelt:

Als Mitglied der Kommission über die Ordensfrage hatte ich Stellung zu dem Zentrumsantrage zu nehmen, daß „Religiöse Orden und Kongregationen in Baden zuzulassen seien". Ich machte nun meine Zustimmung zu diesem Antrage davon abhängig, daß die Orden und Kongregationen ebenso wie andere Vereine unter das Vereinsgesetz gestellt würden. Dadurch habe ich durchaus im Rahmen des Parteiprogramms gehandelt. — Neben dem allgemeinen Rechte, dem Parteiprinzip, giebt es aber auch noch jura stipularia und jura specialia. Erst im Erfurter Programm sind die jura specialia fixirt worden. Man kann mir aber keinen Vorwurf daraus machen, wenn ich vor Erfurt die Kirche und die Religion anders bekämpft hatte als jetzt und ich habe mich weder einer Inkonsequenz noch eines Prinzipienverrathes schuldig gemacht, wenn ich nun verlangte, daß die Kirche denselben Gesetzen unterworfen werden sollte, wie andere Vereinigungen auch. So stand die Sache vor der Kommission, in der Wacker mir ausdrücklich erklärte, daß sich über meinen Zusatzantrag sprechen lasse. Im Plenum wurde es aber anders. Die Klerikalen verlangten ausdrücklich, daß ihre Orden ꝛc. nicht mit demselben Maße gemessen werden sollten, wie private Vereinigungen. Sie wollten uns also über das Ohr hauen. Für uns lag nun die Sache so, daß wenn wir die Orden nicht als Privatvereine ansehen sollten, wir nicht für sie stimmen konnten. Wenn die Ultramontanen uns auf grund meiner Erklärungen in der Kommission übertölpeln wollten und uns zu zwingen versuchten, für ihren Antrag ohne unseren Zusatz zu stimmen, so blieb uns nichts anderes übrig, als uns der Stimme zu enthalten. Wir mußten der Sozialdemokratie den Triumph sichern, die Pfäfflein zappeln lassen zu können.

Der zweite Zentrumsantrag bezog sich auf die Missionen. Auch hier hatte mein Antrag nur den Zweck gehabt, die Privilegien der Kirche zu beseitigen. In bezug auf den dritten Zentrumsantrag konnten wir unbedingt zustimmen, denn es handelte sich nur um rein interne Angelegenheiten der katholischen Kirche, bei der wir ihr nicht ihr Selbstbestimmungsrecht beschneiden können. Bei der Abstimmung habe ich mich also so logisch verhalten, wie ich hier vor ihnen spreche; aber auch Dreesbach war am Tage vor der Abstimmung durchaus meiner Ansicht.

Nach Dreesbach's Ausführungen habe ich aber auch im Landtage eine kulturkämpferische Rede gehalten. Das ist unrichtig und läßt sich an der Hand der gedruckten Rede widerlegen. Meine Rede war rein wissenschaftlich, und als gebildeter Mensch, aber auch in meiner Eigenschaft als Sozialdemokrat hatte ich die Pflicht zu beweisen, indem ich mich auf Päpste und Priester bezog, doch die Klöster durchaus nicht die Pflanzstätten der Tugend der Nächstenliebe, der Wissenschaften gewesen sind, als welche sie die Ultramontanen hinstellten. Aber ich habe in meiner Rede ausdrücklich gesagt, daß ich nicht durch Gewalt, durch brutale Unterdrückung, sondern durch Geisteskampf die Beseitigung der Klöster anstrebe.

In der ganzen Frage wäre es politischer Cretinismus gewesen, wenn ich nicht auf meinem Zusatz bestehen geblieben wäre; Dreesbach hat mir vor Zeugen gesagt, daß er auf meinem Standpunkt stehe; und auch die „Volksstimme" hatte zunächst offen ausgesprochen, daß ich den prinzipiellen Standpunkt gewahrt hätte.

Aber nun kommt man her und wirft mir Verrath am Parteiprinzip vor, und schiebt mir unter, ich hätte mit den Nationalliberalen unter einer Decke gesteckt. Das wirft man mir vor, der ich in meiner langen Thätigkeit alle unsere Gegner mit vollster Entschiedenheit bekämpft hatte. Ich habe nicht nöthig, mit unseren Gegnern zu paktiren. Aber wenn ich vor die Wahl zwischen einem Ultramontanen und einem Nationalliberalen gestellt werde, so ziehe ich doch noch den Nationalliberalen vor; während der erstere noch tief im finsteren Mittelalter steckt, lebt der andere wenigstens in der modernen Zeit. Auch in meinem Flugblatte habe ich nur solche Dinge vertreten, die sich mit unseren Prinzipien decken, ich habe nicht um ultramontane Stimmen gebuhlt, indem ich versprach, für Reservatrechte der Kirche zu stimmen, sondern habe nur versprochen, der Kirche dieselben Rechte wie jedem Privatvereine zu sichern. Eigenthümlicher Weise begannen die Feindseligkeiten Dreesbach's gegen mich, die ich weder begonnen noch in irgend einer Weise erwidert habe, erst nach den Artikeln des „Offenbacher Volksfreundes". Auch als die „Volksstimme" sich in fanatischer Weise gegen mich wandte, habe ich weder in Rede noch in Schrift die Angriffe erwidert. Als die badischen Genossen es für nothwendig erklärten, in einer besonderen Landeskonferenz die Angelegenheit zu klären, habe ich mich ohne Weiteres gestellt. Anstatt daß nun Dreesbach sich in sozialdemokratischer Solidarität dem Spruche der Konferenz unterworfen hätte, war er beleidigt, als sich die überwältigende Mehrheit der Konferenz für mich erklärte und schimpfte unausgesetzt in der Oeffentlichkeit gegen mich. Damit war der Zank entflammt, der unseren Gegnern zur Freude in einem Augenblicke vom Zaune gebrochen wurde, wo sie sich dazu rüsten, um in vereintem Angriff uns zu Boden zu schmettern.

Ich appellire nochmals an Ihre Gerechtigkeit und ich bin überzeugt, daß sie der Wahrheit das Recht geben werden. (Lebhafter Beifall.)

Zur Geschäftsordnung stellt Bebel den Antrag, daß, nachdem in dieser Sache die beiden Kontrahenten gesprochen, das Plenum entscheiden könne. Die Angelegenheit des „Offenbacher Volksfreundes" und die Angelegenheit Stegmüller müsse der Neuner-Kommission überwiesen werden.

Nachdem noch Geck für sich das Recht reklamirt hatte, morgen ebenso lange wie Dreesbach und Rüdt sich zu vertheidigen, wird entsprechend dem Antrage Bebel beschlossen.

Es folgen geschäftliche Mittheilungen. Genosse Landgraf, der zum Schriftführer gewählt war, hatte kein giltiges Mandat, sondern war nur Besucher. Für ihn wird Kunert zum Schriftführer gewählt.

Der holländische Genosse van Kol überbringt die Grüße der sozialdemokratischen Partei der Niederlande.

Am Mittwoch Abend geben die Frankfurter Genossen dem Parteitag einen Kommers in der „Weißen Lilie".

Auf Antrag Bebel's wird beschlossen, mit Rücksicht darauf ohne Mittagspause bis 4 Uhr zu arbeiten.

(Schluß 7¾ Uhr.)

(Privat-Telegramm des „Vorwärts".)

Frankfurt a. M., den 24. Oktober 1894.

Vormittags-Sitzung.

Singer ertheilt nach einigen geschäftlichen Mittheilungen dem niederländischen Genossen van Kol das Wort:

van Kol: Als ich mich vor zwei Jahren in Ihrer Mitte befand, war mir strikte Neutralität auferlegt worden über die Streitigkeiten in Ihren Reihen, über die Uneinigkeit zwischen einzelner Ihrer und unserer Führer. Damals hofften wir noch, daß vor den Forderungen gemeinsamen Kampfes die persönlichen Zwistigkeiten verschwinden würden; diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Die neue sozialdemokratische Arbeiterpartei hat sich losgerissen vom alten Bunde. Die alten Freundschaftsbande sind gerissen. Die Mehrheit des sozialdemokratischen Bundes bekämpft uns jetzt schärfer als die Bourgeoisie und die Gewalt, mit der die herrschenden Klassen nur bedroht werden, wird gegen uns ausgeübt. Nach einer kurzen Skizzirung der Verhältnisse in Holland, die mit Nothwendigkeit zur Spaltung führen mußten, schließt er: Es ist noch viel für uns zu thun, wir sind nur am Anfange unserer schweren Aufgabe in unserem heißen Kampfe. Darum war ihre finanzielle Hilfe, ihr Beweis von Sympathie uns so herzlich willkommen. Die Solidarität, die sie ihren Waffenbrüdern in Frankreich, Belgien und Oesterreich erwiesen haben, haben sie jetzt auch Holland erwiesen. Dank, Brüder und Mitkämpfer! Um den sozialdemokratischen Prinzipien treu bleiben zu können, haben wir uns von dem Bunde trennen müssen: Treu den Prinzipien, die durch die Geschichte und die Wissenschaft erprobt sind, treu unseren Bundesgenossen, treu mit einem Worte der rothen Fahne der revolutionären Sozialdemokratie! Wir waren gezwungen zu wählen und so stehen wir denn! (Beifall.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Debatte stehen die badischen Streitigkeiten, beschränkt auf den Inhalt des Antrages 68 erster Absatz.

Geck-Offenburg: Ich stehe allerdings noch nicht 25 Jahre wie Dreesbach in der Bewegung, aber ich habe, solange wie ich thätig bin, nichts so Widerwärtiges und Absurdes erlebt, wie in dem Dreesbach'schen Pamphlet gegen mich verbreitet worden ist. Redner giebt hierauf eine geschichtliche Skizze der badischen Parteistreitigkeiten. Seit 1890 hat Baden sozialdemokratische Vertreter im Parlament und zwar Rüdt und Dreesbach. Zwischen beiden herrschen seit langem persönliche Streitigkeiten. Das Hinzukommen eines dritten, Stegmüller, besserte nichts. Er schwankte zwischen beiden Polen hin und her. Die badischen Genossen waren von diesem Streit nicht erbaut und machten den Versuch, ein würdigeres Verhalten der Streitenden nach außen herbeizuführen. Zwei Tage lang beschäftigte sich der Parteitag, der Ostern dieses Jahres in Karlsruhe tagte, mit der Angelegenheit und kam zu dem Resultat, unseren Vertretern im Landtag einmüthig zu empfehlen, eine Fraktion zu bilden und sich den üblichen Fraktionsgesetzen zu unterwerfen. Dem Abgeordneten Stegmüller wurde ein Vertrauensvotum ertheilt nicht wegen seiner sogenannten Kirchenbaurede, die noch nicht gehalten war, sondern wegen seiner Straßenmeisterrede; da hatte Stegmüller im Parlamente gesagt, die Straßenmeister müßten ein höheres Gehalt erhalten; jetzt seien sie gezwungen, den Staat zu betrügen; das wurde bestritten. Da erwiderte Stegmüller: Das weiß ich aus eigener Erfahrung. In meinem Notizbuch habe ich aufgezeichnet, wie oft ich den Staat betrogen habe. (Heiterkeit.) Wir verziehen Stegmüller, weil er ein junger, parlamentarisch unerfahrener Mann ist. Redner schildert nun das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion im badischen Landtag zu den Zentrumsanträgen. Der Antrag Rüdt war als Fraktionsantrag eingebracht. Statt einmüthig für den Zusatzantrag einzutreten, spaltete sich die Fraktion. Dem Zentrumsführer Wacker und dem Freisinnsdemokraten Muser war es gelungen, Unkraut in den Weizen zu säen. Der alte Konflikt zwischen Dreesbach und Rüdt kam wieder zum Vorschein. Stegmüller aber rief über den Parlamentssaal: „Dreesbach, wie wölle mer jetzt stimme?" (Große Heiterkeit.) Daß die Genossen im Lande mit diesem Zwist nicht gerade zufrieden waren, ist klar. Redner geht nun dazu über, das Verhalten des „Offenburger Volksfreund" zu vertheidigen. Er wird jedoch vom Vorsitzenden unterbrochen, der ihn darauf aufmerksam macht, daß die Preßfehde vor der Neuner-Kommission auszutragen sei und bricht damit ab. Er erinnert an das einstimmige Urtheil des letzten Offenburger Parteitages gegen Dreesbach und für ihn und Rüdt und schließt mit der Versicherung, daß die badischen Genossen durchaus nicht uneins seien und die Differenzen nur mit 3 bis 4 Persönlichkeiten in Mannheim und Lörrach beständen.

Krohn-Konstanz: Die Streitigkeiten in Baden sind nicht erst in der Kammer entstanden. Schon in Karlsruhe sahen wir, daß persönliche Zwistigkeiten zwischen Rüdt und Dreesbach vorhanden seien, die bald zum offnen Austrag kommen müßten. Wir in Konstanz geben Rüdt in bezug auf seine Haltung im Landtage durchaus recht. Wo ein Huß verbrannt worden ist, müssen wir die Pfaffen auf das Entschiedenste bekämpfen. Wie kann ein Genosse, der 25 Jahre im Dienste der Partei steht, gegen einen anderen Genossen das Wort Scherbengericht anwenden!

Kiesel-Berlin: Die Parteigenossen, die seit 25 Jahren im politischen Kampfe stehen, hätten doch zum mindesten wissen müssen, wie sie sich in einer prinzipiellen Frage zu verhalten haben. Rüdt hat nicht konsequent gehandelt. Ich verstehe es, warum er gegen die Pfaffen donnert und ein Dutzend täglich zum Frühstücke verzehrt, aber hier handelt es sich um die Wahrung des Prinzips und gegen das Prinzip hat Rüdt verstoßen.

Lütgenau-Dortmund: Wir bekämpfen die Macht der Kirche, aber die Macht hat sie nur durch die Staatsgesetze, deshalb hat es keinen Zweck, die Pfaffen anzugreifen, sondern für Trennung von Staat und Kirche einzutreten, deshalb hat Rüdt auch nicht dem Prinzip entsprechend gehandelt. Den wissenschaftlichen Charakter seiner Rede muß ich bestreiten, sein Zusatz bezüglich der Stellung der Orden unter das Vereinsgesetz ist entweder sinnlos oder selbstverständlich. Um seinen Verstoß gegen das Programm zu bemänteln, greift er nach dem Strohhalm der Worte Wacker's in der Kommission. Das Verhalten Rüdt's geht über das der Nationalliberalen noch hinaus, er ist strikte gouvernemental. Würden wir das Verhalten Rüdt's nicht mißbilligen, so könnten wir uns Angriffen gegenüber dem Satz „Religion ist Privatsache" nicht mehr vertheidigen.

Dreesbach-Mannheim: Rüdt scheint auch hier die Taktik des Verschleierns einzuschlagen, darin hat ihm Geck sekundirt. Es wird immer wieder behauptet, persönliche Zwistigkeiten seien die Ursachen des Parteistreites. Rüdt sucht mit Hilfe seiner Beredsamkeit in Baden gegen mich Stimmung zu machen, deshalb eben bringe ich die Sache vor ein unparteiisches Gericht. Bei der Abstimmung handelt es sich nicht um das, was im Kommissionsbericht steht, sondern es handelt sich um den Wortlaut des Gesetzes, und danach hatte Rüdt die Pflicht, mit uns zu stimmen. Selbstverständlich unterliegen die Missionsgesellschaften dem bestehenden Vereinsgesetze. Ich hatte Rüdt allerdings anfangs zugestimmt, als er den Zusatzantrag stellte. Nachdem ich aber selbst erkannt hatte, daß er unlogisch sei, war ich doch nicht verpflichtet, für den Unsinn zu stimmen? Das Vorgehen des Rüdt untergräbt uns unsere ganze Agitation. In der Landesversammlung wußte man nicht was man thun sollte, sonst hätte man nicht einstimmig für Rüdt stimmen können. Das ist der weitere Grund, weshalb wir die Sache vor den Parteitag brachten, damit dieser dem Dr. Rüdt ausspricht, sein Verhalten entspreche nicht den Parteiprinzipien. Die Preßfehde bringen wir vor die Kommission, und da werden wir Genossen Geck noch andere Sachen vorlesen, als das Artikelchen, das er hier vorgetragen hat.

Rüdt-Heidelberg: Es handelt sich gar nicht um ein Ausnahmegesetz, das beweist schon ein Blick auf das badische Grundgesetz. In der Praxis ist es wohl ein Ausnahmegesetz, aber nicht in seinem inneren Sinne. Es ist falsch, daß die Worte des Zentrumsabgeordneten Wacker keine rechtliche Bedeutung hätten, wie Lütgenau meint. Seit wann sind wir denn soweit gekommen, das Urtheil einer Parteikonferenz für Unsinn zu erklären. Unter den Leuten des badischen Oberlandes sind mehr kluge und praktische Leute, sie würden sich vor den Kopf gestoßen sehen, wenn Sie deren Urtheil hier einfach umstoßen. Sie wissen mehr als die Norddeutschen, was es mit dem Kampfe gegen die Klerisei auf sich hat. Lütgenau und Dreesbach meinten, mein Zusatz hätte keinen Sinn mehr gehabt, nachdem das Ausnahmegesetz gefallen ist. Stilistisch vielleicht nicht, wohl aber logisch. Die Privilegien der Orden bestehen weiter und für deren Beseitigung bin ich eingetreten, aber auch für Aufhebung des Ausnahmegesetzes. Die Frage Stegmüller's ist thatsächlich während der Verhandlung gefallen. Es ist Sache der badischen Organisation, die Angelegenheit zu regeln. Die ordnungsmäßig verlaufene Konferenz ist zu dem Urtheil gekommen, daß ich dem Prinzip entsprechend gehandelt habe. Wir mußten die Privilegien der Kirche beschneiden, das gebot uns auch die Frage der Taktik. Man muß es uns, die wir in ständiger Berührung mit der Landbevölkerung stehen, überlassen zu verlangen, daß die kirchlichen Institutionen unter

---

gehörten, welche nur die Ordnung bewacht und keinen Antheil am Kampfe genommen, deshalb auch nichts zu fürchten hätten. Dieser kindliche Irrthum sollte ihnen einige Stunden später das Leben kosten.

Der Tag neigte sich zu Ende. Ich richtete meine Schritte nach der Mairie des zehnten Arrondissements, da ich Befehl erhalten hatte, nach und nach bis nach Villette zurück zu weichen. Beim Anbruch der Nacht sah ich ein Bataillon den Boulevard von Straßburg hinauf marschiren, dessen Musik mit aller Macht den „Chant du Départ" (Abschiedsgesang) spielte. Die Umstände, unter welchen wir uns befanden, verliehen dieser Musik, welche in der Dämmerung vorüber zog, etwas Phantastisches. Es war mir, als wenn ich einer Heerschau von Geistern beiwohnte. Vor meinem Geiste tauchten gespenstisch alle die Freunde und Kameraden auf, welche ich seit zwei Monaten als Opfer fallen sah. Seit so vielen Nächten hatte ich schon nicht geschlafen; ich war ganz zerschlagen von Müdigkeit und so vieler Aufregung, mein Gehirn war unfähig zu denken und nur noch der thierische Trieb der Lebenserhaltung regte sich instinktmäßig in mir. Ich suchte einen Augenblick Zuflucht in einer Restauration, wo ich etwas Nahrung zu mir nahm und mich kurze Zeit ausruhte.

„Armer junger Mann", meinte die Wirthin zu mir, „Sie sehen so gutherzig aus. Warum schlagen Sie sich denn?"

„Glauben Sie mir, liebe Frau," wußte ich nur zu erwidern, „daß wir nicht zu unserem Vergnügen kämpfen."

Gegen Morgen in aller Frühe wurde ich aus meinem schweren Schlafe durch das Pfeifen der Kugeln, welche rings um uns gegen die Mauern schlugen, vom Trottoir, auf welchem ich mich hingestreckt hatte, aufgeschreckt. An der Barrikade der Pforte St. Denis traf ich den Rest meines Bataillons. Ein Kapitän desselben hatte seine Uniform ausgezogen und seine Zivilkleider angelegt. Er forderte mich auf, es ebenso zu machen, da, wie er sagte, jedermann erschossen würde. In der That traf ich bald darauf ein junges Mädchen aus dem Lazareth der Straße Drouot. Sie theilte mir mit, wie sie erfahren hätte, daß die Soldaten unter dem Vorwande, ein Gewehr an der Hausthür gefunden zu haben, alles massakrirt hätten, den jungen Doktor, die Krankenträger, die Verwundeten, selbst die Frauen.

„Und Sylvia?" frug ich bekommen.

(Fortsetzung folgt.)

das Vereinsgesetz gestellt werden. Deshalb muß sich der Parteitag auch den Beschlüssen der Landeskonferenz anschließen.

Mit großer Mehrheit wird Schluß der Diskussion angenommen.

Persönlich bemerkt Stegmüller-Lörrach: Ich war als Straßenmeister im badischen Staatsdienste. Wir müssen jeden Feiertag als Arbeitstag berechnen, um zu dem budgetmäßigen Einnahmebetrag zu gelangen. Ich empfand das als einen staatlich erlaubten Betrug, aber doch immerhin als Betrug, deshalb quittirte ich den Staatsdienst. Das und nichts anderes brachte ich im badischen Parlament zur Sprache. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag 68 I:

„Das Verhalten des Dr. Rüdt bei der Ordensfrage im badischen Landtag entspricht den Prinzipien und der Gepflogenheit der sozialdemokratischen Partei nicht und spricht der Parteitag seine entschiedene Mißbilligung hierüber aus."

angenommen.

Antrag 68 II und 69 gehen an die Neunerkommission.

Die Wahl dieser Kommission ist vollzogen; 218 Stimmzettel wurden abgegeben, davon waren 2 ungiltig. Es erhielten Stimmen: Bloß 142, Koenen-Hamburg 100, Hülle-Erfurt 95, Zetkin-Stuttgart 91, Birk-München 89, Quark-Frankfurt a. M. 86, Frau Ihrer-Berlin 75, Legien-Hamburg 78, Peus-Dessau 84, Neumann 60. Weitere Stimmen fallen auf Schmidt-Frankfurt, Jahn, Slomke, Paul und Pinkau. Frau Zetkin bittet, von ihrer Wahl abzusehen, da sie noch in der Mandatsprüfungs-Kommission beschäftigt sei. Diesem Wunsche wird nachgekommen und an ihre Stelle tritt Neumann-Elberfeld.

Es wird zur Erörterung der bayrischen Angelegenheit geschritten. Zur Debatte stehen folgende Anträge:

70. Die Parteigenossen in Berlin 1, 3 und 4, Halle und Weimar: In Rücksicht darauf, daß die bayerischen Landtags-Abgeordneten für den Etat gestimmt haben, möge der Parteitag in einer Resolution die prinzipielle Stellung der Partei zu den Gesammtetats der Landtage festsetzen.

75. Parteigenossen in Hanau: Der Parteitag möge beschließen: In allen gesetzgebenden Körperschaften, in welchen Parteigenossen als Vertreter der Sozialdemokratie gewählt sind, haben dieselben nur solchen Geldforderungen zuzustimmen, die zu Kulturaufgaben und gemeinnützigen Zwecken bestimmt sind. Bei Abstimmungen über Gesammt-Etats, in welchen Forderungen enthalten sind, welche der heutigen Gesellschaft die Mittel gewähren zu ihrer weiteren Existenz und zur Bekämpfung des um seine Befreiung ringenden Proletariats, haben die Parteigenossen mit Nein zu stimmen.

76. Parteigenossen in Bochum: Der Parteitag möge den sozialdemokratischen Abgeordneten des bayerischen Landtages bezüglich deren Haltung bei der Abstimmung über den Gesammt-Etat eine Rüge ertheilen, und einen Beschluß fassen, der einer Haltung dieser Art für die Zukunft vorbeugt.

102. Parteigenossen des 10. badischen Reichstags-Wahlkreises Karlsruhe-Bruchsal:

1. Der Parteitag möge dazu Stellung nehmen, wie sich die sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten bei der Abstimmung über den Gesammt-Etat zu verhalten haben.

118. Die Unterzeichneten beantragen, der Parteitag wolle erklären:

In Erwägung, daß die grundsätzliche Bekämpfung der herrschenden Gesellschafts- und Staatsordnung aus der Gesammtthätigkeit der Partei hervorgeht;

in weiterer Erwägung, daß die Gesammtabstimmung über die Finanzgesetze der Einzelstaaten eine reine Zweckmäßigkeitsfrage ist, welche nach den örtlich und zeitlich gegebenen Umständen zu beurtheilen ist, sowie in Hinblick auf die am bayerischen Parteitage gegebenen Darlegungen:

sind die von Berlin 1, 3, 4, Halle, Weimar, Braunschweig und Hanau gestellten Anträge als erledigt zu betrachten.

Oertel-Nürnberg. Eduard Schmidt. Albrecht Fülle. J. Bräu, Seidl. Reichsrath. M. Schmidt. R. Opificius. Ad. Geck. Th. Lutz. Opficius-Pforzheim. Dr. Rüdt. A. Krohn. Müller-Arheilgen. Cramer-Darmstadt. Orbig-Gießen. H. Prinz. Galm-Seligenstadt. Och-Langen. J. Orb. Stücklen-Hof. M. Ernst. Karl Greß. Friedr. Zick. Breder-Augsburg. Birk. Kölblinger. Müller. Klemens. Bamberger. Wiemer. Mößinger.

114. Der Parteitag wolle erklären: Es ist Pflicht der parlamentarischen Vertreter der Partei, wie im Reichstag so in den Landtagen Uebelstände und Ungerechtigkeiten, die in dem Klassencharakter des Staats wurzeln, der nur die politische Organisationsform für die Wahrung der Interessen der herrschenden Klassen ist, mit aller Schärfe zu kritisiren und zu bekämpfen, es ist weiter Pflicht der Vertreter der Partei, alle geeigneten Mittel zu ergreifen, um bestehende Uebel zu beseitigen und andere Zustände im Sinne unseres Programms zu schaffen. Da ferner die Regierungen als Leiter von Klassenstaaten die sozialdemokratischen Bestrebungen auf das heftigste bekämpfen und jedes Mittel, das ihnen zweckmäßig erscheint, ergreifen, um die Sozialdemokratie, wenn möglich, zu vernichten, so ist die nothwendige Folge, daß die Vertreter der Partei in den Landtagen den Regierungen ein Zeichen des Vertrauens nicht geben können. Und da die Bewilligung des Gesammtbudgets als Vertrauensvotum gilt, in der Gesammtabstimmung gegen das Budget zu stimmen haben.

Auer, Bebel und Genossen.

Wilke-Berlin zu Antrag 70: Die bayerischen Landtags-Abgeordneten haben sich bei ihren Etatabstimmungen in einer Weise verhalten, die nicht in Uebereinstimmung ist mit unseren sonstigen Gepflogenheiten. Wenn nun auch die bayerischen Genossen sich von taktischen Gründen haben leiten lassen, so können es doch sehr viele Genossen nicht begreifen, wie man bei Abstimmungen über den Gesammtetat auch Mittel für offenbar kulturfeindliche Zwecke bewilligen könne. Um jeder Mißstimmung in weiten Kreisen vorzubeugen, muß der Parteitag das Verhalten der bayerischen Genossen tadeln.

Kunert-Halle zu Antrag 70: Wenn ich den bayerischen Abgeordneten auch für ihre Thätigkeit meine Anerkennung ausspreche, so liegt bei ihrer Abstimmung über ihren Gesammtetat doch ein Verstoß gegen unser Programm vor. An einzelnen Posten weist Kunert nach, daß hier die Etatsforderungen gemäß den Bestimmungen unseres Programms nicht hätten bewilligt werden dürfen. Es ist klar, daß nicht drei rothe Heller von diesem Etat hätten bewilligt werden dürfen, geschweige 830 Millionen. Man kann nun sagen, daß in der Theorie das ganz schön sei, aber nicht in der Praxis. Ist aber die bayerische Praxis richtig, so gehört das Programm in den Papierkorb. Ich kann nicht das Mißtrauen unterdrücken, daß die Bayern ihre Praxis zur Erzielung äußerer Erfolge angewandt haben. Wenn wir nicht aus eigener Kraft Stimmen gewinnen können, so thun wir besser, auf sie zu verzichten. Unsere Partei dekretirt Niemandem etwas und will auch den bayerischen Abgeordneten nichts dekretiren, aber das Sturmbanner unserer Partei muß auch von den bayerischen Abgeordneten hochgehalten werden.

Den Antrag 75 begründet Meyer-Magdeburg: Der Parteitag muß ausdrücklich feststellen, daß das Programm von allen unseren Vertretern strikte innegehalten wird.

Den Antrag 76 begründet Möller-Bochum.

Den Antrag 102 Absatz 1 begründet Lieber-Bruchsal: Ein Mißtrauensvotum zu ertheilen ist nicht nöthig, denn ich hoffe, daß, nachdem der Parteitag gesprochen hat, die bayerischen Abgeordneten in Zukunft sich danach richten werden.

v. Vollmar: Genossen! Ich muß Ihnen in meinem und im Namen der anwesenden bayerischen Delegirten zunächst gestehen, daß es uns sehr in Verwunderung setzt, daß die früher gestellten Anträge überhaupt hier noch zur Berathung gestellt werden. Als die ersten Angriffe in den verschiedenen Gegenden Deutschlands gegen uns erfolgten, da haben wir uns gesagt, es spricht sich in ihnen eine so völlige Sachunkenntniß der bayerischen Verhältnisse aus, daß sie den Leuten schließlich nicht zu verübeln sind. Alle Zweifel müßten sich leicht beseitigen lassen, wenn von unserer Seite erst eine Erklärung über unser Vorgehen vorliegt. Diese Erklärung ist nun in München auf dem bayerischen Parteitag erfolgt und zwar so ausführlich, daß wir etwas weiteres sagen zu müssen, kaum noch erwarteten. Der bayerische Parteitag, zur Hälfte so stark wie dieser, war aus allen Theilen Bayerns besucht. Es waren einige Genossen als Opponenten erschienen; bei der Abstimmung stellte sich jedoch völlige Einstimmigkeit heraus. Wir erhielten ein Vertrauensvotum, wie es großartiger nicht gedacht werden kann. Zum Ueberfluß wurden wir noch in die Parteileitung gewählt. Vielleicht 70 Rechenschaftsberichte wurden vor und nach dem Parteitag von unseren Abgeordneten erstattet, in allen Versammlungen zeigte sich vollendete Einstimmigkeit. Nicht einmal ein Zweifel wurde über das laut, was hier so großen Anstoß erregt zu haben scheint. Kurz, Sie haben es mit dem, was wir Bayern Ihnen hier sagen, nicht zu thun mit uns als Einzelpersonen, sondern mit der ganzen bayerischen Sozialdemokratie. Die Gründe, warum diese Einmüthigkeit vorhanden ist, brauche ich nicht zu erörtern. Das Protokoll des Münchener Parteitags ist in Ihren Händen, hoffentlich haben Sie es auch gelesen. Jeder kann sich genau unterrichten über die Angriffe, die wir erfuhren, und über unsere Erwiderungen. Der Eindruck, den Sie aus der Lektüre gewinnen, muß stärker wirken als die Worte, die ich in der kurzen Zeit Ihnen hier sagen kann. Wir hatten, wie gesagt, nach unserem Parteitag gehofft, daß die Anträge, nachdem die Klärung erfolgt ist, zurückgezogen werden würden. Das ist nun nicht der Fall. Ja, zu meinem Erstaunen bemerke ich, daß auch von anderer Seite förmlich etwas daran gesetzt wird, sich zu versteifen darauf, die Angelegenheit zu einem gewissen zwangsweisen Abschluß zu bringen. Genossen, was soll ich Ihnen sagen? Ich bin in einer gewissen Verlegenheit; wenn ich alles wiederholen sollte, was ich in München gesagt habe, würde mir selbst das Elend ankommen (Heiterkeit). Nur einige Streiflichter will ich auf die Sache werfen, damit nicht hintennach gesagt werden kann, wir hätten unsererseits irgend etwas verabsäumt, es zur Klärung zu bringen. Im Genossen Kunert habe ich wohl das Vergnügen, den Parvus der „Neuen Zeit" zu begrüßen. Was er hier vortrug, war in der Hauptsache Wiederholung des Parvus-Artikels. Wir haben klargelegt, daß in unserem Budget Militärausgaben gar nicht enthalten sind. Kunert zieht sich deshalb hinter die Matrikularbeiträge zurück, aber mit den Matrikularbeiträgen haben wir nur die Rechnung zu bezahlen, die uns das Reich präsentirt. Man hat nun die ganze Angelegenheit als eine speziell bayerische hingestellt; das ist ganz falsch, denn ebenso wie wir haben sich seit Jahren die Badenser, die Hessen verhalten, ohne daß die Parteigenossen etwas davon gemerkt haben. In der That ist die Abstimmung über das Budget in den Landtagen etwas ganz anderes, als die Abstimmung im Reichstage. Die Antragsteller haben sich die Sache so vorgestellt, als ob die Einzellandtage die großen prinzipiellen Fragen zu berathen hätten; das ist ganz falsch. Der Reichstag ist der Ort, wo die Prinzipienfragen, der Geist der Politik, festgestellt werden, die Landtage haben nur die Konsequenzen daraus zu ziehen; wir sind demnach auch viel weniger frei, als im Reichstage, wir haben Verwaltungspolitik, aber nicht die Politik der großen Grundgesetze zu treiben. Genosse Kunert hat nun eine ganze Anzahl von Einzelheiten vorgeführt, aus denen er dann, genau so wie der Parvus-Artikel, einen Prinzipienbruch und Programmverrath herausdestillirte. Ich kann natürlich nicht auf alles eingehen, nur einiges will ich herausziehen, man wirft uns die Grundsteuerbewilligung vor; die soll den Bauern bedrücken, aber die Grundsteuer ist die einzige Steuer, die die Bauern zahlen. Stimmen wir gegen die Grundsteuer, so wälzen wir 80 pCt. der Steuern von den Bauern ab auf die Bevölkerung des ganzen Landes. Aehnlich liegt das bei der Haussteuer, die nach Kunert und Parvus jede Hütte belastet. Nun bin ich auch Besitzer einer Hütte und gerade nicht einer kleinen und bezahle nur 98 Pf. Haussteuer (Heiterkeit). Aus der Haussteuer kommen im ganzen nur 700 000 M. heraus. Als Kunert mir Punkt für Punkt, natürlich in höflichster Form, Parteiverrath vorwarf, kam ich mir recht eselhaft vor, weil ich als alter Politiker nach siebenmonatlicher intensivster Arbeit nicht gewußt hätte, was ich schließlich hätte thun müssen. Wir sollen durch die Budgetbewilligung der Regierung ein Vertrauensvotum ausgestellt haben! Rufen Sie die Minister an, ob unsere Reden, ob unsere Initiativanträge, und wir haben fleißiger gearbeitet, als alle anderen Abgeordneten zusammen, ein Vertrauensvotum für die Regierung gewesen sind, wir haben die rücksichtsloseste Kritik geübt, wir haben die Minister, soweit das nöthig war, persönlich angegriffen, wir haben gegen das ganze Ministerium gestimmt. Grillenberger hatte ihnen erklärt, daß wir gegen alle das größte Mißtrauen haben und nun soll auf einmal die Abstimmung über das Finanzgesetz ein Vertrauensvotum sein. Wir bestreiten nicht, daß die Ablehnung des Gesammtbudgets eine scharfe Waffe, die schärfste vielleicht ist. Aber es ist wie mit der großen Trommel, rührt man diese immerfort, so geht jede Nüance, jede Melodie verloren. Machen wir einmal von der Budgetverweigerung Gebrauch, so macht das Eindruck, aber je öfter wir es thun, desto mehr verwischt sich der Eindruck. Im Falle eines Verfassungsbruches, da ist der Augenblick gekommen, die schärfste Waffe in Anwendung zu bringen, aber man darf sie nicht vorher stumpf machen. Aber da kommt man mit der Prinzipienfrage! Es ist eine alte Geschichte, je weniger man Gründe vorzubringen vermag, desto mehr hängt man das Prinzip heraus, denn man weiß, an das Prinzip traut sich niemand heran. So stellt denn zum Beispiel der Parvusartikel, aber auch der Antrag Bebel und Genossen die Sache so dar, als ob es geradezu das Kennzeichen der wahren Sozialdemokraten sei, das Gesammtbudget abzulehnen; aber ich erinnere nur daran, daß nicht blos ausländische Liberale, sondern auch deutsche Fortschrittler wiederholt dieselbe Taktik geübt haben, ohne dadurch zu Sozialdemokraten geworden zu sein. Früher spielte in den Köpfen der Sozialdemokraten die Steuerverweigerung eine hervorragende Rolle, sie war gewissermaßen die rothe Kravatte des echten Sozialdemokraten, jetzt scheint die Budgetverweigerung die Rolle der rothen Kravatte übernehmen zu sollen. Bebel hat aber in Erfurt, als man die Taktik zwischen links und rechts festlegte, — „rechts" das war nämlich ich — ausdrücklich erklärt, daß wir im Reichstage nur deshalb gegen den Etat stimmen, weil vier Fünftel von ihm, was zwar nicht ganz richtig ist, Militärausgaben ausmachen. Das ist in der That ein ausschlaggebender Grund. In den Einzellandtagen ist es aber gerade umgekehrt. Hier haben wir keine Militärausgaben. Die kulturellen Ausgaben überwiegen und wachsen immer mehr. Wir bewilligen nun im allgemeinen Ausgaben für kulturelle Zwecke, bei uns für die Bauern und für anderes und dann sollen wir auf einmal beim Namensaufruf die rothe Kravatte der Budgetverweigerung aufstecken? Wenn wir nicht durch unsere Gesammtthätigkeit den prinzipiellen Standpunkt gewahrt haben, wenn wir nicht fortwährend kritisiren und Propaganda getrieben haben, dann wird uns auch die Schlußabstimmung nicht den Nimbus des echten und wahren Sozialdemokraten zu verleihen vermögen. Die ganze Thätigkeit, unsere Kritik Tag für Tag ist es, die unseren prinzipiellen Standpunkt charakterisirt, nicht aber das Symbol der Schlußabstimmung, die nur eine reine taktische Frage ist. Dieser Ansicht bin aber nicht blos ich für meine Person, sondern die bayerische Gesammtpartei. Sie ist überzeugt, daß von der Budgetverweigerung nur im äußersten Falle Gebrauch gemacht werden darf. Die Norddeutschen werden das freilich nicht ohne weiteres verstehen, und selbst für Norddeutsche, die unter uns ansässig sind, dauert es sehr lange, ehe sie sich in unsere bayerische Art hineinzufinden vermögen. Zunächst glauben sie, daß sie erst von Norddeutschland die Wahrheitsbotschaft zu bringen vermögen, und wenn die Bayern nicht gleich so in einem Hui alles begreifen, so helfen sie sich mit dem letzten Rettungsanker: „Die Bayern sind eben dumm!" Erst wenn man mehrere Jahre bei uns gelebt hat, lernt man einigermaßen unsere eigenartigen Verhältnisse, die in keiner norddeutschen Parteigruppe so eigenartig sind, einigermaßen begreifen und ihnen Rechnung tragen. Wir sind ein Bauernland, unser Volk ist kein lesendes Volk, es geht lieber in Versammlungen, kurz und gut, unsere Leute sind keine Politiker, die haarscharfe politische Distinktionen zu machen vermögen. Es mag ja vielleicht auch noch die Zeit kommen, wo das „echte Nordlicht" auch bei uns seinen scharfen Schein zu verbreiten vermag, aber zunächst sind unsere Leute noch Gemüthsmenschen und kennen nur ein „Entweder" oder ein „Oder", ein „Dafür" oder ein „Dagegen", sie würden es nicht verstehen, wie man bei der Aufbesserung der bäuerlichen Verhältnisse für die Ausgaben, bei der Schlußabstimmung aber gegen die Ausgaben stimmen kann. Durch unsere Stellung zu den Beamtenaufbesserungen und Anderes haben wir uns die größten Sympathien erworben. Mit Leichtigkeit aber würde man unsere Arbeit zu nichte machen können, wenn unsere Gegner unter Bezugnahme auf die Schlußabstimmung den Nachweis lieferten, daß wir zwar schöne Worte, aber keine Thaten haben. Ich glaube, daß das ganz ähnlich in anderen Landestheilen liegt, da aber die Sache für mich gefährlich steht, so habe ich zunächst auch nur meine eigene Haut zu wahren. Ich sage, wer das Volk gewinnen will, wer es politisch erziehen will, der muß ihm zunächst verständlich sein. Wir sind nun der Meinung, daß unsere bisherige Taktik die richtige gewesen ist, daß wir ihr die schönsten Erfolge zu verdanken haben. Kunert hat ja dieserhalb ein Kompliment gegen uns machen zu müssen geglaubt; ein kleineres Lob, aber etwas mehr Verständniß wäre uns lieber gewesen. Glauben Sie denn wirklich, wir seien so beschränkt, daß wir 7 Monate lang für die Propaganda, für die Agitation im Landtage arbeiten würden, um dann mit einem Schlage unsere Erfolge wieder zu nichte zu machen? Unsere Agitation soll uns das Volk im wachsenden Maße erobern, darauf ist unsere Politik gerichtet. Da ist es thöricht, von uns zu verlangen, wir sollten unsere Taktik nach den Verhältnissen einrichten, wie sie bei Ihnen sind und nicht nach unseren eigenen. Welche Kenntnißlosigkeit über bayrische Verhältnisse herrscht, dafür lieferte vor kurzem der „Vorwärts" ein Beispiel, als er in einem Leitartikel über die Kriminalstatistik bemerkte, daß die Süddeutschen bekanntlich roher und unkultivirter seien als die Norddeutschen (Heiterkeit). Genossen, Sie mußten doch stutzig werden, als Sie die vollendete Einstimmigkeit der bayrischen Genossen erfuhren, die doch auch aus verschiedenen Elementen sich zusammensetzen. Morgen beginnen wir mit der Agrarfrage. Alle, die wir hier sind, wollen wir die Bauern erobern, das Landvolk haben. Eine der allerersten Voraussetzungen für jede Landagitation aber ist das Erlernen der Eigenart des Volkes und des entsprechenden Landestheiles. Es wäre ein außerordentlich schlechter Anfang für unsere Landagitation, wenn man hier mit einem Akte falscher Einheitlichkeit beginnen wollte. Falsche Einheitlichkeit, sage ich, eine derartige papierne Einigkeit, dieses mechanische Schablonisiren und Uniformiren erscheint mir als ein Einfluß des gut altpreußischen Korporalgeistes (Unruhe), und gerade diese Eigenschaft ist es, die preußische Herrschaft so allgemein in Deutschland verhaßt gemacht hat. (Sehr richtig.) Hüten wir uns, daß dieser Geist uns auch unsere Verhältnisse vergiftet! (Widerspruch.) In bezug auf das Prinzip und die allgemeine Taktik für die Reichsangelegenheiten ist der Parteitag souverän, aber soweit die Taktik die einzelnen Landesangelegenheiten betrifft, ist sie naturgemäß Sache der Partei des betreffenden Landes. Zu was sind die Parteitage in den einzelnen Ländern überhaupt blos da? Sollen sie nur eine bequeme Verwaltungsschule für die Berliner Parteiverwaltung sein? Die vorliegenden Anträge wollen für alle Zukunft eine feste eiserne Regel geben. Wo soll da das Ende sein? In den einzelnen Ländern haben wir häufig verschiedene Interessen. Wenn die Revolution einmal kommt, ist das ja freilich etwas anderes. So haben wir in Bayern ein anderes Unterstützungswohnsitz-Gesetz als Sie. Wir haben uns oft miteinander gestritten, welches besser ist. Ebenso gut könnten Sie auf den Einfall kommen, uns vorzuschreiben, unser Heimathsrecht aufzugeben. Ein anderer Fall: Auf dem vorigen Parteitag vertrat Bebel die merkwürdige Politik, es wäre eigentlich besser, wenn die ganzen Einzel-Landtage beseitigt wären. Bebel kann für diese Ansicht vielleicht die Majorität finden und nun von uns verlangen, wir sollten für die Aufhebung unseres Landtages stimmen. (Widerspruch Bebels.) Die Schlußfolgerung ist nicht im Entferntesten so gewagt, wie wir sie von Dir gewohnt sind. (Unruhe.) Zu welchen Konsequenzen der Bebel'sche Antrag führt, dafür nur ein Beispiel noch: Gestern fragte ich den Genossen Jöst, warum sie im hessischen Landtag für das Budget gestimmt hätten. Sehr einfach, erwiderte er, beim Finanzgesetz hatten wir zwei Vorlagen, die Rechte wollte noch höhere Steuern bewilligen, als die Regierung selbst beantragt hatte. Wenn wir nicht für das Regierungsbudget gestimmt hätten, müßten wir mehr Steuern bezahlen. Wenn Sie den Bebel'scheen Antrag annehmen, würden Sie also in bestimmten Fällen den Landtags-Abgeordneten unserer Partei verbieten, für niedrigere Steuern den Ausschlag zu geben. Kurz, ich und mit mir alle bayerischen Genossen halten jede Bindung für alle Zukunft für unnatürlich, unpolitisch und vollkommen haltlos. Deshalb haben wir uns alle sehr gewundert, daß zu den anderen Anträgen der Antrag Bebel gekommen ist, für den der verehrliche Parteivorstand selber Stimmen gewonnen hat. (Oho!) Ach, machen wir uns doch nichts vor! (Heiterkeit.) Haben's doch die Sekretäre selber herumgetragen (Heiterkeit). Es ist erstaunlich, daß alte Politiker diesen Antrag einbringen konnten. Die erste Regel für einen Politiker ist doch, sich niemals freiwillig auf zweifelhafte Angelegenheiten einzulassen, die zu schiefen Situationen führen müssen. Das thut man nur gezwungen. Hier lag aber kein Muß vor. Gestern sprach ich mit einigen Delegirten, die den Antrag unterschrieben haben. Sie sagten: ja, wenns auf uns angekommen wäre, wir würden es nicht gethan haben; aber da die Sache aufs Tapet gekommen war, waren wir gezwungen, es zu thun. (Rufe: Namen nennen!) Wenn sich jemand an führender Stelle befindet, soll er sie nicht dazu anwenden, jede Thorheit, die auftaucht, zu vertiefen und festzulegen. Lassen Sie es bei Ihrer Abstimmung so, wie es bei uns gewesen ist, und wie es trotz aller einzelnen Erklärungen bleiben wird: so nämlich, daß die Gesammtabstimmung über das Budget in den Einzelstaaten keine Prinzipien-, sondern eine taktische Frage ist. Verlangen wir in Bayern etwa, daß das, was wir thun, ausgedehnt wird auf die ganze Partei? Fällt uns gar nicht ein, wir wollen blos unsere Ruh haben. (Große Heiterkeit.) Haben Sie je erlebt, daß wir Süddeutschen uns als Zensoren der Partei aufgespielt und den Rothstift in die Hand genommen hätten? Meinen Sie, es hätte uns an Material gefehlt? O nein! Die Berliner hätten uns am allerersten etwas geliefert. (Heiterkeit.) Wir sagen uns aber: das Kind lernt eben nur laufen, indem es hinfällt. Die Erfahrung allein lehrt. So wenig wir uns also hineinmischen, so wenig sollten Sie es thun uns gegenüber bei den vitalsten Interessen unserer Partei. In Hessen und Baden geschieht seit Jahren dasselbe und kein Hahn hat danach gekräht. Warum haben Sie denn da nichts gesagt? Warum ist denn nie auf einem badischen Parteitage die Sache zur Sprache gekommen? Erst von Berlin aus mußte es kommen, wo alles Gute herkommt. (Heiterkeit.) Wir, und ich bin ausdrücklich beauftragt, es hier zu erklären, wir finden in Bayern, daß Sie sich seit Jahren mehr als gut ist an uns reiben, und daß es gut wäre, wenn Sie damit aufhören wollten. Ich warne Sie davor, einen haltlosen Beschluß zu fassen, der nur die Quelle fortwährender Zwietracht werden muß und zwar aus reinem Uebermuth. Ich sehe in dem Antrag wieder den alten Geist, der alles auf die Spitze treiben will, und der in früheren Tagen schon mit dem Feuer gespielt hat. Ich wünsche, er ließe endlich sein Treiben. Was den Bebel'schen Antrag im Einzelnen betrifft, so sind seine zwei ersten Absätze eine Sammlung von Gemeinplätzen. Was wir uns längst an den Schuhen abgelaufen haben, wird uns als neueste Weis-

heit aufgetischt (Bebel: Bewahre, als ganz alte!), aber man muß eben mit Gemeinplätzen beginnen, um zu diesem Ende zu kommen. Die bayrische Bewegung ist die eigenartigste, früher hieß es in der Fraktion: Bayern ist uns unzugänglich. Mittlerweile haben wir gezeigt, daß es recht zugänglich ist; unsere Erfolge können sich sehr wohl neben anderen sehen lassen. (Sehr richtig.) Wem verdanken wir den Einfluß, den wir besitzen? Ausschließlich dem Umstande, weil wir uns von jeder mechanischen Agitationsweise losgerissen, Land und Volk studirt und uns ihm mit unserer Agitation angepaßt haben. Wechselten wir unsere Taktik, so würden die Erfolge verschwinden. Ich bin am Ende. Wir Bayern sind gewiß die letzten, die nicht treu zur Partei im Reich und zum Programm stehen, aber daß wir selbst Hand anlegen, um unser eigenes Werk zu gefährden und zu beeinträchtigen, das können Sie nicht von uns verlangen! Der Parteitag hier soll uns die Agitation erleichtern, nicht aber erschweren. Aus diesem Grunde ersuchen wir Bayern und eine Reihe von Süddeutschen Sie, unseren Antrag anzunehmen, der niemanden nöthigt, aber jedem Lande Freiheit und die nothwendigen Mittel zur Agitation läßt. (Lebhafter Beifall.)

Zu Antrag 114 stellt Stadthagen das Amendement: in der dritten Zeile von unten statt „da" das Wort „soweit" zu setzen.

(Eine halbstündige Pause tritt ein.)

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Oktober.

Der Reichstag ist zum 15. November zusammenberufen, so daß wir noch 8 Tage früher mit den geplanten Umsturzmaßregelungen Bekanntschaft machen können, als die bisherigen offiziösen Mittheilungen vermuthen ließen. Ueber den Inhalt dieser Vorlagen wird wieder allerhand gemunkelt; sichere Schlüsse lassen sich indeß nicht daraus ziehen. Die offiziösen Organe behaupten, daß die Meinungs-Verschiedenheiten zwischen den leitenden Ministern zu Gunsten der Caprivi'schen Ansichten durch den Kaiser entschieden worden seien. Zu der bereits gemeldeten Bundesrathssitzung sind die Minister der Einzelstaaten bereits eingetroffen. —

Gehet hin und thut desgleichen! rufen wir den nationalliberalen, konservativen, fortschrittlichen und sonstigen Reaktionären zu, die aus den Verhandlungen unseres Parteitages Stoff für hämische Bemerkungen gegen die Sozialdemokratie schöpfen. Daß die Verhandlungen vielfach nicht sehr erquicklicher Natur sind, das sei rückhaltlos zugegeben. Aber bei allen Auseinandersetzungen, die durch Meinungsverschiedenheiten oder Mißverständnisse hervorgerufen sind, kommt Unerquickliches vor.

Bei freier Aussprache ist das nun einmal nicht anders möglich und frei soll die Aussprache unter allen Umständen sein. Geradezu lächerlich und obendrein illoyal ist es, wenn die Gegner aus den Debatten über die Beamtengehälter Kapital zu schlagen versuchen. Daß Arbeiter, die an Wochenlöhne von 8 bis 20 Mark, also an Jahreseinkommen von 400 bis 1000 Mark gewöhnt sind, Parteigehälter von 3000 Mark und mehr für hoch, ja für verschwenderisch hoch halten, das ist nur zu erklärlich. Und zu bewundern ist blos, daß das Gros unserer Partei durch ideale Auffassung der Dinge über die Kleinlichkeit der proletarischen Lebensverhältnisse emporgehoben ist.

Für unsere Gegner, die mit Tausenden um sich werfen, wo die Mehrzahl unserer Genossen mit Groschen und Pfennigen zu rechnen haben, sind derartige Debatten allerdings unverständlich — die Herren sollten jedoch bedenken, daß, wenn sie über solch' „kleinliches Gezänke" die Nase rümpfen, sie thatsächlich ihre eigene „beste der Welten" verurtheilen, welche die Masse des Volks in so kleinliche und ärmliche Verhältnisse gebracht hat. Um so geringe Summen, wie der sozialdemokratische Parteitag, streiten unsere Gegner sich freilich nicht; aber sie werden sich auch wohl hüten, all' ihre inneren Angelegenheiten im vollen Lichte der Oeffentlichkeit zu verhandeln. Ihr Herren! folgt unserem Beispiel, die freieste Kritik bei vollster Oeffentlichkeit walten zu lassen — und dann reden wir weiter. —

Die Spätzle-Affäre vor Gericht. Die Anschuldigungen, die im „Kladderadatsch" gegen zwei Diplomaten unter den Spitznamen Spätzle und Austernfreund erhoben wurden, werden nun doch noch einer gerichtlichen Prüfung unterzogen werden. Anlaß dazu giebt eine gegen die bismarckfreundliche „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" erhobene Anklage wegen Beleidigung des Staatssekretärs v. Marschall. Nach Stellung entsprechender Anträge seitens Staatsanwaltschaft und Vertheidigung wurde ein Gerichtsbeschluß dahin erlassen, daß eine kommissarische Vernehmung des Reichskanzlers, ferner des Verlegers Hoffmann, des Redakteurs des „Kladderadatsch" Polstorff, des Kammergerichtsraths Wichert, des Generalmajors von Spitz, sowie des Abgeordneten Eugen Richter stattzufinden habe. Der Staatssekretär v. Marschall soll auf Antrag der Staatsanwaltschaft zur persönlichen Vernehmung zum Haupttermin am 20. November geladen werden. Staatsanwalt Jonen bemerkte, schon heute zu der Erklärung berechtigt zu sein, daß Staatssekretär von Marschall zu den Artikeln des „Kladderadatsch" in keiner Verbindung stehe und bereit sei, dies zeugeneidlich zu bekunden. Als Verfasser der inkriminirten Artikel wurden die Angeklagten Kleser und der frühere Kaufmann, jetzige Journalist Nestler in Nürnberg ermittelt. —

Gneist, der alles beweist, hat soeben eine Schrift „Der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in 50jähriger Thätigkeit (1844—94)", auf die wir später noch ausführlich zurückzukommen gedenken, veröffentlicht, in der der folgende Satz vorkommt:

„Für die Riesenaufgabe der in der neugestalteten Gesellschaft nothwendigen Sozialreformen trafen in Deutschland die drei Vorbedingungen zusammen: ein reger Kommunalsinn, eine humane Lebensanschauung einer hochgebildeten Nation und die Erhaltung der monarchischen Autorität."

Herr Gneist weiß wohl nicht, wie der „Kommunalsinn" sich bei allen sozialistischen Anträgen in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung äußert, er weiß wohl nicht, wie die humane Lebensanschauung bei den Soldatenmißhandlungen und den schwarzen Listen unserer Fabrikanten, bei der Aussperrung Hunderter Familienväter durch den Berliner Bierring zum Ausdruck kommt, es ist ihm endlich verborgen geblieben, daß Preußen-Deutschland sehr spät und ganz ungenügend die Arbeiterschutz-Gesetzgebung ausgebildet hat, er weiß nicht, daß, von England ganz zu schweigen, die Schweiz und eine Reihe von Bundesstaaten der nordamerikanischen Union viel weitergehende Arbeiterschutz-Gesetze haben, als das Deutsche Reich.

Nein, es ist nicht Unwissenheit, die aus den Worten Gneist's spricht, ist er doch der genaueste Kenner der englischen, und einer der besten Kenner des ganzen öffentlichen Rechts überhaupt. Herr Gneist spricht in dieser Schrift als Kommis des Fabrikantenthums und da heißt es, zu beweisen, daß Deutschland seine Pflicht in der Fürsorge für die Arbeiter schon längst „voll und ganz" gethan hat. —

Aenderung des preußischen Handelskammer-Gesetzes. Die „Frankfurter Zeitung" theilt mit, daß der lange erwartete Entwurf einer Revision des preußischen Handelskammer-Gesetzes von 1870 nun fertiggestellt ist und dem Landtage bei dessen nächster Tagung ungesäumt zugehen wird. —

Das Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung macht jetzt, wie es scheint, dem Bunde der Landwirthe Kopfschmerzen. Er hat einen Ausschuß niedergesetzt, der einen Plan zur Aenderung des Gesetzes jedenfalls im Interesse der nothleidenden Landwirthe ausarbeiten soll. —

Die Sprachenfrage in Oesterreich, die bisher zu den schärfsten Kämpfen zwischen Deutschen und Czechen geführt hatte, hat nun in Istrien zu Gewaltthätigkeiten zwischen Italienern und Slovenen geführt. In Pirano kam es wegen der Umänderung der Straßentafeln und der Tafeln auf dem Gerichtsgebäude, die bisher blos italienisch und nunmehr italienisch und slovenisch abgefaßt sind, zu großen Unruhen, das Bezirksgericht war einem Steinhagel ausgesetzt, die Wohnungen katholischer Priester wurden gleichfalls bombardirt. Die Menge rief: Tödtet uns! Slovenisch werdet ihr uns nicht machen! Auch in Wiener Abgeordnetenkreisen herrscht über die Vorgänge in Istrien große Aufregung. Wiener Telegramme melden hierüber:

In den Wandelgängen des Abgeordnetenhauses zirkulirt das Gerücht, der Justizminister Schönborn habe dem Grafen Hohenwart erklärt, daß er die Verfügung betr. die zweisprachigen Straßentafeln in Istrien aufrecht erhalten und mit diesem Beschluß stehen oder fallen werde.

Wien, 24. Oktober. Die Vorgänge in Pirano riefen unter den slavischen Abgeordneten große Aufregung hervor. Die Slovenen und Jungczechen wollen nach Schluß der heutigen Abgeordnetensitzung diesbezügliche Dringlichkeitsanträge einbringen und über die Tafelaffäre in Istrien eine Debatte verlangen. —

Die belgischen Wahlen. Man schreibt uns aus Brüssel: Das Resultat der Wahl (104 Klerikale, 28 Sozialisten, 20 Liberale und Radikale) erklärt sich einzig und allein aus der Macht unserer Partei und aus der Furcht, die sie der Bourgeoisie einflößt. Unserer Macht verdanken wir den ungeheuren Wahlerfolg, der Furcht, die wir der Bourgeoisie durch unseren sie in höchste Bestürzung versetzenden Wahlerfolg eingejagt haben, verdanken die Ultramontanen die großen Siege bei den Stichwahlen, die ihnen eine starke Zweidrittel-Majorität eingebracht haben. Es ist festgestellt, daß die Liberalen aus Furcht vor der sozialistischen Sintfluth viele zehntausende Stimmen für die Klerikalen abgegeben haben. —

Die große klerikale Majorität ist übrigens blos für zwei Jahre gesichert, denn nach dem belgischen Wahlrecht findet alle zwei Jahre eine theilweise Erneuerung der Kammer statt; derselben müssen sich bei der nächsten Wahl schon 72 Klerikale unterziehen.

Sofort nach der amtlichen Feststellung der Wahl wurde unser Genosse Alfred Defuisseaux auf Befehl der höchsten Justizbehörde in Freiheit gesetzt. Er saß bekanntlich schon viele Wochen in Untersuchungshaft, wegen der durch den Lockspitzel Pourbaix gegen ihn gerichteten Denunciationen. Pourbaix wurde bekanntlich, wie gerichtlich erwiesen wurde, von dem früheren klerikalen Ministerpräsidenten Bernaert als Lockspitzel gedungen.

In den Stichwahlen trugen wir Erfolge in Lüttich mit 5, in Soignies mit 3, in Verviers mit 4, in Charleroi mit 7 Mandaten davon.

Die Namen der 28 Genossen, welche unsere Fraktion bilden, lauten:

Lüttich: Anseele, L. Defuisseaux, Demblon, Denis, Schinler und Wittinck.

Verviers: Dauvister, Gierkens, Malempré und Nezette.

Soignies: Bertrand, Mansart und Paquay.

Charleroi: Callewaert, Cavrot, Defrée, Fagnart, Furnemont, Léonard, Lambillotte und Vandervelde.

Mons: Bastien, Brenez, L. Defuisseaux, A. Defuisseaux, Maroille und Roger.

Namur: Defuet.

Unter den 20 Liberalen befinden sich 8 Radikale, die unsere Anträge häufig unterstützen werden, und denen deshalb unsere Unterstützung bei der Wahl nicht vorenthalten wurde. —

Den Beginn der Wiedergeburt des öffentlichen Lebens bedeutet nach Crispi's offiziösem Blatte, der „Riforma", der Schurkenstreich des Exrevolutionärs, die Auflösung der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Italien. Ueber diese Heuchelei darf man sich nicht verwundern, hat es doch der Atheist Crispi in seinem 75. Lebensjahre fertig gebracht, sich mit seiner zweiten Frau nun kirchlich trauen zu lassen, während seine erste Frau noch lebt. Er hat damit vor dem Papstthum vollständig die Segel gestrichen.*) —

Moloch Militarismus in Spanien. Aus Madrid wird telegraphirt:

Der Kriegsminister beabsichtigt, die spanische Armee mit Mausergewehren zu bewaffnen und hofft, daß die Gewehrfabrik in Oviedo in 7 Jahren 119 000 Gewehre wird herstellen können. Der Kriegsminister hält diese Produktion aber für ungenügend und wird in den Kortes einen Kredit beantragen, damit die Arbeiten Tag und Nacht gefördert werden. —

In Bulgarien suchen sich die Russenfreunde durch die Betreibung der Propaganda nach außen hin neuen Boden zu verschaffen. Eine Depesche aus Sofia meldet, der macedonische Verein in Sofia beginne ernste Agitationen für die Verbesserung der Lage der macedonischen Christen, welche nach neueren Nachrichten viel zu wünschen übrig lasse. Der Synode, die morgen in Sofia zusammentritt, wird eine Denkschrift über Macedonien überreicht werden. Während der Tagung der Sobranje sollen Versammlungen abgehalten werden. —

*) In unserem gestrigen Leitartikel ist durch den Fortfall des Wortes fast eine Unrichtigkeit entstanden, die unsere Leser wohl sofort bemerkt haben werden. Es soll nämlich heißen:

„auch die Schutzzollpolitik des deutschen Exkanzlers ahmte Crispi nach und Italien hat dadurch nichts gewonnen als die Verfeindung mit fast allen Nachbarstaaten."

Gemeint sind Frankreich und die Schweiz, während dies für Oesterreich bekanntlich nicht gilt.

Das Nierenleiden des Zaren soll nach einer aus Warschau stammenden Meldung, die das Wiener offizielle Korrespondenzbureau verbreitet, von der Katastrophe von Borki herstammen. Der Kaiser soll damals an beiden Körperseiten starke Quetschungen erlitten haben. Hierbei sei vielleicht auch eine innere Beschädigung der Nieren erfolgt. Seit dieser Katastrophe sei der Kaiser nicht mehr ganz gesund gewesen, habe vielmehr beständig gekränkelt. Die Katastrophe von Borki selbst, der Zusammenbruch des kaiserlichen Privatzuges wird bekanntlich vielerseits auf ein nihilistisches Attentat zurückgeführt. —

Religionsverfolgungen in Rußland. Dem geistlichen Berather und Vormund des sterbenden Zaren, Pobedonoszew, scheint daran gelegen zu sein, so viel wie möglich noch für die Glaubenseinheit des russischen Reiches zu thun, so lange er noch das Heft in Händen hat. Seit Jahren hat, hervorgerufen durch die Einflüsse der deutschen Kolonisten im Süden des Reichs, die protestantisirende Sekte der Stundisten mächtig an Ausbreitung gewonnen. Da sie trotz aller Verfolgungen an Lebenskraft zunahm, wurde ihr im Jahre 1883 eine bedingte Duldung zugestanden. Wie jetzt die „Nowoje Wremja" berichtet, hat die Synode den Stundisten, als einer schädlichen, die Orthodoxie untergrabenden Richtung alle diejenigen Vergünstigungen genommen, welche den Sektirern durch die Verordnung des Jahres 1883 zugestanden wurden. Auch ist den in Petersburg lebenden Stundisten die Errichtung von Bethäusern und die Abhaltung öffentlicher Gottesdienste verboten worden.

Gleichzeitig wird auch an der Russifizirung der Ostseeprovinzen weiter gearbeitet. Auf der Riga-Dünaburger Eisenbahnlinie, einem von Rigaer Kapitalisten begründeten Unternehmen, das kürzlich verstaatlicht wurde, wurden in diesem Sommer alle nicht der griechisch-orthodoxen Konfession angehörenden Oberbeamten entlassen. Zum Jahreswechsel sollen nun auch alle nichtorthodoxen Unterbeamten aus dem Dienst ausscheiden. Der „Glaube" der Unterbeamten ist hier nur Vorwand, um der Russifizirung nachzuhelfen. —

Wahlreform in Brasilien. Eine Depesche aus Rio de Janeiro meldet, die Kammer hat heute die Wahlreform angenommen. Welcher Natur diese Reform ist, ist nicht bekannt. —

Japan, das in einen vielleicht sehr langwierigen Krieg mit China verwickelt ist, hat ein schweres nationales Unglück erlitten. Eine Depesche der „Vossischen Zeitung" aus Tokio meldet hierüber:

Ein furchtbares Erdbeben in der Provinz Akita hat die Stadt Sakata (am Meere gelegen) fast gänzlich zerstört. Auch in den Bezirken Yamagata und Akami sind Erdbeben vorgekommen. Viele Personen wurden getödtet, ein ungeheurer Schaden angerichtet.

Eine neue Schlacht zwischen Chinesen und Japanesen hat bei Wiju an der Grenze von Korea und China stattgefunden. Wiju liegt unweit der Mündung des Grenzflusses Yalu auf koreanischem Gebiet. Die Chinesen hatten sich dort nach ihrer Niederlage bei Pjöngjang verschanzt. Aus offizieller chinesischer Quelle verlautet, bei Wiju hätte am 22. d. M. eine Schlacht stattgefunden. Die Japaner hätten sich mit einem auf 3000 Todte und Verwundete geschätzten Verluste südwärts zurückgezogen. Die Chinesen hätten ungefähr 4000 Mann verloren. Das wäre ja wieder ein ganz beträchtlicher Massenmord. Nach den bisherigen Erfahrungen läßt sich indeß nicht erwarten, daß die Chinesen auf die Dauer ihre Stellung werden behaupten können.

Auch zur See gedenken die Chinesen nochmals ihr Heil zu versuchen, nachdem sie sich wochenlang vorsichtig vor dem Feinde versteckt hielten. Aus Shanghai wird gemeldet, dem Vernehmen nach habe die chinesische Flotte gestern Wei-hai-wai verlassen, um die japanischen Schiffe anzugreifen, welche bei dem südöstlichen Vorgebirge kreuzen und die Transportschiffe zu überfallen suchen. —

Depeschen.

(Privat-Depesche des „Vorwärts".)

Neufahrwasser, 24. Oktober. Bei der Gewerbegerichtswahl in Danzig (4. Bezirk) wurden die vereinigten Gegner besiegt. Sieg auf der ganzen Linie.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Wien, Mittwoch, 24. Oktober. Der Budgetausschuß nahm einen Antrag an, durch den die Regierung aufgefordert wird, die nöthigen Vorkehrungen zur Gewinnung des Diphtherie-Heilserums unter Aufsicht und Kontrolle des Staates zu treffen und die entsprechenden Kredite zu beanspruchen. Der Minister des Innern Marquis Bacquehem theilte mit, die Impfungen behufs Gewinnung von Heilserum seien im Wiener Thierarznei-Institute seit 14 Tagen im Gange; inzwischen sei das Heilserum aus dem Auslande bezogen worden. Auch der Oberste Sanitätsrath habe sich mit der Serumgewinnung und Therapie beschäftigt; wenn das günstige Urtheil über die Heilwirkung sich behaupte, werde die Regierung die Anstalten zur Gewinnung ausdehnen.

Madrid, 24. Oktober. Der Gouverneur der Philippinen meldet die Unterwerfung mehrerer bedeutenderer Häuptlinge auf Mindanao.

Cherbourg, 24. Oktober. Der Kreuzer „Gabes" wurde in der vergangenen Nacht auf der Ausreise nach Madagaskar von einem englischen Dampfer angerannt; der Kreuzer mußte in den hiesigen Hafen behufs Reparatur zurückkehren.

London, 24. Oktober. Ein Telegramm des „Reuter'schen Bureaus" aus Yokohama vom heutigen Tage meldet: Nach hier eingegangenen Nachrichten fand gestern bei Port Arthur ein Gefecht statt zwischen den chinesischen Truppen und der japanischen Armee, welche jüngst Hiroshima mit bisher unbekanntem Ziele verlassen hatte. — In den Bezirken Sakata, Yamagata und Akami hat ein Erdbeben stattgefunden, durch welches zahlreiche Verwüstungen und Menschenverluste verursacht wurden.

London, 24. Oktober. Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Chemulpo vom 19. d. Mts. gemeldet wird, soll eine zweite Streitmacht von Japanern und Koreanern am 15. d. M. Söul verlassen und sich nach Süden gewandt haben, um den Aufstand der Tonghaks zu unterdrücken, deren Unzufriedenheit und aufrührerische Propaganda eine beständige Drohung für die japanischen Behörden bildeten. Die Japaner sollen bemüht sein, das Volk durch Vertheilung einer großen Menge Silbers zu gewinnen. Es verlaute, auf diese Weise seien allein in Söul 100 000 Yen verausgabt. In den von den Japanern besetzten und durchzogenen Gegenden sollen schlechte sanitäre Zustände herrschen. Eine große Zahl kranker japanischer Soldaten seien von Pingyang nach Chemulpo gebracht worden, wo die sanitären Einrichtungen ebenfalls sehr mangelhafte wären.

(Depeschen-Bureau Herold.)

Dortmund, 24. Oktober. Der Staatsanwalt hat in der Sache Massenez Revision eingelegt.

Verantwortlicher Redakteur: J. Dierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2. Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 249. Donnerstag, den 25. Oktober 1894. 11. Jahrg.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Parteitag.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Bebel: Parteigenossen! Wenn ich auch nach Vollmar's Worten am Ende gar der alte Geist selbst sein soll, der die Dinge immer auf die Spitze zu treiben sucht, so muß ich doch erklären, daß ich vielleicht noch nie so ungern die Tribüne bestiegen habe, wie heute. Nicht von der sogenannten Parteiregierung, wie Vollmar sagt, hat es abgehangen, daß die ganze Angelegenheit hier zur Sprache gekommen ist. Wir haben absolute Neutralität beobachtet. Ich für meine Person muß sogar noch mehr sagen. Ich gestehe offen, daß ich, obgleich ich es für meine Pflicht halte, auch die Verhandlungen der Einzellandtage zu verfolgen, vollständig übersehen habe, daß unsere bayerische Landtagsfraktion für das Finanzgesetz gestimmt hat. Ich erhielt erst Kenntniß davon, als die gegnerische Presse die Angelegenheit in der bekannten Weise ausnutzte, als es da hieß: seht, die bayerischen Sozialdemokraten sind ganz andere Kerle, als die anderen. Auf dem Münchner Parteitag hat Grillenberger nach dem Protokoll gesagt: „Sie wissen, daß es in Norddeutschland Leute giebt, die ein besonderes Vergnügen daran finden, Vollmar etwas am Zeug zu flicken (Ruf: hier auch!), die am liebsten erklären möchten: das ganze ist Macherei von Vollmar, der hat die anderen herübergerissen.“ Wenn aus diesen Worten herausgehört werden sollte, als seien die Berliner Genossen, speziell der Vorstand darunter zu verstehen, so muß ich wiederum erklären, daß wir uns nicht um die Sache gekümmert haben. Ja, als einige unserer besten bayerischen Genossen brieflich bei mir und meinen Freunden anfragten, was wir denn zu der Sache meinten, haben wir erklärt: darüber äußern wir uns nicht. Dasselbe that ich, als ich im September in München war. Ich lehnte jede Antwort ab. Ich sagte den Fragern: ich weiß, meine Worte werden weiter getragen, verändert und dahin ausgelegt, als gingen sie von einem Gegensatz persönlichen Charakters aus. Auch heute müssen eine Reihe von Vollmar'schen Aeußerungen über meine Person den Eindruck hervorrufen, als handele es sich darum für uns, den bayerischen Genossen wieder einen Tritt zu versetzen. Ich weise die Unterschiebung eines persönlichen Motivs als größte und niederträchtigste Beleidigung zurück. Könnten wir die ganze Frage nicht von einem höheren Gesichtspunkte aus behandeln, dann müßte ich mich wahrhaftig vor mir selber schämen, aus kleinlichen, persönlichen Gründen gegen einen Mann aufzutreten, den ich auch heute noch als Freund betrachte. Die gegnerische Presse that so, als sei ein prinzipieller Gegensatz zwischen den bayerischen und den übrigen Genossen vorhanden; dadurch wurde erst die Aufmerksamkeit der Partei in den einzelnen Orten erregt, und die Anträge, die hier vorliegen, kamen aus der Mitte der Genossen heraus. Ich sage von vornherein, wenn der Antrag 65 zur Abstimmung kommt, werde ich mich entschieden gegen ein derartiges Mißtrauensvotum wenden. Parteigenossen, ich erkläre ausdrücklich, unsere Genossen im bayerischen Landtage haben im vollen Maaße ihre Schuldigkeit gethan, und gerade deshalb haben wir die beiden ersten Sätze in unsere Resolution aufgenommen, die allerdings keine neue Wahrheit enthalten sollen, wohl aber konstatiren, daß die bayerischen Genossen für ihre ganze übrige Thätigkeit unsere volle Zustimmung finden. Die „Frankfurter Zeitung“ hat nun in zwei Leitartikeln einen Gegensatz auch hierin zwischen uns und den Bayern feststellen wollen und hat geschrieben: In Bayern sind die sozialistischen Abgeordneten nicht so engherzig, nur sozialdemokratischer Angelegenheiten sich anzunehmen, sondern sie nehmen sich rücksichtslos der Klagen aller Unterdrückten an und bringen sie zur Sprache. Die „Frankfurter Zeitung“ irrt: Es ist das eine alte Taktik der Partei, so handeln wir in allen Landtagen, so auch im Reichstage, darüber bestehen keinerlei Differenzen. Wäre ich als Delegirter nach München gekommen, so hätte ich mich angesichts des Segitz'schen Vertrauensvotum gefragt: Sollst du deshalb, weil du in einer allerdings sehr wichtigen Frage das Vorgehen der Landtagsfraktion nicht billigst, gegen dieses Votum stimmen? Das hätte ich auf keinen Fall gethan; im äußersten Falle hätte ich mich der Abstimmung enthalten. Es fällt mir nicht ein, die ganze Thätigkeit der Genossen im Landtage schablonisiren und reglementiren zu wollen, so beschränkt bin ich nicht; man mag mir ja manche Schlechtigkeit zutrauen, aber für kurzsichtig und beschränkt wird mich wohl keiner halten (Heiterkeit). Zum Falle Rüdt und Steegmüller haben wir, — *ohne daß ein einziger Bayer dagegen protestirte*, — einen nach Vollmar's Motiven unberechtigsten Eingriff in die Kompetenzen der Einzellandtage begangen. Das hat man für ganz selbstverständlich erachtet. Ganz ähnlich liegt es hier, es fällt mir aber nicht einen einzigen Augenblick ein, auch nur ein Wort des Tadels, der Anklage oder Mißbilligung den bayerischen Genossen im Landtage zu machen. Wir sagten uns vielmehr, daß es sehr wohl Momente giebt, die die bayerische Handlungsweise erklärlich erscheinen lassen. Man kann sehr wohl, das verstehe ich, zur Ansicht kommen, daß es sich hier nur um eine Frage der Taktik, nicht um eine Frage des Prinzips handle, hatten wir doch auch in Sachsen ursprünglich eine andere Praxis geübt, als gegenwärtig. Es begreift sich, daß man bei der Gesammtabstimmung kalkulatorisch vorgeht, und von diesem Standpunkt hat ja auch Kunert die Bayern bekämpft. Er hat danach gefragt, ob die Summe des Guten oder des Schlechten im Budget überwiegt und danach die Schlußabstimmung eingerichtet. Im Reichstage ist daher kein Zweifel über die Art des Votums, und das war es, was ich in Erfurt gemeint habe. Ganz anders liegt es aber in den Einzel-Landtagen, wo es sich um Eisenbahnen, Schule, Kirche, Polizei, Gefängnisse, in Bayern auch um die Post handelt. Stellt aber Vollmar die Sache so hin, als ob es sich nur um eine Zweckmäßigkeitsfrage handelt, so ist das falsch und ich werde das beweisen. Zunächst aber möchte ich eins bemerken. Nehmen wir nun zu dieser Frage, die ich für eine Prinzipienfrage halte, Stellung, so nehmen wir durchaus nicht Stellung gegen die bayerischen Genossen. Ihre Handlungsweise, die uns erst durch die gegnerische Presse bekannt geworden ist, hat uns nur erst den Anstoß dazu gegeben, die Sache hier prinzipiell zu behandeln. Hätten wir früher gewußt, daß in Baden und Hessen ähnlich verfahren würde, so hätten wir schon längst auf einem früheren Parteitage zu dieser Frage Stellung genommen. Vollmar sagt nun, in den Einzellandtagen kommen nicht die großen prinzipiellen Fragen, sondern nur reine Verwaltungsfragen in Betracht. Das ist grundfalsch und ich möchte sogar behaupten, daß in den Landtagen weit mehr prinzipielle Fragen zur Verhandlung kommen als im Reichstage. Was für den Landtag maßgebend ist, das ist der zweite Theil des Programms, das sind Punkte, die verwirklicht werden können, ohne daß die bürgerliche Gesellschaft in Frage gestellt ist. Von den 10 Punkten des zweiten Abschnittes des Programms können in den Landtagen neun zur Sprache gebracht und für sie gestimmt werden. Alle diese Punkte aber haben eine schwerwiegende prinzipielle Bedeutung. Also auch die Landtage sind die Stelle, wo prinzipielle Politik getrieben werden kann und deshalb müssen wir uns auch die Kontrolle über die Genossen in den Einzellandtagen vorbehalten. Es handelt sich nicht blos um Bayern, sondern auch um Sachsen, um Hessen und Baden, bald vielleicht auch um Württemberg und in absehbarer Zeit auch um Preußen. Denken Sie sich nun den Fall, im preußischen Landtage würde ein Genosse für das Budget stimmen; ich möchte nicht in dessen Haut stecken! Und bei uns in Preußen kommen dieselben Fragen im Landtag zur Behandlung wie in Bayern, nur daß dort noch Post und das militärische Sonderrecht hinzukommt. Ich habe mich gefreut, mit welcher Entschiedenheit die bayerischen Genossen Kritik geübt haben, daß sie in der Lage gewesen sind, Soldatenmißhandlungen in der schärfsten Form zur Sprache zu bringen. Nun sagt aber Vollmar: Wir haben in Bayern mit einer ganz besonders gearteten Bevölkerung zu rechnen, die Beamten, Eisenbahnarbeiter, Bauern würden die Widersprüche in unserer Haltung zum Einzeletat und zum Gesammtetat nicht verstehen. Das aber habe ich doch auch gefragt ob Vollmar im Ernste glaubt, daß nicht überall in Deutschland ähnliche Verhältnisse vorhanden sind. Auch in Deutschland haben wir eine ganze Reihe von kulturellen Aufwendungen im Reichstage zu bewilligen. Die Bahnbeamten, die Postbeamten, die Werkstättenarbeiter in Kiel, in Wilhelmshaven, bringen uns doch das gleiche Vertrauen entgegen, obwohl wir nach Bewilligung des Postetats, des Etats der elsaß-lothringischen Staatsbahn, der Marine- und Militärwerkstätten, doch gegen den Gesammtetat stimmen. Im Gegentheil, ganz notorisch hat die Stimmenzahl in diesen Betrieben zugenommen. Und in Bayern sollte es anders sein! Das ist eine ganz künstliche Auffassung der Dinge. Gewiß sind in Bayern die Verhältnisse vielfach anders als bei uns in Norddeutschland; aber wir nehmen auch in unseren rückständigen Kreisen nicht Rücksicht auf die Auffassungskraft der Masse. In erster Linie handelt es sich bei uns nicht darum, Bauern- oder Stimmenfang zu treiben, und ich werde bei der Agrarfrage hierauf noch näher einzugehen haben, sondern darum, Genossen heranzuziehen, die uns verstehen. Das ist der Standpunkt, den wir überall gewahrt haben. Dümmer als der Meklenburger, als der Pommer ist aber doch auch der Bayer nicht. Kann ich nur jemanden gewinnen mit dem Opfer meines Intellekts, durch Aufgeben meines prinzipiellen Standpunktes, dann lasse ich ihn lieber laufen, und der Bauer ist viel zu klug, um nicht zu wissen, was er von der Sozialdemokratie zu erwarten hat, wenn wir Prinzipienpolitik treiben. Die Bayern sagen nun, ihre Verhältnisse seien so eigenartig, daß man auf keinen Fall schablonisiren dürfe. Aber auch für Bayern gilt seit 1848 die Hauptforderung der Revolution, mit der Steuerbewilligung das Mittel in die Hand zu bekommen, eine Regierung zu stürzen. Nun hat allerdings die Reaktion durch die Ständekammern, durch die auf grund des Dreiklassen-Wahlsystems gewählten Kammern überall in die Verfassungen die Bestimmungen hineingebracht, auch ohne bewilligtes Budget noch eine Zeit lang weiter regieren zu können. Das gilt auch für den Reichstag, aber auch für Bayern. Aus diesem Grunde ist es eine der ersten Forderungen des konstitutionellen Lebens, durch die Budgetverweigerung wenigstens in der Lage sein zu können, der Regierung ein Mißtrauensvotum geben zu können. Der prinzipielle Standpunkt ist bisher noch wenig beachtet worden, um so mehr muß die Gelegenheit wahrgenommen werden, dies jetzt zu thun. In Deutschland existirt nicht eine einzige Regierung, der wir unser Vertrauen aussprechen könnten, deshalb muß auch das Stadthagen'sche Amendement „soweit“ ganz außer Berücksichtigung bleiben. Vollmar würde sich auf dieses „soweit“ sofort stützen, um in der Stellung zum bayerischen Finanzgesetz später genau denselben Standpunkt einzunehmen als bisher. Das aber soll generell verhindert werden. Und man unterschätze doch nicht die Bedeutung der Budgetverweigerung. Die Budgetfrage ist und bleibt eine Vertrauensfrage. Alle bürgerlichen Parteien, die eine Regierung stürzen wollten, haben damit begonnen, das Budget zu verweigern; so haben die Fortschrittler beim preußischen Verfassungskonflikt gehandelt, so verfuhr seinerzeit das bayerische Zentrum. Die bayerischen Genossen haben nun zwar in der denkbar schärfsten Weise der Regierung ihr Mißtrauen ausgesprochen; aber einer Regierung gegenüber, die uns Sozialdemokraten zu Bürgern zweiter Klasse machen, die uns die Lebensluft abschneiden will, müssen wir *überall* prinzipiell unseren Standpunkt wahren, müssen ihr die Möglichkeit abschneiden, überhaupt zu regieren. Was wird nun aber aus dem Staat, fragt dann Vollmar, wenn eine sozialdemokratische Mehrheit das Budget verweigert? Einfach zweierlei kann eintreten: entweder regiert sie ohne Budget weiter und wir stehen dann mitten im Verfassungskonflikt. Wenn aber schon der ganz schwächliche Verfassungskonflikt, den die Fortschrittler in den sechsziger Jahren hervorgerufen, Bismarck das blutige Gespenst Karl I wecken ließ, um den König gefügig zu machen, so dürfte jetzt einer sozialdemokratischen Majorität gegenüber dieses Mittel vollständig versagen. Die Regierung tritt ab oder die Sozialdemokratie tritt ab. Verhalten wir uns aber so wie die bayrischen Abgeordneten, so liegt die Gefahr nahe, daß wir in das Fahrwasser der Nationalliberalen gerathen; deren Charakterlosigkeit wollen wir aber doch nicht zum Vorbilde nehmen. Wir sind denn doch schon in Lebenslagen gekommen, die ungleich schwieriger waren, als die, in der sich die Bayern befinden werden, wenn unser Antrag angenommen wird; man ergreift jeden Vorwand, um uns unseren Wählern gegenüber in eine schiefe Lage zu bringen. Haben uns aber erst die Massen verstanden, so prallen alle diese Angriffe von uns ab wie stumpfe Pfeile. Auf die, die uns nicht verstehen, haben wir keine Rücksicht zu nehmen. Wenn die wirthschaftliche Entwickelung sie drängt, so kommen sie doch dazu. Man denke an unsere Parteigeschichte. Als wir uns im Reichstag 1870 der Abstimmung über die Kriegsanleihe im Betrage von 120 Millionen Thalern enthielten, da erklärten sich eine große Anzahl Genossen, an der Spitze der Braunschweiger Ausschuß, gegen uns; es wurde uns vorgeworfen, wir hätten einen ungeheuren Fehler begangen, wir hätten die Volksstimmung verletzt und damit der Ausbreitung unserer Ideen im Volke selbst Hindernisse in den Weg gelegt. Wir haben das nicht gelten lassen. Dann, als wir von Berlin nach Leipzig zurückgekehrt waren, traten uns Sozialdemokraten sogar in feindseligster Weise entgegen. Mitglieder des allgemeinen deutschen Arbeitervereins waren es, die unter Führung des bekannten Genossen Röthling Liebknecht die Fenster einwarfen. Bei mir versuchten sie es gleichfalls, aber glücklicher Weise wohnte ich damals im Hofe (Große Heiterkeit) und der Hausmeister hatte noch rechtzeitig die Vorderthür zugeschlossen. Auch heute bringen die Gegner gelegentlich diese Abstimmung gegen uns vor. Genossen! Giebt es auch nur einen unter Euch, der nicht verstanden hätte, diese Anklagen zu widerlegen? Und nun sollen unsere Genossen in Bayern, die durchaus nicht so dumm sind, wie hier gethan wird — im Gegentheil, es sind sehr intelligente Köpfe darunter, ja nach einer Statistik, die wir aufgestellt haben, haben wir prozentual aus Bayern die meisten Intelligenzen (Abg. Auer ruft: Hört, hört. Stürmische Heiterkeit.) — nun sollen sie nicht im stande sein, die Vorwürfe der Gegner zu widerlegen. Dabei hat Vollmar selber gesagt, und *das* spricht ausgezeichnet für seine Auffassung, daß der bayerische Bauer nicht liest, aber Versammlungen besucht. Wenn es blos darauf ankäme, sie zu haben, brauchte man blos zu sagen: wenn unser Antrag angenommen worden wäre, brauchtet Ihr keine Steuern zu zahlen; aber das wäre ein demagogisches Mittel, das wir nicht anwenden. Ich bin aber davon überzeugt, daß die korrekte und logische Darlegung der Gründe der Budgetverweigerung hinreichen würde, sie zu überzeugen. Es ist ja richtig, daß die bayerischen Genossen den Standpunkt ihrer Führer als absolut richtig betrachten. Das ist ja gerade das Unangenehme, was jeden von uns im Saale bewegt, daß es den Schein haben kann, als wollten wir Stellung gegen die Thätigkeit unserer bayerischen Genossen im Landtage überhaupt nehmen, während wir doch überhaupt der Meinung sind, daß sie ihre Schuldigkeit im vollen Umfange gethan haben. Das hilft aber nicht. Es handelt sich hier nicht blos um die Bayern, sondern um eine wichtige Frage, worüber in unserer Partei schwere Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Nach meiner Auffassung liegt die Sache so, daß man sagen muß: wenn die Bauern sich nicht überzeugen lassen, so haben wir nicht nach den Bauern zu fragen. (Sehr richtig.) Ihre Vorurtheile, ihre Unwissenheit, ihre Beschränktheit dürfen uns nicht veranlassen, von unserem Prinzipe etwas nachzulassen. Ihr (zu den bayrischen Delegirten gewendet) seid nicht die Vertreter der bayrischen Bauern, sondern der intelligenten Industrie-Arbeiter, und Ihr habt unser Programm rein und unverfälscht zu halten. Kommen die Bauern so nicht zu uns, so wird sie die Noth der Zeit schon denken lehren. In der Agitation muß mit besonderem Nachdruck der *Klassencharakter* des heutigen Staates betont werden, das wird häufig viel zu sehr vernachlässigt. Ist aber die Regierung nichts als der Verwaltungsausschuß der besitzenden Klasse, dann dürfen wir ihr unter keinen Umständen das Budget bewilligen und ihr das Leben auch nur um einen Tag verlängern. (Sehr wahr.) Wird nicht auch hundertmal von den Gegnern uns in den Versammlungen vorgeworfen: Eure Führer machen das Reich wehrlos, da sie nichts für das Heer bewilligen und das Budget ablehnen? Wer wollte bestreiten, daß ein solcher Einwand nicht auf die kleinen Bürger, Arbeiter und Bauern zu wirken im stande ist. Wird den Leuten nicht von den Gegnern gesagt, die Franzosen kämen dann von der einen, die Russen von der anderen Seite ins Land, wenn sie Sozialdemokraten wählen, die das Reich wehrlos machten? Wir erwidern, wir wollen das Land nicht wehrlos machen, sondern nur die Vaterlands-Vertheidigung nach unseren Grundsätzen einrichten. Aber ist dieser Vorwurf der Gegner nicht viel schwerwiegender, als der Vorwurf gegen die Bayern wäre, wenn diese das Budget abgelehnt hätten? Vollmar hat die Abstimmung unserer hessischen Landtags-Abgeordneten für das Budget erwähnt. Ich hätte nicht für das Budget gestimmt. Ich hätte gesagt: ich bin unschuldig, wenn Ihr höhere Steuern zahlen müßt. Haltet Euch an die, die die Steuern bewilligt haben. Ich habe nicht nur gegen die höheren Steuern, sondern gegen die Steuern überhaupt gestimmt.“ Ich gebe zu, daß das Fragen sind, die manche Genossen momentan irre machen können. Es fehlt ihnen häufig an den nöthigen Kenntnissen, sie sind so sehr von dem Gefühl, praktisch arbeiten zu wollen erfüllt, daß sie dabei leicht Grundsätze unseres Prinzips außer acht lassen. Wenn ich aber die Wahl habe, aus ganz niedrigen praktischen Gesichtspunkten heraus einen prinzipiellen Fehler zu begehen, oder umgekehrt am Prinzip festzuhalten und dadurch bei Unaufgeklärten Schaden zu erleiden, so akzeptire ich ruhig diesen Schaden. Diese Frage muß, angeregt durch die Budgetabstimmung der Bayern, endlich einmal gründlich erörtert werden. Genossen! Laßt nicht die Opportunität, nicht die Zweckmäßigkeiten, laßt das Prinzip siegen. Nehmt unseren Antrag an! (Lebhafter Beifall.)

Kaudt-Rostock tritt als unbeeinflußter Mitunterzeichner der Bebel'schen Resolution für dieselbe ein.

Kunert beschränkt sich darauf, verschiedene Aeußerungen Vollmar's richtig zu stellen.

Ewald-Brandenburg verwahrt sich gegen die Darstellung, als ob die Unterzeichner der Bebel'schen Resolution vom Parteivorstand beeinflußt worden seien.

Stadthagen tritt für seinen Antrag ein, der dahin geht, das Gesammtbudget nur dort abzulehnen, wo die Bewilligung desselben als Vertrauensvotum für die Regierung gilt.

Grillenberger: Die Ausführungen Vollmar's haben sichtlich einen großen Eindruck hervorgerufen, und der Eindruck wird noch verstärkt worden sein, wenn der eine oder der andere in unseren Bericht während der Mittagspause einen Blick hineingeworfen hat. Hoffentlich kommen Sie zu einer unbefangenen Würdigung unserer Stellungnahme. Wir müssen uns dagegen wenden, daß Leute in unsere Angelegenheiten hineinreden, die unsere Verhältnisse nicht kennen. Während sich in Bayern keine einzige Stimme gegen uns gewendet hat, ist man in Halle und von der Anträge-Fabrik Timm und Kompagnie in unqualifizirbarer Weise angegriffen worden. Der Parteivorstand hatte es zunächst abgelehnt, in dieser Sache Stellung zu nehmen; es wäre besser gewesen, er hätte es auch jetzt nicht gethan. Ich muß mich dagegen verwahren, daß das Vertrauensvotum von Segitz nur unserer Gesammthaltung gegolten hat. Wie Sie aus Seite 36 unseres Berichtes ersehen, galt es unserer Thätigkeit einschließlich der Schlußabstimmung, und dafür haben in München selbst solche gestimmt, die nach München gekommen waren, uns zur Rechenschaft zu ziehen, uns Opposition zu machen. Genosse Bebel ist ja heut außerordentlich zart gewesen, er hat aber nur das alte Kunststück wiederholt, uns recht sehr auf der einen Seite zu loben, um uns dann auf der anderen Seite um so empfindlicher treffen zu können. Besonders auffallend an Bebel's Rede aber war es mir, wie er den konstitutionellen Standpunkt gewahrt hat. Ich halte aber doch dafür, daß unsere Budgetbewilligung eine praktischere revolutionäre Thätigkeit war, als die konstitutionelle Budgetverweigerung; ich stehe auf Plechanow's Standpunkt, daß nicht solche Mittel zu wählen seien, die revolutionär aussehen, sondern revolutionär wirken. Das Mittel, das wir wählten, wirkte dermaßen revolutionär, denn es hat uns manche näher gebracht, die sich im Falle der Budgetverweigerung sonst ablehnend gegen uns verhalten hätten. Soll es aber die Aufgabe der parlamentarischen Thätigkeit sein, agitatorisch nach außen zu wirken, so haben wir diese Aufgabe redlich erfüllt. Wir haben große Kreise aufgerüttelt und haben damit den Boden für die Propaganda geebnet. Wir wollen, daß man uns nicht in unsere Angelegenheiten hineinredet. Wollten wir Gleiches mit Gleichem vergelten, so könnten wir den Sächsern mit der Bewilligung für die Kolonie Schneckengrün dienen! Bei der Abstimmung über die Zivilliste aber haben sich die Sachsen helle gedrückt, um nicht

als unhöflich zu erscheinen. Wenn die Sachsen allmälig erst Erfahrung sammeln mußten, um zu ihrem heutigen Standpunkte zu gelangen, so lasse uns Bebel auch nur die nöthige Zeit zur Entwickelung. Bebel meinte, allen Landtagsvertretern eine gebundene Marschroute für alle Fälle vorschreiben zu müssen. Dann käme man dahin, auch für Gemeindevertreter und Vertreter in Landgemeinden eine solche Route vorzuschreiben. Nun denke man sich einmal den Fall, eine Gemeinde habe bedeutende Summen für kulturelle Zwecke, für Hebung der Lage der Arbeiter ausgegeben, in ihrem Budget befindet sich aber auch eine Ausgabe von 10 000 M., weil zum Empfange irgend eines Prinzleins die Straßen ausgeschmückt worden sind. Konsequenter Weise müßten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter dann das ganze Budget ablehnen, müßten aber direkt die kulturellen Interessen schädigen; das wäre doch ein ganz verrückter Standpunkt. (Vorsitzender: Ich hoffe, daß Grillenberger die Güte gehabt hat, nicht die Antragsteller zu meinen.) Grillenberger: Ich habe damit nur sagen wollen, daß sie einen verrückten Standpunkt einnehmen würden, wenn sie das thäten. So liegt die Sache beim Postetat, bei der Ausgabe für die Eisenbahnen, für die Bauerei und ähnliches, was sollten diese Leute von uns denken, wenn wir zur Wahrung eines starren Prinzipes bei der endgiltigen Abstimmung, nachdem wir in den Einzeletat-Verhandlungen durchgedrückt haben, dann gegen diese Verbesserungen stimmen würden, das wäre doch offenbare Verrücktheit. (Sehr richtig!) Hätten wir es nur mit aufgeklärten Massen zu thun, wie in Nürnberg ꝛc., so hätten wir allerdings gegen das Finanzgesetz stimmen können. (Hört! Hört!) In Kiel, in Wilhelmshaven, kann man das wagen, wir haben aber 80 pCt. bäuerliche Bevölkerung, auf die haben wir auch Rücksicht zu nehmen, nicht bloß auf das Fünftel der Industriebevölkerung. Wenn man in Bayern etwas erreichen will, muß man auf das Denken und Fühlen Rücksicht nehmen und diesem durch unsere Thätigkeit entsprechen, dann erst kann man das Werk der Aufklärung beginnen. Wir haben es in Bayern mit einer selbständigen bäuerlichen Bevölkerung zu thun, nicht wie Sie in Norddeutschland mit Klassen ländlicher Lohnarbeiter die viel leichter das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung begreifen, auch wenn sie noch so dumm sind. Wenn man uns angreifen will, so lerne man doch endlich die bayerischen Verhältnisse kennen. In Halle hat man uns angegriffen, weil wir das Militärbudget bewilligt hätten. Aber dieselben Leute haben zur Agrarfrage Dinge beschlossen, wie sie nicht prinzipienwidriger sein können. In Berlin hat man uns Inkonsequenz und Prinzipienverrath vorgeworfen und dieselben Berliner beschließen Arbeitslosen-Unterstützung aus den Ueberschüssen der indirekten Steuern. Wie kann man uns Prinzipienverrath vorwerfen, wie kann man uns in die Schuhe schieben, wir hätten der Regierung ein Vertrauensvotum ertheilt, wo ich in meiner Erklärung, die ich in Uebereinstimmung mit allen Genossen abgegeben hatte, der Regierung bei unserer motivirten Abstimmung das denkbar schärfste Mißtrauensvotum ertheilt hatte. Im Wesen kann es sich also nur darum handeln, in welcher Form das Mißtrauensvotum ausgesprochen wird und da bin ich doch der Meinung, daß unser Mißtrauensvotum wirkungsvoller gewesen ist, als eine einfache Ablehnung des Budgets. Natürlich sind wir nicht darauf versessen, so in aller Zeit ebenso zu handeln, es können Umstände eintreten, wo auch wir rundweg das Budget ablehnen. Dann befinden wir uns aber in einer ganz anderen Situation als andere Landtage, denn bei uns kann ohne Budget, beziehungsweise ohne Provisorium, das auch erst bewilligt werden muß, nicht weiter regiert werden, wie anderswo; wir haben von unseren Auftraggebern die strikte Weisung, uns freie Entschließung zu wahren. Nehmen Sie aber den Antrag Bebel an, so heißt das nichts anderes, als daß wir Bayern als dumme Jungen nach Hause geschickt werden. Bebel meint, man habe auf die gegnerische Presse nichts zu geben, aber doch ist es die Meinungsäußerung der gegnerischen Presse, die ihn nervös macht. Der Bebel'sche Antrag ist für uns unannehmbar; nehmen Sie ihn wenigstens mit dem Amendement Stadthagen an, zu dessen gunsten wir, so wenig es uns gefällt, auf unseren Antrag verzichten würden. Das Amendement Stadthagen ermöglicht wenigstens eine Verständigung, die völlig ausgeschlossen ist durch die Annahme des Bebel'schen Antrages. Zwingen Sie uns eine gebundene Marschroute auf, so treiben sie die Gegensätze auf die Spitze. Das will Bebel, deshalb wendet er sich gegen das Stadthagen'sche Amendement. Es ist eine alte Gewohnheit Bebel's, drohendes Unheil zu prophezeien, wenn es einmal nicht so geht, wie er will. Das gilt von der Parteiregierung überhaupt. Im vorigen Jahre war es der Besuch des Kongresses, den das Freie Hochstift veranstaltet hatte, in diesem Jahre ist es unser Verhalten, im nächsten Jahre wird wieder etwas anderes herhalten müssen, als Versumpfung bezeichnet zu werden. Es ist ja ganz gut, daß jemand beständig auf Posten steht, daß dem Prinzip „kein Schad' geschieht. Aber allmälig wird dieses ewige Reden von Versumpfung doch langweilig. Bebel sollte sich endlich derartiger Kassandrarufe zielbewußten Genossen gegenüber enthalten; Bebel hat gefragt, was man dazu sagen würde, wenn etwa Sozialdemokraten im preußischen Landtage für das Budget stimmen würden. Darüber brauchen wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen, denn es sind keine darin. (Heiterkeit.) Ich glaube doch, daß Bebel nicht etwa jetzt dafür ist, auf grund des Dreiklassen-Wahlsystems für den preußischen Landtag zu wählen. Als Bernstein es vorschlug, nannte er es — (Ruf: Versumpfung. Heiterkeit.) Bebel bemerkte, die Stellungnahme des Parteitages zu der badischen Streitfrage sei ein Präzedenzfall für die Einmischung des Kongresses in die Angelegenheiten der Einzelstaaten. Wir bestreiten gar nicht, daß der Parteitag oberste Instanz in Prinzipienfragen ist. Bei uns handelt es sich aber nur um eine taktische Frage. Die badischen Genossen riefen die Entscheidung des Parteitages an, weil sie selber nicht damit fertig werden konnten. Wir Bayern haben das nicht gethan, wir sind ganz einig. Uns gegenüber will man den Weg der Oktroyirung beschreiten. Wir erklären aber positiv, daß durch die Abstimmung an unserer Thätigkeit im Landtage und unserer Stellung zum Budget nichts geändert wird. Denken Sie an unsere Haltung zur Frage der Unterstützung von Gegnern bei Stichwahlen. Ein Kongreß verbot diese Unterstützung formell, jetzt ist niemand in der Partei, der noch an dieses Verbot denkt. Der Standpunkt hat sich als unhaltbar herausgestellt, ebenso wird es sich als unhaltbar herausstellen, unsere Vertreter in den Landtagen der Einzelstaaten so zu binden, wie vorgeschlagen wird. Wir glauben deshalb, es wäre besser, von dem Versuch überhaupt rechtzeitig abzustehen. Wir können uns doch nicht nach dem Beschluß richten und werden es nicht. Es bleibt ein Schlag ins Wasser. In solcher Lage ist es besser, den Weg der Verständigung zu suchen und nicht partout auf dem Kopfe bestehen: Ihr Bayern müßt kuschen! Erklärlich ist die Erbitterung, die unter den bayerischen Genossen herrscht. Auch das Bedenken kann noch geltend gemacht werden, daß unsere Gegner die bayerischen Wahlmännerwahlen für ungültig erklären lassen, weil den Gewählten hier ein gebundenes Mandat, das verfassungsmäßig unzulässig ist, gegeben werden soll. Aber ich will dieses Schreckgespenst hier nicht weiter benutzen. Wir wollen nichts, als latitude (freien Spielraum) für uns, wir wollen, daß man es dem ehrlichen Ermessen ehrlicher Parteigenossen überläßt, wie sie sich zu der Budgetfrage im Einzelstaat verhalten. Deshalb empfehle ich den Antrag Stadthagen anzunehmen, weil er die einzige Basis für eine Verständigung ist. (Lebhafter Beifall.)

Ewald-Brandenburg: Das Prinzip muß gewahrt bleiben. Ich z. B. wurde einmal in einer Wählerversammlung gefragt, ob ich republikanisch oder monarchisch gesinnt sei. Ich wußte genau, die offene Antwort kostet mich viel Stimmen, ich habe sie doch gegeben. Ich habe deshalb auf ein Reichstagsmandat verzichten müssen, ich bin nur mit fünfundsiebzig Stimmen unterlegen. Ich habe doch gesagt: ich bekenne mich zur republikanischen Staatsform. So müssen es auch die Bayern thun. Vollmar droht mit einer Spaltung. (Vollmar ruft: Ich habe kein Wort davon gesagt.) Das Wort ist nicht gebraucht worden, aber er hat gedroht mit einer Spaltung, wenn die Sache auf die Spitze getrieben wird.

Singer konstatirt, daß Vollmar das Wort „Spaltung" nicht gebraucht hat; er habe auch nicht gedroht, sondern gewarnt, die Sache auf die Spitze zu treiben.

Stadthagen begründet sein Amendement, das er nur mit Rücksicht auf den von Vollmar angeführten Fall in Hessen gestellt habe. Im übrigen stehe er völlig auf dem Bebel'schen Standpunkte, wenn er auch nicht zugeben könne, daß die Budgetbewilligung an sich schon ein Vertrauensvotum darstelle.

Die Debatte wird abgebrochen.

Persönlich erklärt Bebel: Grillenberger habe drei seiner Aeußerungen mißverstanden. Er habe nicht gesagt, daß ihn die gegnerische Presse zu seinem Auftreten veranlasse, sondern daß die gegnerische Presse die Genossen im Lande erst auf die Budgetabstimmung aufmerksam gemacht habe. Weiter habe ich nicht gesagt, daß die Taktik der bayrischen Fraktion zur Versumpfung führe, sondern gemeint, wenn das, was Vollmar als Grund für diese Taktik angeführt habe, maßgebend werden würde, werde Versumpfung eintreten. Drittens habe ich auf dem Kölner Parteitag meine Stellung zu den preußischen Landtagswahlen so präzisirt, daß ich sagte, der Grund für unsere Nichtbetheiligung sei nicht das Dreiklassen-Wahlsystem. Aber es sei undenkbar, daß wir ein Kompromiß mit den gegnerischen Parteien abschließen, was wir thun müßten, wenn wir in den Landtag kommen wollten.

Schluß 4¼ Uhr. Morgen Fortsetzung der Debatte.

Berichtigung. In dem Telegramme über den ersten Sitzungstag ist der Name des Vertreters von Nowawes falsch angegeben. Der Genosse heißt **Gruhl** und nicht Biehl.

Lokales.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird heute, Donnerstag Abend von 7—8 Uhr abgehalten.

Nach schweren Wehen hat die Saalbesitzer-Kommission den Entwurf der Statuten für den sagenhaften Bund der Saalsperrer zur Welt befördert. Mit diesem zusammen ist den Interessenten ein Revers und folgender Aufruf zugegangen, der in verschiedener Hinsicht interessant auch für unsere Leser ist, so daß wir uns die Freiheit nehmen, denselben ohne Einwilligung der geschätzten Unterzeichner im „Vorwärts" zu publiziren. Man höre:

Berlin, 20. Oktober 1894.

Sehr geehrter und werther Herr Kollege!

Der von den Kollegen Feuerstein und Kuckenburg vermittelte Versuch, durch direkte Verständigung zwischen Brauereien und Boykottkommission ein Ende des Bierboykotts herbeizuführen, ist, wie Sie wissen, gescheitert.

Damit ist so gut wie jede Aussicht geschwunden, auf gütlichem Wege durchzusetzen, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft auch die berechtigten Forderungen der Saalbesitzer anerkennt und es diesen dadurch ermöglicht, die Saalsperre aufzuheben.

Was die Saalbesitzer jetzt zu thun haben, darüber kann wohl kein Zweifel herrschen. Daß ihnen schon die bloße Selbstachtung verbieten muß, die Säle bedingungslos wieder frei zu geben und sich fernerhin Vorschriften von Fremden machen zu lassen, darin stimmen sicherlich auch Sie, geehrter Herr Kollege, mit uns überein. Wollten sich die Saalbesitzer auch in alle Zukunft wiederum Vorschriften darüber gefallen lassen — bei Gefahr des Verrufs —, welche Kellner und Musiker sie zu beschäftigen und welche Biersorten sie für alle Gäste zu führen haben, dann — wäre es besser gewesen, sie hätten überhaupt nicht erst an eine Saalsperre gedacht!

In dem jetzigen Augenblicke, wo die sozialdemokratische Arbeiterschaft weniger als jemals gütlichen Vorstellungen zugänglich erscheint, ist die Nothwendigkeit eine verstärkte, daß sich die Saalbesitzer zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen zusammenschließen.

Die unterzeichnete Saalkommission hat demgemäß die ihr übertragene Vorberathung des Statutenentwurfs für die zu gründende Saalbesitzer-Vereinigung beschleunigt und zu Ende geführt und wird den Entwurf in seiner nunmehrigen Fassung der nächsten am Donnerstag, den 25. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, bei dem Kollegen Joël, Andreasstr. 21, abzuhaltenden Saalbesitzer-Versammlung zur definitiven Beschlußfassung vorlegen.

In der Voraussetzung, geehrter Herr Kollege, daß Sie grundsätzlich willens sind, der Saalbesitzer-Vereinigung beizutreten und demzufolge auch den Ihnen hiermit zugehenden Revers zu unterzeichnen, bitten wir Sie dringend, sich zu jener wichtigen Versammlung einzufinden und an der Berathung und definitiven Beschlußfassung über das Statut sowie an der Konstituirung der Saalbesitzer-Vereinigung (Vorstandswahl) mitzuwirken.

Neben dem beigefügten Revers — welchen Sie gefälligst, mit Ihrer Unterschrift versehen, zu der Versammlung mitbringen wollen —, erhalten Sie hiermit zugleich zu Ihrer Information ein Exemplar des Statuten-Entwurfs. Daß derselbe noch keine bindende Kraft hat, sondern noch diejenigen Aenderungen erfahren wird, welche die bevorstehende Versammlung etwa zu beschließen für gut halten wird, brauchen wir Ihnen wohl kaum erst zu sagen. Jedenfalls liegt es im Interesse der Sache, daß an der definitiven Beschlußfassung über das Statut möglichst alle Saalbesitzer sich betheiligen, soweit sie überhaupt und grundsätzlich der Gründung der Saalbesitzer-Vereinigung zustimmen. Einigkeit allein kann uns nur schützen!

Mit kollegialischem Gruß

Die Saalkommission.

A. Ringel, Pankow. Alb. Keller, Bergstr. 68. Saeger, Andreasstraße (Konkordia-Säle). Lehmann, Kreuzbergstr. 48. Richter, Schwerinstr. 13. Gust. Müller, Müllerstr. 142. H. Schnegelsberg, Hasenhaide 21. F. Wolter, Elsasserstr. 10. Ferd. Müller, Oranienstr. 147. Clemens, Frankfurterstr. 76. Draesel, Unter den Linden 44.

Den sehr „geehrten und werthen Herren Kollegen" — die moralische Ueberwindung geht sogar so weit, daß selbst die „grundsätzlichen" Gegner einer Saalsperre nicht mit der Einladung verschont geblieben sind — macht man die Sache insoweit sehr bequem, als man sie unter Umständen vom persönlichen Erscheinen entbindet. Wenn sie nur den Revers einsenden, die „Wahrung der Interessen" werden die Elf „schönstens alleine besorgen". Wie lange ihnen die „bloße Selbstachtung" verbieten muß, die Säle bedingungslos wieder frei zu geben, wollen und können wir ja abwarten. Die Einigkeit, „welche allein nur schützen kann", ist und wird niemals vorhanden sein; die Gründe hierfür sind hinlänglich bekannt. „Zufälligerweise" fehlt unter dem Aufruf der Name des tapferen Herrn Jacobi, ebenso der Name des Schatzhüters Merker neben einigen anderen Größen. Man erwartet allgemein, daß in der Donnerstags-Versammlung der Schleier auch bezüglich dieser Vorgänge etwas gelüftet wird.

Der allgemeine Sturm, der sich gegen die vor einiger Zeit durch Indiskretion vorzeitig bekannt gegebene erste Statutenvorlage erhob, hat die guten Leute soweit abgekühlt, daß sie in dem jetzigen Entwurf von den Bedingungen für die Hergabe von Sälen kein Wort verlauten lassen. Der Verein soll Schutz gewähren „gegen sämmtliche geschäftliche Uebergriffe und Verrufserklärungen, von welcher Seite diese auch kommen mögen." Wer sich schützen lassen will, muß einen Saal haben, der mindestens 100 Personen faßt und zahlt für das Vergnügen 10 Mark Beitrittsgeld und pro Jahr 12 Mark Beitrag. Vielleicht weil man merkt, daß damit doch keine Schätze zusammengetragen werden können, bestimmt eine Art „Ehrengericht" (§ 12) neben anderen Bußen Geldstrafen in Höhe bis zu 100 M., gegen die es keine Berufung giebt. Unterstützt wird nach Möglichkeit, d. h. so lange der Kassirer über einen vollen Beutel verfügt. Der Vollständigkeit wegen fehlt auch nicht das Institut der Ehrenmitgliedschaft; damit hält man an der schönen Tradition fest und hat gleichzeitig im Nothfall verdiente Männer, die man anfechten kann. Auf das Schreckliche, was die Versammlung zu Tage fördert, ist die Arbeiterschaft gefaßt.

Zur Lokalliste. Teschner, Gollnowstr. 6, schänkt wieder boykottirtes Bier und ist daher von der Liste zu streichen.

Die Liste der ausgesperrten Brauerei-Arbeiter Nr. 3374, und die Liste vom Frankfurter Parteitag Nr. 32 sind gestohlen. Abzugeben beim Vertrauensmann zu Schöneberg. W. Bengs.

Die neuere sozialpolitische Gesetzgebung, so wird uns geschrieben, soll den Gemeinden bekanntlich auch eine größere Bewegungsfreiheit für den Fall einräumen, daß sie das Bestreben hegen, außerhalb der Armenunterstützung die Noth der wirthschaftlich schwachen Bevölkerungsklassen zu lindern; und es haben ja auch hier und da kommunale Körperschaften einmal einen schwachen Versuch unternommen, in diesem Sinne zu wirken. Daß auf sozialpolitischem Gebiete nicht mehr geschieht, liegt vor allen Dingen ja an den reaktionären Klassenwahlgesetzen, die der unterdrückten Arbeiterschaft nicht gestatten, ihrem Willen in den meistens von Vertretern des bornirtesten Manchesterthums verwalteten Gemeinden genügend Geltung zu verschaffen. Der Klassendünkel der honetten Bürgerschaft findet seine eifrigsten Vertheidiger in der Berliner Stadtvertretung. In unserer Stadtverordneten-Versammlung werden mit Fleiß und Beharrlichkeit alle Anträge abgelehnt, die nur im geringsten das Interesse des dreimal heiligen Geldsacks gefährden könnten. Das Drollige an der Arbeiterfeindlichkeit des freisinnigen Mehrheitsklüngels in der Stadtverordneten-Versammlung ist bekanntlich, daß diese Arbeiterfeindlichkeit getreu dem altbewährten Grundsatz „Geschwindigkeit ist keine Hexerei" frischweg in Arbeiterfreundlichkeit umgeschwindelt wird. Die heiße Liebe zu den Arbeitern hat Herrn Hermes bekanntlich den Muth gegeben, den von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrag auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zu bekämpfen, dieselbe überschwängliche Liebe zu den Arbeitern hält die Berliner Stadtverordnetenmehrheit auch von der Errichtung eines brauchbaren städtischen Arbeitsnachweises ab. Wie soll man sich angesichts solcher Konsequenz nach unten nicht der Thatsache erinnern, daß schließlich nur die ebenso konsequente Gefügigkeit nach oben einen heilsamen Schrecken üben könnte, wenn der konservative Staat der reaktionär-freisinnigen Stadtvertretung eine Vorlesung über ihre sozialen Pflichten hielte?

Es sei hier an die Worte erinnert, die der preußische Staatskanzler Hardenberg in einem Schreiben an den damaligen Minister des Innern gerichtet hat, als eine Anzahl Magistrate um die Aufhebung der Gewerbefreiheit petitionirt hatten:

„. . . indem ich Ihnen ganz ergebenst anheimstelle, überhaupt in Erwägung zu nehmen, wie dem Geiste der städtischen Korporationen eine edlere Richtung zu geben sein dürfte."

Das war allerdings damals, als der preußische Staat am Ende seines Lateins angelangt war und aus der Noth eine Tugend machen mußte. Eine derartige obrigkeitliche Aufmunterung werden in diesen Tagen vernagelte Gemeindebehörden kaum zu erwarten brauchen. Dazu ist der Staat noch zu ermattet von dem stürmischen Anlauf, den er zu Anfang des Jahres 1890 plötzlich unternommen hatte.

Bei Neuregelung des Nachtwachtwesens in Berlin dürfte es wohl angebracht sein, die Zustände, unter denen die hiesigen Nachtwächter seufzen, etwas näher zu betrachten. Die Nachtwächter, welche bis zum Inkrafttreten des Polizeikosten-Gesetzes städtische Beamte waren und nun direkt dem Polizeipräsidium unterstellt sind, erhalten ein monatliches Gehalt von — fünfzig Mark. Da sie nun mit diesem „Gehalt" sich und ihre Familie natürlich nicht ernähren können, so sind sie auf das Schließen der Häuser angewiesen. Jedoch haben die Wächter den Ertrag aus diesem privaten Einkommen der Behörde anzugeben und wird dasselbe auch mit versteuert.

Die Nachtwächter haben pünktlich ½10 Uhr Abends zum Appell in dem Polizeirevier anzutreten, wo sie stationirt sind. Hier wird vom Nachtwachtmeister oder Polizeiwachtmeister, öfter auch im Beisein des Polizeilieutenants, der Anzug einer Kontrolle unterworfen; dann werden ihnen die Tagesbefehle der Schutzmannschaft bekannt gegeben und eventuelle neue Polizei-Verordnungen verlesen. Hierauf folgt die eigentliche Instruktion, welche behandelt: das Verhalten des Wächters bei Sistirungen, Kenntniß verschiedener einschlägiger Paragraphen des Strafgesetzbuchs, Straßen-Polizei- und Droschken-Polizei-Reglement u. s. w. Um 10 Uhr beginnt der Dienst, welcher vom 1. März bis 15. Oktober Morgens 5 Uhr, vom 16. Oktober bis 30. April Morgens 6 Uhr beendet ist. Während der 7 resp. 8 Dienststunden wird der Wächter 12—15 Mal kontrollirt, und zwar vom Offizier du jour, Polizeihauptmann, Reviervorstand, 4—5 Mal vom Nachtwachtmeister und stündlich 1—2 Mal von einem Schutzmann. Alle diese Beamten machen ihre Eintragungen in das Kontrollbuch des Wächters. Es wird der Name des Kontrollirenden, die Straße und Hausnummer, wo derselbe den Wächter angetroffen und die betreffende Zeit eingetragen.

Während des Dienstes hat sich der Wächter mit keiner Person, einschließlich Schutzleuten und Kollegen, zu unterhalten; nur die an ihn gestellten Fragen hat er kurz zu beantworten. Wird er von einem Vorgesetzten plaudernd angetroffen und macht dieser davon Meldung, so ist dem Wächter ein strenger Verweis oder auch 24 Stunden Arrest gewiß.

Essen darf der Beamte während der Dienststunden — wenn er sich etwas mitgebracht hat — aber trinken? Läßt er sich vielleicht ein Glas Bier auf die Straße reichen und wird er dabei ertappt, so setzt es wieder 24 Stunden Arrest. Diese Arreststrafe wird durchaus nicht selten vollstreckt. Der Wächter hat sich zur Verbüßung einer solchen Strafe Morgens ½8 Uhr in Uniform auf seiner Polizei-Hauptmannschaft einzufinden, wo revidirt wird, ob er auch nicht Tabak oder andere verbotene Sachen, wie Bücher, mit sich führt; erlaubt sind: Bibel, Gebetbuch, Instruktionsbuch. Aus der Polizeiwache wird der Arrestant von einem Polizeiwachtmeister in das Arrestlokal (Alexanderplatz) abgeführt, wo er nochmals untersucht wird. Hier erhält er eine Einzelzelle, die mehrmals vom Offizier du jour revidirt wird. Der Arrestant muß sich auf eigene Rechnung beköstigen; Essen besorgt der Kalfaktor, geistige Getränke sind verboten, gestattet ist aber Thee, Kaffee, Wasser.

Eine Krankenkasse existirt für die Wächter nicht. Erkrankt ein solcher, so hat er binnen 24 Stunden ein ärztliches Attest einzureichen, Arzt und Medikamente aber selbst zu bezahlen, auch geht er während der Krankheit der Hälfte der Schlüsselgelder verlustig. Währt die Krankheit länger als vier Wochen, so fallen die Schlüsselgelder ganz fort, die dann der für ihn eintretende Reservewächter erhält, und der Kranke ist mit seiner Familie auf das gütigst weiter gezahlte „Gehalt" von monatlich 50 Mark angewiesen.

Urlaub kann dem Beamten 14 Tage gewährt werden, wenn er darum einkommt und er sich gut geführt hat; jedoch erhält er für diese Zeit ebenfalls das Schlüsselgeld nicht. Dies veranlaßt die meisten Wächter während des ganzen Jahres überhaupt auf Urlaub zu verzichten.

Den Wächtern wird jährlich eine Gratifikation von 15 bis 20 Mark gewährt. Ist der Wächter aber im Laufe des Jahres irgend wie disziplinarisch bestraft worden, so fällt diese Gratifikation fort.

Bis zum Jahre 1880 sind diese Beamten mit Pensionsberechtigung angestellt worden; die Pension beträgt für jedes zurückgelegte Dienstjahr 1 Mark monatlich; bei 30jähriger Dienstzeit also 30 Mark per Monat. Wächter, die nach diesem Zeitpunkt in den Dienst traten, erhalten nicht einen Pfennig Pension und werden nun ohne weiteres aufs Pflaster geworfen.

Man sieht auch hier, wie die Behörden das Ausbeuten der Menschen ebenso verstehen, wie die Industriellen, die ihre Arbeiter lange Jahre ausnutzen und sie dann, wenn sie älter geworden, einfach fortjagen. Die zur Entlassung kommenden Beamten (es sind das bis jetzt schon an 200) befinden sich meist im Alter von 45—50 Jahren und finden jetzt sehr schwer eine andere Beschäftigung; überall tönt ihnen der Ruf entgegen: „Zu alt!“ Die Kommune, die diese Beamten 14 Jahre lang ausgenützt hat — denn von einer angemessenen Bezahlung für den nicht leichten Dienst kann bei der Entlohnung von monatlich 50 M. doch nicht die Rede sein — entläßt sie ohne jede Pension, ohne sich weiter darum zu kümmern, was aus ihnen und ihren Familien wird. Was geht das auch die an, die sich in gut dotirten Stellungen befinden? Sie erhalten ihre angemessene Pension, wenn sie in den Ruhestand treten. Aber die Wächter? Nun es sind ja eben blos — Nachtwächter gewesen!

Die Kasse der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin hat nach ihrem jetzt veröffentlichten Jahresabschluß im Jahre 1893 eine Reineinnahme von 5 092 872,18 M. gehabt, darunter 4 691 813,42 M. für verkaufte Beitragsmarken. An Renten sind nur 252 978,58 M. gezahlt worden, nämlich 45 941,52 M. Invalidenrenten und 207 037,06 M. Altersrenten. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 105 014,86 M. für Gehälter, Vergütungen, Miethe, Bureau- und Kassenbedürfnisse, Inventar, Druck, Porto u. s. w., u. s. w. Rechnet man dazu noch die Kosten für Erhebungen vor Gewährung von Renten, für Schiedsgericht, Kontrolle und Rechtshilfe mit zusammen 36 625,26 Mark, so ergiebt dies das nette Sümmchen von 141 639,62 M. Verwaltungskosten im weiteren Sinne, also nicht sehr viel weniger, als an Renten gezahlt worden ist. Der Vermögensbestand der Anstalt bezifferte sich Ende 1893 auf 13 598 432,07 M. Betriebsfonds und 250 674,35 M. Reservefonds, zusammen 13 849 106,42 Mark.

Daß die Angestellten der Großen Berliner Pferde Eisenbahn nicht auf Rosen gebettet sind, ist allgemein bekannt weniger bekannt dürfte aber die virtuose Art und Weise sein auf welche sich diese großkapitalistische Gesellschaft derjenigen Angestellten zu entledigen beliebt, welche sich in langjährigem, aufreibendem Dienste für die Gesellschaft „abgearbeitet“, ihre Gesundheit und Kraft geopfert haben. Erkrankt ein Kutscher, Schaffner oder Kontrolleur selbst nach langer Dienstzeit und ist wenig Aussicht vorhanden, daß der Mann seine alten Kräfte wieder erhalten wird oder ist er bereits in einem Alter, welches nach Meinung der Gesellschaft nicht mehr mit einem jungen, kräftigen Mann zu konkurriren vermag, so ist bald ein Grund gefunden, dem Betreffenden den Dienst zu kündigen. In vielen Fällen verzuckert man dem Aermsten, der seine Gesundheit und die Kraft seiner besten Lebensjahre der Gesellschaft geopfert hat, das auf die Straßewerfen dadurch, daß man dem Armen eine Abfindungssumme von 400 bis 1000 M. „gewährt“. Diese Beträge werden aber nicht von der Gesellschaft bezahlt, sondern aus der „Unterstützungskasse“ entnommen, deren Mittel theilweise aus Strafgeldern zusammengebracht sind. Es sind aber auch Fälle bekannt, wo man dem durch schwere Krankheit auf längere Zeit seinem Dienste ferngebliebenen Angestellten die Kündigung auf das Sterbebett gebracht und ihm die letzte Lebensstunde noch verbittert hat. Ein anderes beliebtes Mittel der Direktion, Ersparnisse zu erzielen, um den Aktionären für das Nichtsthun eine alljährlich steigende Dividende zahlen zu können, ist folgendes: Beamte, welche zehn Jahre und länger ihre dienstlichen Pflichten getreulich erfüllt haben und das höchste Gehalt erzielen, werden bei dem geringsten Versehen gekündigt, ihnen aber die Alternative gestellt, wenn sie im Dienste der Gesellschaft bleiben wollen, mit dem Anfangsgehalt zufrieden zu sein!! Wir meinen, das genügt, um die entsittlichenden Auswüchse des Kapitalismus zu kennzeichnen und dessen wahres Antlitz allen Ausgebeuteten zu zeigen.

Die Herbst-Kontrollversammlungen 1894 in den Landwehr-Bezirken Berlin werden im ersten Bezirk in den Tagen vom 5. bis 9. November, im zweiten vom 5. bis 13., im dritten vom 19. bis 29. und im vierten Bezirk vom 19. bis 30. November abgehalten. Die näheren Angaben bringen die öffentlichen Bekanntmachungen, welche am 28. Oktober und 4. November an den Anschlagsäulen erscheinen werden.

Ein Glücklicher. Direktor Richard Schultze, vom Zentral-Theater ist in der Lage, dem hochverehrungswürdigen Publikum mitzutheilen, daß ihm sein diesjähriges Zugstück „O, diese Berliner“, bis jetzt im Durchschnitt pro Abend 2000 Mark eingebracht habe. Die höchste Einnahmefähigkeit des Theaters beträgt 2100 Mark.

Das Grab Albert Lortzing's auf dem Sophienkirchhof in der Bergstraße ist am gestrigen Geburtstage des Komponisten von zahlreichen Besuchern mit Kränzen und Blumen geschmückt worden.

Eine große Verkehrsstockung entstand gestern Vormittag an der Oranienbrücke, deren Zugklappen hochgezogen waren, um ein Fahrzeug auf dem Wasserlauf hindurchzuführen. Auf beiden Seiten stauten sich die Pferde-Eisenbahn-Wagen, Droschken, Heufuhrwerke, — Eierwagen und andere Gefährte derart, daß vier Schutzleute eine halbe Stunde zu thun hatten, ehe sie das Wagenknäuel zu entwirren im stande waren. Auf jeder Seite hielten allein etwa 10 Pferdebahnwagen.

Ist der Mensch wahnsinnig? Aus Rixdorf wird uns berichtet, daß nachträglich noch ein zweiter Ueberfall bekannt geworden ist, den der Gendarm Höppner in jener Nacht, in welcher er den Tapezier Dornbusch schwer verletzte, ausgeführt hat. In der gestrigen Versammlung des Kommunal-Reformvereins theilte der Vorsitzende, Webermeister Rahmig, mit, daß Höppner nach dem Ueberfall des Dornbusch vor der Apotheke an der Bergstraße den Maler Carl Fischer, Steinmetzstr. 26 wohnhaft, getroffen habe, woselbst Fischer auf Medizin für sein todtkrankes Kind wartete. Höppner trat an Fischer heran und herrschte ihn an: „Was wollen Sie hier, Sie Strolch?“ Fischer antwortete, er warte auf Medizin für sein krankes Kind, worauf Höppner sich neben ihn stellte und wartete, bis der Apotheker mit der Medizin erschien. Dann verfolgte er den F. bis zu dessen Hausthür, und als F. dieselbe aufschloß, versetzte er ihm ohne jede Veranlassung drei wuchtige Hiebe, wovon zwei den Kopf, der dritte die linke Hand des F. erheblich verletzten. Der Ueberfallene eilte hierauf nach seiner Wohnung, wo er die Wunden bis zum nächsten Morgen kühlen mußte. Bald erschien Höppner und ersuchte den Mißhandelten, die Sache todtzuschweigen. F. ließ sich auch bereden, mit Höppner nach einem Lokal zu gehen, wo dieser ihn mit Bier, Schnaps und Zigarren traktirte. Die Sache sprach sich aber, nachdem der Ueberfall Dornbusch's bekannt geworden, doch herum. Der Verein beschloß, der vorgesetzten Behörde Anzeige zu erstatten, damit Höppner aus Rixdorf entfernt werde. Inzwischen ist dieser Sicherheitsbeamte vom Dienste suspendirt und eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden. Es haben sich bereits zahlreiche Zeugen gemeldet, welche von ähnlichen Ausschreitungen des rohen Menschen zu berichten wissen. Charakteristisch für das Treiben Höppner's war auch eine Gerichtsverhandlung, welche am Dienstag das Rixdorfer Schöffengericht beschäftigte und über welche wir unter Gerichts-Zeitung ausführlich berichten.

In der Wucherafäre Protz und Genossen sollen bis jetzt sieben Personen verhaftet worden sein, unter diesen ein gewisser Sterk, welcher, obwohl gänzlich mittellos, doch stets als Geldgeber für Julius Protz fungirte. St. hatte auch das Geld an die Opfer auszuzahlen und bei nicht prompter Einlösung der Wechsel die Klagen anzustrengen, so daß Protz stets rückenfrei blieb. Ein dritter Protz ist früher schon wegen Wuchers in Untersuchungshaft genommen worden; es war dies der Besitzer des gleichnamigen Café's am Rosenthaler Thor und der Gastwirthschaft in der Linienstraße, welche beiden Etablissements später an den jetzt verhafteten Julius P. übergingen. Was der Letztere an den Wuchergeschäften verdiente, geht daraus hervor, daß er in wenigen Jahren ein bedeutendes Vermögen zusammengescharrt hat. Julius P. muß sich sehr sicher gefühlt haben, da er erst von einer Orientreise zurückgekehrt ist, wiewohl ihm unterwegs Kenntniß von dem Vorgehen gegen die Berliner Wucherer geworden war. Wie weiter mitgetheilt wird, befindet sich unter einer anderen Gruppe wegen Wuchers verhafteter Personen auch ein Handelsmann G., der seit länger als zwanzig Jahren mit Prostituirten Geldgeschäfte betrieben hat, indem er ihnen Darlehen gegen 6 pCt. Zinsen gab, gleichzeitig aber die Bedingung stellte, daß die unglücklichen Mädchen Waaren aller Art von ihm bezögen, die er zu besonders hohen Preisen berechnete.

Die Benutzung einer nicht beleuchteten Treppe hat vorgestern Nachmittag 6 Uhr einen folgenschweren Absturz herbeigeführt. Die 57 Jahre alte Ehefrau Auguste des Buffetiers Rathstadt, Müllerstr. 7, wollte in den Keller gehen, trat in der Dunkelheit fehl und fiel hinab. Mit einer schweren Gehirnerschütterung wurde die besinnungslose Frau nach einem Krankenhause gebracht, wo sie in der Nacht starb.

Ein Almosenempfänger mit reichlich Geld im Besitz fand am Dienstag Mittag gegen 12 Uhr vor dem Hause Spandauerstr. 48 seinen Tod. Der 69jährige städtische Almosenempfänger Hermann Heinz, Jüdenstraße wohnhaft, passirte zur obenerwähnten Zeit die genannte Straße, als er plötzlich zusammenbrach und auf der Stelle todt liegen blieb an den Folgen eines Herzschlages, wie ein hinzugerufener Arzt konstatirte. Bei dem Todten wurden ca. 90 M. in Baar und in seiner Wohnung ca. 3000 M. gefunden. Dieser Fall dürfte einigen besonders genialen Ordnungsphilistern vielleicht Stoff zu der Behauptung geben, daß es in der That mit dem öffentlichen Elend gar nicht so schlimm bestellt sei, wie von den hetzenden Sozialdemokraten behauptet wird.

Eine Naphtalin-Explosion hat vorgestern in der chemischen Fabrik von Landsloff u. Meyer in Grünau stattgefunden und Veranlassung zu einem recht bedeutenden Brande gegeben. Zum Glück sind Menschenleben bei der Explosion nicht in Gefahr gekommen.

„Zur unrechten Zeit“ kam ein Gerichtsvollzieher, welcher bei dem Bauunternehmer M. in der Greifswalderstraße eine Pfändung am Montag vorzunehmen hatte. M. hatte in der Marienburger Lotterie 5000 M. gewonnen. Der Kollekteur erschien persönlich bei dem glücklichen Gewinner, um diesem die Summe auszuhändigen; er hatte eben die angenehme Beschäftigung des Abzählens beendet, als ein Gerichtsvollzieher ins Zimmer trat und als „tertius gaudens“ Beschlag auf die Tausendmarkscheine legte. Das „Glückskind“ sowohl, wie der Kollekteur, der dadurch um seinen ihm versprochenen Nebenverdienst kam, haben beide lange Gesichter gemacht, als der Gerichtsvollzieher die 5000 M. als Abschlagsrate auf die sehr erhebliche Schuld mit sich nahm.

Die früheren Direktionsverhältnisse des Theaters „Unter den Linden“ beschäftigten am Dienstag wiederum den Bezirksausschuß. Der Polizeipräsident hatte gegen Herrn Krause auf Zurücknahme der Erlaubniß zum Betriebe des Gewerbes als Schauspiel-Unternehmer wegen mangelnder Zuverlässigkeit in sittlicher Beziehung geklagt. Auf grund des Beweisergebnisses erkannte der Bezirksausschuß im Sinne des Polizeipräsidenten auf Entziehung der Konzession.

Wieder hat der Inhaber eines alten Geschäftes wegen zerrütteter Vermögensverhältnisse Hand an sich gelegt. Der 63 Jahre alte Vergoldermeister Ferdinand Heuer, der mit seiner Familie in dem Hause Friedrichstraße 22 wohnte, hatte seine Lehrzeit in der Vergolderei von Polster in demselben Hause zugebracht, rückte später bis zum Werkführer auf und erwarb vor etwa zehn Jahren das Geschäft. Er arbeitete für größere Firmen und beschäftigte zeitweise eine größere Anzahl Arbeiter. Wodurch er nun einen Rückgang erlitten hat, ist in den Einzelheiten noch nicht bekannt, da er bisher die Zahlungen pünktlich bewirkt hat. Seine Angehörigen wollen auch in dem Benehmen des Familienoberhauptes keine Veränderung gegen früher wahrgenommen haben. Am Dienstag Nachmittag 6 Uhr wurde Heuer in der Familie vermißt, und da die im Seitenflügel belegene Werkstatt von innen verschlossen war, stellte man vom Hofe aus eine Leiter an das Fenster; der Maschinenbauer S., der in das Innere blickte, sah ihn am Thürpfosten als Leiche hängen.

Brände. In dem Erdgeschoß des Quergebäudes Königstraße 42, wo große Vorräthe von Stuhlrohr und Seegras lagerten, war am Dienstag Abend gleich nach 9 Uhr, wahrscheinlich durch Funken aus dem hier ausmündenden Steigerohre Feuer entstanden, das infolge zeitiger Wahrnehmung keinen großen Umfang nahm. — Während der Mitternachtsstunde zum Mittwoch fand Fidicinstr. 20 ein Dachbodenbrand statt, wodurch das Dachgeschaß des Vorderhauses beschädigt wurde. Zu seiner Bewältigung mußte mit drei Rohren von großen Handdruckspritzen eingegriffen werden. Die Bewohner des obersten Stockwerks hatten, bevor das Dach durchbrochen war, von dem nach unten gedrückten Rauch etwas zu leiden, und geriethen in eine ganz ungerechtfertigte Bestürzung. Die Entstehungsursache hat sich nicht ermitteln lassen.

Polizeibericht. Am 23. d. M. Vormittags wurde auf dem Anhalter Außen-Bahnhofe ein Arbeiter durch einen Eisenbahnzug an der Hand schwer verletzt. — Abends wurde ein Mann in seiner Werkstatt, in der Friedrichstraße, erhängt vorgefunden. — In einem Hause in der Müllerstraße fiel eine Frau von der Kellertreppe und erlitt eine Gehirnerschütterung. — In der Ottostraße fiel ein Mann infolge eines Fehltritts zur Erde und brach den Unterschenkel. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände, darunter im Hause Fidicinstr. 20 ein Dachstuhlbrand, statt.

Witterungsübersicht vom 24. Oktober 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf 0° Meeresspi.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius 0° C. = 4° R.)
Swinemünde .	766	SSO	2	heiter	2
Hamburg . .	762	SO	4	wolkig	3
Berlin . . .	766	Still	—	wolkenlos	1
Wiesbaden . .	761	Still	—	bedeckt	9
München . .	763	SO	3	heiter	5
Wien . . .	767	Still	—	wolkig	6
Haparanda .	751	WNW	4	wolkenlos	—12
Petersburg .	752	NNW	2	heiter	— 8
Cork	730	SSW	9	wolkig	13
Aberdeen . .	746	S	1	bedeckt	9
Paris . . .	756	SO	3	bedeckt	11

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 25. Oktober 1894.
Wärmeres, zeitweise heiteres, vielfach wolkiges Wetter mit etwas Regen und frischen bis starken südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Zeitung.

Die „Rechtshängigkeit“ bei ordentlichen Gerichten und das nicht ordentliche Gewerbegericht. Ein hochinteressanter Lohnentschädigungsprozeß beschäftigte am Dienstag die Kammer VII des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Assessors v. Witzleben. Gegen den Inhaber eines Adressenbureaus, Schustermann, klagten zwei Adressenschreiberinnen auf Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Mit demselben Anspruch waren die Klägerinnen vom Amtsgericht abgewiesen worden, nicht weil dieses sich für unzuständig erklärte, sondern weil es eine berechtigte Entlassung für vorliegend hielt. Seine Zuständigkeit sprach das Amtsgericht auf grund der Annahme aus, daß die Klägerinnen Handlungsgehilfinnen seien. An das Gewerbegericht hatten sich dann die Klägerinnen mit der Behauptung gewandt, sie seien Gewerbegehilfinnen gewesen. Der Beklagte erhob den Einwand der Rechtshängigkeit; nachdem das Amtsgericht entschieden, könne das Gewerbegericht nicht nochmals über dieselben Ansprüche entscheiden, behauptete er, und zwar anscheinend mit Recht. Das Gewerbegericht verwarf aber den Einwand mit der Begründung, das Gesetz schreibe vor, daß ein gerichtlich abgewiesener zivilrechtlicher Anspruch bei einem anderen ordentlichen Gericht nicht von neuem erhoben werden könne. Das Gewerbegericht sei jedoch kein ordentliches Gericht, deshalb könne es über die fraglichen Ansprüche entscheiden, wenn es sonst zuständig sei. Das Gewerbegericht erachtete sich für zuständig, weil es in der mechanischen Thätigkeit der Klägerinnen nicht die von Handlungsgehilfinnen, sogenannten Komptoiristinnen, sah, sondern die Thätigkeit von Gewerbegehilfinnen. Es wurde nun in die Beweiserhebung darüber eingetreten, ob die Klägerinnen ihnen zukommende Arbeiten verweigert hatten oder solche, welche auszuführen sie nicht verpflichtet waren. Nach den Angaben des Beklagten waren dieselben entlassen worden, weil sie ein Packet nicht zur Post schaffen wollten. Die Klägerinnen hingegen behaupteten, ihnen sei zugemuthet worden, einen ganzen Korb voller Kataloge ꝛc. zur Post zu besorgen, und dagegen hätten sie protestirt. Am Tage vor der Entlassung hätten sie bereits schlechte Erfahrungen gemacht (sie hätten auf ihre Kosten sich auf der Straße einen Jungen engagirt, welcher denselben Korb voll Postsachen für sie getragen habe. Ihre Kräfte hätten nicht dazu ausgereicht, die Last zu bewältigen. Die Beweiserhebung fiel zu gunsten der Klägerinnen aus. Das Gericht sah in ihrem Verhalten keine unberechtigte Weigerung der Arbeit, es verurtheilte den Beklagten gemäß dem Klageantrage zu 27,85 M. (für einen Monat) und zu 15 M. (für 14 Tage.)

Ein Berliner Muster-Hauswirth. Ein ganz unqualifizirbares Verhalten eines Hauswirths beschäftigte gestern die siebente Strafkammer am Landgericht I. Der Tischlermeister Albert Schröder herrscht als Hauswirth auf dem Grundstück Reichenbergerstr. 42, welches meist von sogenannten kleinen Leuten bewohnt ist. Zu den Miethern gehörte auch die unverehelichte Anna Zach, und zwar bewohnte diese eine Kellerwohnung, die ihr jedoch nicht behagte, weil die Wände feucht waren. Als die Zach aus diesem Grunde die Kündigung eingereicht hatte, nahm der Wirth eine Revision der trauten Räume vor, und seinem Blicke entging nicht ein großer schwarzer Fleck, der sich über der Maschine befand. Natürlich verlangte er „Schadensersatz“. Die Zach ließ denn auch einen Maurer kommen und den Fleck übertünchen, wofür sie 1 M. bezahlte. Gleichwohl drang der Wirth während der Abwesenheit der Mietherin in deren Wohnung ein und pfändete die Betten. Damit hatte er aber der Geduld der Zach denn doch zuviel zugemuthet, denn die Mietherin ließ sich diese Eigenmächtigkeit nicht gefallen, sondern erstattete Anzeige, worauf Schröder des Hausfriedensbruchs angeklagt wurde. Trotzdem er bereits wegen Körperverletzung vorbestraft ist, erkannte das Amtsgericht auf 20 M. Geldstrafe. Hiergegen legte der Angeklagte Berufung ein. Der Staatsanwalt beantragte, entrüstet über ein solches Verhalten eines Hauswirths, die Verwerfung der Berufung, auf welche der Gerichtshof auch erkannte.

Der neunzehnjährige Schneidergeselle Kiesow war in angeheitertem Zustande auf die Arbeitsstätte gekommen und hänselte sich dort mit seinem Meister herum. Aus dem Spaß wurde aber Ernst, der Meister gab dem trunkenen Gesellen eine Ohrfeige und dieser versetzte seinem Gegner schließlich einen Stich mit dem Messer in die Brust. Obgleich die Lunge verletzt war, konnte der Meister aber doch völlig geheilt aus dem Krankenhause entlassen werden. Wegen seiner Rohheit wurde Kiesow, der sich gestern vor der vierten Strafkammer am Landgericht I zu verantworten hatte, mit einem Jahre Gefängniß bestraft.

Es sei daran erinnert, daß vorgestern der Student Albert Steinke zu der außerordentlich geringen und vielleicht von ihm garnicht, sondern höchstens von seinem Vater empfundenen Geldstrafe von 300 M. verurtheilt worden ist. Der gebildete Steinke, dem vielleicht das starke Streben innewohnt, dereinst ein tapferer Staatsretter im Kampfe gegen den Umsturz und ein Hüter echter deutscher Sitte zu werden, war bei seiner deutschen Heldenthat auch angeheitert gewesen. Er hatte in diesem Zustand aber nicht einen wehrhaften Mann, sondern eine hilflose und gesittete Dame, die ihm nicht das Geringste zu Leide gethan, in Zuhältermanier roh über den Kopf geschlagen, so daß sie aus einer tiefen Kopfwunde blutend zu Boden gesunken war. Ja noch mehr. Zu der erbärmlichen Rohheit gesellte dieser Mensch vor Gericht noch die erbärmlichste Feigheit, indem er ohne jeden Grund die von ihm überfallene hilflose Dame schuftig bezichtigte, ihn, den Studenten, zuerst geschlagen zu haben! Und dieser tapfere deutsche Jüngling erhielt, weil seine Trunkenheit strafmildernd in Betracht gezogen wurde, nur die geringe Strafe von dreihundert Mark zudiktirt!

Wegen eines Diebstahls an einem kleinem Quantum Birnen im Werthe von etwa 10 Pfennig muß die Dienstmagd Auguste Schütze auf ein Jahr ins Zuchthaus wandern. Die Angeklagte betreibt die Spezialität, kleine Kinder auf offener Straße zu bestehlen und hat deshalb schon empfindliche Vorstrafen erlitten. In dem jetzt zur Anklage stehenden Falle hatte sie sich an einen kleinen Jungen herangemacht, der von seiner Mutter ausgeschickt war, um für 10 Pfennig Birnen zu kaufen. Sie hatte dem Knaben das Körbchen mit den Birnen abgenommen und war damit weggeeilt. Zufällig hatte aber die Mutter des Kindes von ihrem Fenster aus den ganzen Vorgang wahrgenommen, sie unternahm die Verfolgung der Diebin und es gelang, dieselbe festzunehmen. Der Gerichtshof verurtheilte sie zu einem Jahre Zuchthaus.

Versammlungen.

Für die Drechsler und Berufsgenossen tagte am 21. Oktober eine Versammlung. Bei dem schwachen Besuch der Versammlung mußte von einem Referat Abstand genommen werden, und ging man sofort zur Besprechung von Werkstattangelegenheiten über. Hierbei wurden wiederum die Werkstattverhältnisse bei Schwarz, Schop und Greschner einer eingehenden Kritik unterzogen, und zum Schluß das lebhafte Bedauern ausgesprochen, daß die Berufskollegen es nicht der Mühe werth halten in einer Versammlung zu erscheinen, in der so wichtige Angelegenheiten verhandelt werden.

Friedrichsfelde. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein erledigte in seiner Generalversammlung am 21. Oktober die Wahl des Vorstandes. Es wurden gewählt: Kohnke, Vorsitzender; Hentschel, Schriftführer; Knauer, Kassirer; Gruhl, Bibliothekar; Pretky und Kacza, Revisoren. Die anderen Gegenstände der Verhandlung betrafen interne Vereinsangelegenheiten.

Zehdenick. Seit längerer Zeit ist es hier zur Unmöglichkeit geworden, Versammlungen abzuhalten. Ein Lokal steht uns zwar zur Verfügung, aber die Behörde macht den Versuch, jede Versammlung zu untersagen. So gelang es uns einen Wahlverein zu gründen. Die Statuten wurden eingereicht und zugleich angemeldet, daß jeden Sonntag Nachmittag 3 Uhr Vereinsversammlung stattfände. Darauf erhielt der Vorsitzende zwei Schreiben; im ersteren wurde bescheinigt, daß das Statut eingelaufen sei, das zweite lautet folgendermaßen:

Zehdenick, den 18. Oktober 1894.

Nach den unterm gestrigen Tage hierher überreichten Statuten beabsichtigen Sie im Gastwirth Gustav Stegmann'schen Lokale hierselbst jeden Sonntag Nachmittag Vereins-Versammlungen abzuhalten. Die Abhaltung dieser Vereins-Versammlungen wird auf Grund des § 20 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und des § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 in Verbindung der Regierungs-Polizei-Verordnung vom 15. November 1889 bei Vermeidung einer für jeden einzelnen Uebertretungsfall festzusetzenden Exekutivstrafe von 30 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle 3 Tage Haft treten, hiermit untersagt. Für den Fall, daß Sie dieser Verfügung nicht entsprechen, haben Sie außer der Bestrafung zu gewärtigen, daß die stattfindenden Vereinsversammlungen polizeilicherseits **aufgelöst** werden.

Die Polizeiverwaltung.
Otto.

Trotzdem bekannt gemacht wurde, daß keine Vereinsversammlung stattfindet, stellte sich die Polizei doch pünktlich ein; in Stärke von 5 Mann durchsuchte sie alle Lokalitäten und Räumlichkeiten des Gasthauses, ob nicht doch in einer Ecke die Verschwörer säßen und belagerten dann bis zum Eintritt der Polizeistunde das Haus. — Natürlich ist gegen diese Maßnahme Beschwerde beim Landrath eingereicht.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

E. R. 500. Wir haben in Ihrem Interesse einen uns befreundeten Arzt um Rath gefragt. Derselbe erklärte sich indeß als prinzipiellen Feind brieflicher Behandlung und hält es für nothwendig, daß sie sich persönlich an einen der zahlreichen Spezialisten für Hautkrankheiten wenden — natürlich nicht an einen solchen, der in bürgerlichen Blättern durch tägliche Inserate auf den Fang derer ausgeht, die bekanntlich leider nicht alle werden.

A. B. 100. Das besorgt am besten ein Hutmacher.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 25. Oktober.

Opernhaus. Der kleine Haydn. Hänsel und Gretel.
Schauspielhaus. Das Leben ein Traum.
Lessing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Deutsches Theater. Die Weber.
Berliner Theater. Niobe. Unter vier Augen.
Schiller Theater. Ein Fallissement.
Ihres Theater. Komödianten.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Vogelhändler.
Residenz-Theater. (Théâtre libre.) L'école de Veufs. Les Fenetres.
Theater Unter den Linden. Orpheus in der Unterwelt.
Belleallianee-Theater. König Krause.
Alexanderplatz-Theater. Gastspiel des fliegenden Serpentin-Ballets. Vorher: Verbotene Liebe.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Central-Theater. O! diese Berliner!
National-Theater. Othello, der Mohr von Venedig.
Reichshallentheater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Donnerstag, 25. Oktober, Abds. 8 Uhr: **Ein Fallissement.**
Freitag, den 26. Oktober, Abends 8 Uhr: **Ein Fallissement.**
Sonnabend, 27. Oktober, Nachmittags 3 Uhr: **Schüler Vorstellung. Der Menonit.** — Abends 8 Uhr: **Ein Fallissement.**

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Emil Thomas a. G.
Anna Bäckers. Josefine Dora.
Zum 55. Male:
O! diese Berliner!
Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salingre's Reise durch Berlin von Julius Freund.
Musik von Jul. Einödshofer.
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: **O, diese Berliner!**

Circus Renz

Carlstrasse.
Donnerstag, den 25. Oktober cr., Abends 7½ Uhr:
Zum 1. Male:
Tjo Ni En
(Beim Jahreswechsel in Peking).
(Im Zeichen des Drachen),
arrangirt und inszs. v. Dir. **Fr. Renz.**
In 2 Minuten die Manege zur Bühne verwandelt.
Pracht-Ausstattung.
Glänzende Lichteffekte.
Gr. Potpourris: Akrobaten, Luftkünstler und Luftkünstlerinnen, Reckturner, Athleten, Jongleure, Seiltänzer, Equilibristen. Unter Mitwirkung des ges. Personals u. d. **Corps de Ballet.**
Hochinteressante Tänze u. a.:
les grelots vivants
jeu des barbichons.
Außerdem: Auftreten der Künstler-Spezialitäten 1. Ranges, sowie Reiten und Vorführen d. bestdress. Schul- und Freiheitspferde.
Freitag: Tjo Ni En.
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20.
Säle und Vereinszimmer
von 20—600 Personen.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Volks-Vorstellung
zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Othello,
der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten v. Shakespeare.
Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.
Morgen: Gastspiel des fliegenden Serpentin-Ballets.
Vorher:
Der Raub der Helena.

Adolph Ernst-Theater

Zum 300. Male:
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse in einem Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Jeder Besucher der **heute** stattfindenden Jubiläums-Vorstellung erhält ein Souvenier-Exemplar gratis.

Alcazar

Vaudeville- u. Variété-Theater
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Vornehmster Familienaufenthalt.
Neu! Sensationell! Neu!
Pusebach auf Korea.
Neu! **Mr. Chong** und **Geschwister Sarno.** Neu!
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.
Entree:
Wochent. 20 Pf., Sonntags 40 Pf.
Anfang:
Wochent. 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.
R. Winkler.

„Sanssouci"

Kottbuserstraße 4a.
Jeden
Sonntag und Donnerstag:

Stettiner Sänger
(Meysel, Häckel, Pitro, Britton, Eberius, Steidl und Blank).
Anfang Sonntags 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr. — Entree 50 Pfg.
Billets à 40 Pfg. (nur für die Wochentage giltig) sind im Vorverkauf in der Zigarrenhandlung von Keßler, Kottbuserplatz, zu haben.
Stets wechselndes, amüsantes Programm.

Castan's Panopticum.

Hassan Ali
der grösste Mensch der Welt.
Prinzess Topase
das kleinste Menschenkind.
Mexikanische Riesen-Cacteen
in noch nie gesehener Größe.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey.
Die Hexenschaukel,
neueste Illusion.

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark
(Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5—10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater. 9661.*
Näheres die Anschlagzettel.

Das in der **Meyer'schen Lederfabrik** von **Wagner** verbreitete Gerücht, daß ich Schultheiß-Bier ausschänken soll, erkläre ich für eine grobe Unwahrheit und ist nur als eine wissentlich falsche Anschuldigung zu betrachten. Ich schänke seit dem 29. Mai nur **Bier vom Münchener Brauhaus** und werde Jeden, der mich in obiger Weise beschuldigt, zur gerichtlichen Verantwortung ziehen. **A. Wegner,** Schankwirth, 563b Prinzen Allee 53.

Aufruf!

In der Nacht vom Freitag, den 28. September zum 29. September d. J. ist einem Droschkenkutscher auf einer Fahrt von der Friedrichstraße nach der Königgrätherstraße eine goldene Uhr übergeben worden. Derselbe wird ersucht, seine Adresse sofort in der „Allgemeinen Fahr-Ztg.", Schützenstr. 58, abzugeben. Gute Belohnung zugesichert. 565b

Gutgehendes **Lampen- u. Broncewaaren etc. Geschäft** sehr geeignet für Klempner, seit 15 Jahren in der Gegend, ist Umstände halber billig zu verk. Adr. u. **F. Z. 1004** an Gerstmann's Annoncen-Bureau, Alexanderplatz 1, erbeten. 29/9

Die Beleidigung gegen Herrn **Finckendei** nehme ich hiermit zurück. 559b **G. Münthert.**

Statt besonderer Meldung.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau **Minna Nürnberg** geb. Rodewald, am 22. Oktober, Nachmittags, nach langen, schweren Leiden sanft entschlafen ist. — Die Beerdigung findet am 25. Oktober, Nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in Britz, statt. 174M
Der trauernde Ehegatte.

Todes-Anzeige.
Am Montag Früh verstarb meine innigst geliebte Mutter, die verwittwete Frau
Pauline Schaar
geb. **Gutt**
nach kurzem Krankenlager im Alter von 47 Jahren.
Dies zeigt allen Verwandten und Bekannten tiefbetrübt an
Die trauernde Tochter.
Die Beerdigung findet Freitag, den 26 Oktober, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Gesundbrunnen, am Ende der Freienwalderstraße, aus statt.

Todes-Anzeige.
Dienstag, den 23. Oktober, Morgens 4½ Uhr, verschied nach kurzem Leiden mein innigst geliebter Mann, der Schneider
Bernhard Höhne.
Dies zeigt allen Freunden und Bekannten ergebenst an. 568b
Die trauernde Wittwe **Therese Höhne** geb. Hoffmann.
Die Beerdigung findet Freitag, den 26. Oktober, Mittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Weißenburgerstr. 18 statt.
Berlin, den 24. Oktober 1894.

Gr. Vereinszimmer Neue Hochstr. 49

Allen Freunden zur Nachricht, daß ich nur **boykottfreies Bier** ausschänke. Hundert Mark zahle ich denjenigen, die mir nachweisen, daß ich Ringbier verschänke. 562b
Becker, Brandenburgstr. 6.

Homöopath. Arzt Dr. Hösch, Linienstraße 149, 8—10, 5—6 u. 7, Sonntags 8—10 Uhr. 74L.*

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr, 59, vorn l., sollen über 100 Wirthschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Nußbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Muschelkleiderspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureaus, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneelsophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Coulissentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis Januar kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Halt!
Heute Abend: Grosses Gänseausspielen auf dem Billard bei **G. Schultz,** Wasserthorstr. 55.
Ausschank **Münchener Brauhaus.**

Seidensammet u. Plüsch
kein Velvet, 46 Zentimet. breit, Farben u. Maß nach Wunsch, pr. Met. 1,65 M., pr. **schw. Sammet** 2,50, vers. g. Nachn. 623g] **S. Haas, M.-Gladbach 1.**

Ein Geldbeutel ist gefunden worden über 40 Mark Inhalt. Restaurant R. Scholz, Wendenstr. 1. 569b

Möbl. Schlafst. f. 2 H. o. anst. Mädchen Landsbergerstr. 14, Hof r. 4 Tr. b. Zakrzewski. 567b

Achtung! Achtung!
Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, den 25. Oktober 1894, Abends 9 Uhr, bei W. Gründel, Brunnenstr. 188.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Heymann** über: „Die Philosophie des Sozialismus". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 282/6
Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!
Allgem. Verein d. Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands, Filiale Berlin.
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, den 26. Oktober 1894, Abends 6 Uhr, in Gründel's Saal, Brunnenstraße 188.
Tages-Ordnung:
1. Die Lage der Fensterfrage. 2. Die Verhandlungen der Gewerkschafts-Kommission bezüglich unserer Stellungnahme zur Fensterfrage. 246/7
Unsere Mitglieder werden dringend ersucht, in dieser Versammlung vollzählig und pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Achtung! Moabit. Achtung!
Oeffentliche Volksversammlung
am Donnerstag, den 25. Oktober, Abends 8½ Uhr, im Victoria Salon, Perlebergerstr. 13.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Otto Näther** über: Der Bierboykott und die bürgerliche Gesellschaft. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 297/2
Um rege Betheiligung ersucht **Der Vertrauensmann.**

Freie Volksbühne.

Zur Ergänzung der Abtheilungen bis 1100 Mitglieder liegen einige Karten in folgenden Zahlstellen aus:
Karten II. Abtheilung: Frau **Niemeyer,** Weberstr. 19.
„ III. „ **Aug. Hinke,** Pankstr. 14a; **E. Arndt,** Skalitzerstraße 107; **Max Rothe,** Koppenstr. 90.
„ IV. „ **M. Winkelmann,** Ackerstraße 153; **Alex Ochs,** Lindenstr. 59; **H. Baake,** City-Passage.
„ V. „ **W. Börner,** Ritterstr. 15; **G. Schulz,** Admiralstraße 40a; **Alb. Böttger,** Zossenerstr. 21.

Sonntag, den 28. Oktober, Nachmittags 2½ Uhr,
II. Serie IV. Abtheilung im „National-Theater":
Der Biberpelz.

Mitglieder zur VII. Abtheilung werden in allen Zahlstellen aufgenommen.
Die nächste Vorstellung der VII. Abtheilung findet am Sonntag, den 18. November, statt.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
271/18 J. A.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

Arbeitsmarkt.

Kartonarbeiterinnen, geübt, w. verl., Kommandantenstr. 15. 537b

Kaufmann
(Buchhändler), z. Z. in einem Parteiunternehmen in Stellung, wünscht sich per 1. Januar 1895 oder später zu verändern. **Sehr gute Zeugnisse** und Referenzen. Offerten sub
„Kaufmann"
durch die Exped. d. Bl. 949g*

Baroque-Vergolder verlangt Neumann, Henniger u. Co., Zeughofstraße 21. 175M

Goldleisten.
Tüchtige Vergolderinnen finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Köpenickerstr. 109a 566b

Lehrling verlangt Kunstglaserei und Bilderrahmenfabrik, Pallisadenstr. 100.

Geübte Papier- und Pappen-Zuschneider auf Kartons verlangt [562b **W. Wolff,** Neue Friedrichstr. 48.

Lithograph. Maschinenmeister.
Für unsere Brandenburger Fabrik suchen wir einen tüchtigen Maschinenmeister, nur erste Kraft. Meldungen Vormittags bis 1 Uhr Schiffbauerdamm 4a und 5. 558b
Berl. Kunstdruck- und Verlagsanstalt vorm. A. u. C. Kaufmann.

Tüchtiger Panthographist
wird für unsere Brandenburger Fabrik gesucht. Nur allererste Kräfte wollen sich melden Vormittags bis 1 Uhr Schiffbauerdamm 4a und 5. 560b
Berl. Kunstdruck- und Verlagsanstalt vorm. A. u. C. Kaufmann.

Für die Berliner Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die gestrige Gewinnliste der preuß. Lotterie bei.

Verantwortlicher Redakteur: J. Dierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 249. Donnerstag, den 25. Oktober 1894. 11. Jahrg.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Die Genossen Spaniens

haben an den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die folgenden Zuschriften gerichtet:

An unsere deutschen Genossen.

Werthe Genossen!

Wir würden glauben, eine Pflicht zu versäumen, wenn wir Euch zu Eurem Parteitag nicht herzlichen Brudergruß im Namen aller spanischen Sozialisten übermittelten.

Es kommt uns nicht zu, die wir die Nachhut des revolutionären Sozialismus bilden, Rath und Aufmunterung denjenigen zukommen zu lassen, die durch ihre Manneszucht und Intelligenz an der Spitze des großen Heeres stehen, welches für die Befreiung der Arbeit kämpft. Im Gegentheil, wir wissen, daß wir uns an Eurem Beispiel begeistern und dafür sorgen müssen, daß der Sozialismus bei uns dieselbe Kraft und Stärke gewinnt, wie bei Euch, damit er über dem Kapitalismus in Spanien triumphirt.

Soweit unsere Kräfte reichen, arbeiten wir für diesen Zweck und werden wir dafür arbeiten. Wenn wir aber auch noch schwache Kräfte zur internationalen Sozialistenbewegung stellen, so seid doch sicher, daß wir an Eurer Seite stehen und an der Seite unserer Brüder anderer Länder, mag es sich handeln um das Eintreten für unsere großen Ideale oder um die Erreichung wohlthätiger Reformen für das Proletariat, oder um den letzten großen Kampf, wenn es sich darum handelt, endgiltig mit allen Privilegien aufzuräumen.

In dem sicheren Vertrauen, daß Eure Beschlüsse im Sinne des internationalen Sozialismus ausfallen werden, das heißt im Sinne der Emanzipation der Arbeit, schließen wir uns im Voraus Euren Beschlüssen an und schicken Euch gleichzeitig unsere Glückwünsche und unseren freudigen Beifall zu den außerordentlichen Fortschritten, die Ihr fortwährend macht.

Es lebe die deutsche Sozialdemokratie:
Es lebe die Vereinigung der Arbeiter aller Länder!
Es lebe die Befreiung der Menschheit!

Für das Nationalkomitee der spanischen Arbeiterpartei:
Pablo Iglesias,
Vorsitzender.

Madrid, den 17. Oktober 1894.

* * *

Genossinnen und Genossen! Mit größter Genugthuung verfolgen wir stets die großartigen Fortschritte, welche Ihr auf dem mühevollen Wege der Erlösung der Menschheit trotz aller Hindernisse, welche sich Euch entgegenstellen, trotz aller Verfolgungen, mit welchen die feindlichen Mächte Euch erdrücken möchten, gemacht habt. Wenn wir hier nur noch in kleiner Zahl vertreten sind, so hegen wir doch in unserem Herzen dieselben Hoffnungen und Wünsche, wie Ihr, und werden gleich Euch, unser ganzes Leben bestrebt sein, an Eurer Seite mit allen unseren Kräften an der Erreichung unseres großen Zieles zu wirken. Eine Nachricht, welche Euch gewiß erfreuen wird, möchten wir Euch noch mittheilen, nämlich die, daß wir in der nächsten Zeit eine religionslose Schule begründen.

Mögen alle Eure Beschlüsse zum Segen der Partei Deutschlands und der ganzen Welt gedeihen!

Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!
Es lebe der internationale Sozialismus!

Granada, den 18. Oktober 1894.

El Comite de la Agrupacion Socialista.
Modesto Linares, Präsident. Nicolae Palacios, Sekretär.

* * *

An die deutschen Sozialisten, vereinigt auf dem Parteitag.

Theure Brüder!

Mehr als 4000 Weber — Männer, Frauen und Kinder — sind in Malaga im Ausstand gegen einen Ausbeuter, der sie zwingen wollte, ihre Gewerkschaft aufzulösen. Die Ausständigen haben erklärt, daß sie lieber hungern wollen, als sich einer so ungerechten Forderung unterwerfen. Sie sind entschlossen, bis zum Ende auszuharren; allein zu ihrem Unterhalt bedürfen sie der Bethätigung des Solidaritätsgefühls der Arbeiter. Deshalb wenden wir uns an Euch, damit Ihr unser Gesuch bei allen deutschen Gewerkschafts-Organisationen und sonstigen Arbeiter-Organisationen unterstützt, so daß eine wirksame Unterstützung unserer Genossen von Malaga herbeigeführt wird.

Beiträge können gerichtet werden an den Vorsitzenden dieses Ausschusses.

Im Vertrauen darauf, daß die deutschen Arbeiter nochmals den Beweis liefern werden, daß die internationale Solidarität der Arbeiter für sie ein heiliges Prinzip ist, das durch die That bekräftigt werden muß, grüßen wir Euch mit dem Ruf: Hoch die Vereinigung aller Unterdrückten!

Für den nationalen Ausschuß der spanischen Arbeiterpartei
Pablo Iglesias, Vorsitzender, Madrid. Rue Hernando Cortes 6. Alwaro Ortiz, Sekretär.

Parteinachrichten.

Die Würzburger Parteigenossen stellten in einer kürzlich stattgehabten Versammlung an den Magistrat folgende Forderungen: 1. das endliche Inslebenrufen des Gewerbeschiedsgerichts, 2. die Errichtung eines konfessionslosen städtischen Krankenhauses, 3. Errichtung von Orts-Krankenkassen, 4. Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises. Eine Deputation von drei Mitgliedern wurde gewählt, welche obige Forderungen, besonders aber die Errichtung eines Gewerbegerichts beim Magistrat befürworten soll.

* * *

Die Bekämpfung der politisch und gewerkschaftlich organisirten Arbeiterschaft scheint man in Bayern allmälig nach sächsischem Muster gestalten zu wollen. Kürzlich meldeten wir die Auflösung des Frauenvereins in Nürnberg, jetzt ist in München die örtliche Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als „politisch“ erklärt worden, was einer Auflösung gleichkommt. Ueber die Sache selbst, so meint die „Münchener Post“, läßt sich mit wenig Worten viel sagen. Das bayerische Vereinsgesetz ist ein Kautschukgesetz. Die Polizei hält gewisse Vorträge, weil sie sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, für politische. Daß alle gewerkschaftliche Fragen und Bestrebungen öffentliche Angelegenheiten berühren, braucht sie nicht zu wissen. Vielleicht weiß sie es auch nicht. Die Nürnberger Schuh-Praxis wird durch obige Verfügung auch in München eingeführt und dies beweist u. a. auch die Auffassung der hiesigen Polizeibehörde über die Identität öffentlicher und Vereinsversammlungen. Die Versammlung vom 7. September d. J. war eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, was dort gesagt und gesprochen wurde, geht die örtliche Verwaltungsstelle nichts an. Der Einberufer der öffentlichen Versammlung war zufällig Vorsitzender der Verwaltungsstelle, und das genügt. Selbstredend wird gegen diesen ersten Vorstoß gegen die Gewerkschaftsbewegung Beschwerde eingelegt, aber helfen wird es nichts, weil man den Pontius nicht beim Pilatus verklagen kann. Da der Herr Polizeidirektor v. Welser nach Unterzeichnung der Verfügung in Urlaub gegangen ist und die übrigen Polizeiorgane nicht wissen, wie weit sich dessen Anschauungen erstrecken, so ist vorläufig anzunehmen, daß nur die „örtliche Verwaltungsstelle“ durch die Verfügung berührt wird. Im übrigen bleibt abzuwarten, wie sich der „neue Kurs“ in Bayern weiter bethätigt.

* * *

Auf der Suche nach geheimem Inverbindungtreten. Eine Haussuchung mit dem Staatsanwalt an der Spitze, nebst Sekretär und einem Polizeikommissar wurde am Montag Nachmittag im Verbandsbureau der Rheinisch-Westfälischen Bergleute in Gelsenkirchen abgehalten. Man suchte nach Material, durch welches die Verbindung zwischen dem Deutschen Verband und der Bergarbeiterbewegung in Oberschlesien nachgewiesen werden soll. Das Resultat war die Beschlagnahme des Protokollbuchs und 13 bis 15 Briefe.

* * *

Wahlrechts-Demonstrationen haben in Oesterreich auch am letzten Sonntag wieder in vielen Städten stattgefunden. Große Versammlungen, Umzüge der Arbeiter werden der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ gemeldet aus Lemberg, Stanislau 2c.

Die ungarische sozialdemokratische Parteileitung beabsichtigt, wie der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ gemeldet wird, ebenfalls eine Landesbewegung im Interesse des allgemeinen Wahlrechtes einzuleiten. Außerdem hat die Parteileitung beim Minister des Innern die Anzeige gegen die Polizei-Stadthauptleute von Czegled, Szolnok, Mako, Fünfkirchen Szentes, Szabadka und Hodmezö-Vasarhely erstattet, weil dieselben sozialistische Bücher und Schriften konfisziren, obgleich diese Drucksachen die Zensur der Staatsanwaltschaft passirten. Die Herren Polizei-Stadthauptleute, so meint genanntes Blatt, begehen durch diese willkürlichen Konfiskationen ganz gewöhnliche Diebstähle, gegen welche sich die ungarländische Parteileitung ganz energisch verwahren wird.

* * *

Todtenliste der Partei. In Hannover starb am Montag ein eifriger Verfechter unserer Ideen, der Genosse Adolf Heine, im Alter von 29 Jahren an der Proletarierkrankheit. Sein Wirken in und für die Partei wird ihm bei der Hannoverschen Arbeiterschaft ein dauerndes Andenken bewahren.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Beleidigung der Militärbehörde. Die Notiz des „Vorwärts“, welche die Beurlaubung der Soldaten zu Ernte-Arbeiten bemängelte, war auch in die Magdeburger „Volksstimme“ übergegangen. Der Redakteur Genosse Richter war deshalb unter Anklage gestellt und fand am letzten Freitag die Verhandlung vor dem dortigen Landgericht statt. Richter führt an, er habe den Artikel nicht verfaßt, aber vor dem Abdruck gelesen. Er will nicht der Meinung sein, daß der Artikel eine Beleidigung enthalte und solche auch nicht beabsichtigt haben. Ausdrücken habe er mit dem Schlußsatze nur wollen, es sei besser, der Großgrundbesitzer nehme an Stelle der Soldaten Arbeiter an, damit die Arbeitslosigkeit gehoben werde. Der Erste Staatsanwalt beantragte, gegen den Angeklagten 200 M. Geldstrafe und Publikationsbefugniß auszusprechen. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Heine aus Berlin, führte aus, der Angeklagte habe seine Gedanken nur in eine ungeschickte Form gebracht, die Beleidigung sei eine nur so geringe, daß eine ganz niedrige Strafe angemessen erscheine. Der Gerichtshof erkannte auf 200 M. Geldstrafe ev. 20 Tage Gefängniß und Publikationsbefugniß des Kriegsministers.

In Dresden sind nicht blos die Redakteure, sondern auch die Zeitungsausträger für den Inhalt verantwortlich. Vor nahezu vier Monaten verurtheilte das Dresdener Schöffengericht 42 Zeitungsausträger zu je 40 M. Strafe; sie hatten eine Nummer der „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ zur Verbreitung

Literarisches.

Die Noth des vierten Standes. Von einem Arzte. Leipzig. Fr. W. Grunow. 1894.

Es ist kein Zufall, daß von allen akademisch gebildeten bürgerlichen Elementen am ersten und häufigsten die Aerzte sich auf die Seite des Proletariats gestellt oder doch wenigstens Verständniß und Sympathie für dessen Kämpfe gezeigt haben; giebt es doch keinen Beruf, dessen Vertreter in gleicher Weise Tag für Tag Gelegenheit haben, in so intime Beziehungen zu den besitzlosen Klassen zu treten, ihre Lebensbedingungen, ihre Leiden und Nöthe aus nächster Nähe kennen zu lernen, wie die Aerzte. Ja, wenn eines Wunder nehmen kann, so ist es, daß die Zahl der Aerzte, welche im stande sind, das, was sie sehen, unbefangen zu beurtheilen und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen, doch noch eine so geringe ist. Aber Klassen- und Standesvorurtheile sind ein mächtiges Bollwerk gegen die Gewinnung richtiger Einsicht und gegen die Bethätigung einmal gewonnener Ueberzeugung — hat der Arzt die Hütte des Armen, das dumpfe Krankenzimmer mit all' seinem Elend und Jammer hinter sich und tritt er wieder in den stillzufriedenen Kreis seiner bürgerlichen Freunde, so findet er nicht mehr den Muth, weiter zu denken, was das eben erst Gesehene in ihm angeregt, geschweige denn Meinungen zu verfechten, für die er doch bei den Seinigen kein Verständniß finden würde.

Eine rühmliche Ausnahme macht der Verfasser des vorliegenden Buches; nicht, daß derselbe ein überzeugter Sozialdemokrat oder gar ein zielbewußter Parteigenosse geworden wäre. Im Gegentheil, daß er es nicht ist, daß er Alles was er gesehen und erfahren hat, vom Standpunkte des Bourgeois aus beurtheilt, verleiht seinem Buche einen so eigenen Reiz. Es ist eine Schilderung von dem Leben, Leiden und Kämpfen des Proletariats, wie es sich in dem Kopfe eines unbefangenen, meist vorurtheilslosen, immer aber wohlwollenden bürgerlichen Beobachters malt. Das Buch ist mit einer wohlthuenden Frische und Unbefangenheit geschrieben; unbeeinflußt von grauer Theorie, frei von dem Wuste nationalökonomischer Kenntnisse (die wissenschaftliche sozialistische Literatur hat der Verfasser offenbar nie gelesen) schildert er einfach, aber mit prächtiger Anschaulichkeit, was er selbst gesehen, beobachtet, erlebt hat. Und wo er sich nicht auf die eigene Erfahrung, sondern auf die Angaben anderer verläßt, zitirt er auch mit Vorliebe nicht gelehrte Abhandlungen, sondern Schilderungen von Augenzeugen, oder er giebt ganz wenige Zahlen, die dann aber mit erschreckender Deutlichkeit seine Ausführungen ergänzen.

Daß solch' ein Mann, ohne selbst Sozialdemokrat zu sein, mehr Verständniß für das Wesen der Sozialdemokratie und der modernen proletarischen Bewegung an den Tag legt, als das Gros seiner Klassengenossen, kann nicht überraschen; nicht hoch genug kann man es ihm anrechnen, daß er das öde Gerede über den „Zukunftsstaat“ in so treffender Weise abfertigt. Was ihn schließlich hindert, selbst Sozialdemokrat zu werden, das ist offenbar sein streng religiöser Standpunkt, der sich in dem ganzen Buche — und zwar in keineswegs störender Weise — kundthut.

Wer eine gottesfürchtige Erziehung als Vorbeugungsmittel gegen Verbrechen, Sprüche und Worte der heiligen Schrift, die Kreuz- und Trostlieder unserer Gesangbücher als Labsal für arme Kranke empfiehlt, und wer in der Botschaft Kaiser Wilhelms I. die Morgenröthe einer besseren Zeit sieht, sollte vor dem Verdachte revolutionärer Gesinnung gefeit sein. Daß aber selbst das nicht schützt, geht aus einer Besprechung hervor, welcher das Buch in der „Post“ (vom 25./9. d. J.) unterzogen wird und in der — offenbar um die Leser der „Post“ von der Lektüre des Buches abzuhalten — der Verfasser als waschechter Sozialdemokrat, sein Werk als „nichts Originelles bietend“ charakterisirt wird.

Dem Proletarier wird das Buch nicht viel Neues sagen, doch wird es ihn durch die Frische der Darstellung fesseln. Den bürgerlichen Lesern des „Vorwärts“ aber können wir das Buch ganz besonders empfehlen; es wird ihnen manche genußreiche Stunde bereiten und vielleicht manchen neuen Kämpfer für das Proletariat werben.

Aerztliche Syndikate. Ein Reformvorschlag von Dr. G. Zepler. Berlin 1894. J. Goldschmidt. (Sonderabdruck aus der „Medizinischen Reform“.)

Nicht die Noth des vierten, sondern die des ärztlichen Standes selbst ist es, die einen Vertreter desselben veranlaßt, sich zum Wortführer seiner Standesgenossen zu machen und Abhilfe für die herrschenden Mißstände zu heischen. Worin die ärztliche Misere von heutzutage begründet ist, das hat Zepler richtig erkannt und legt es in klarer, anschaulicher Weise dar. Er hat auch ein radikales Heilmittel zur Abhilfe: Die Gründung von staatlich anerkannten ärztlichen Syndikaten, d. h. Berufsgenossenschaften, welche das gesammte ärztliche Honorarwesen in der Weise in die Hand nehmen, daß sie von den Patienten nach Maßgabe ihrer Einkommensverhältnisse das Honorar abverlangen resp. eintreiben, es jedoch unter die Aerzte nur nach Maßgabe ihrer Leistungen vertheilen. Es würde also der Reiche für einen ärztlichen Besuch zwar das 10- und 20fache dessen zu zahlen haben, wie der Arme; der behandelnde Arzt würde aber von dem Syndikat für den Besuch nur die Durchschnittstaxe erhalten. Das gegenseitige Unterbieten, die Honorarstreitigkeiten zwischen Arzt und Patienten, die schreienden Gegensätze zwischen Proletarierärzten und Aerzten der Reichen würden fortfallen. Ein ganz ähnlicher Vorschlag wie hier von einem Berliner Arzt, ist vor kurzem in der „Neuen Zeit“ (Nr. 50 XII. Jahrgang II. Band) von einem elsässischen Landarzte gemacht worden, nur daß letzterer direkt von einer Verstaatlichung der Aerzte spricht — das Bedürfniß nach einer Besserung in der dieser Richtung muß also offenbar vorliegen. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß eine Einrichtung, wie sie Zepler vorschlägt, sehr rationell und gerecht wäre und den meisten Beschwerden in ärztlichen Standes mit einem Schlage abhelfen würde — aber leider läßt sich dieselbe in der heutigen Gesellschaft nicht durchführen. Die heutige Gesellschaft beruht auf der Klassentheilung und Klassenherrschaft und läßt sich derartige sozialistische Reiser nicht künstlich aufpfropfen. Tausendfach und festgeknüpft sind die Fäden, welche die einzelnen Mitglieder der herrschenden Klassen mit einander verbinden. Je besser situirt ein Arzt ist, ein je höheres Einkommen er besitzt, desto intensiver ist sein Interesse an der Erhaltung des bestehenden Zustandes, desto größer aber auch sein Einfluß auf diejenigen Kreise, welche in unserer heutigen Gesellschaft die Gesetze machen und die Einrichtungen des Staates schaffen helfen. Den deutschen Staatsmann möchte ich sehen, der seine Hand zur Gründung derartiger Syndikate hergeben würde. Kommt hinzu, daß die Syndikate, wie sie Zepler will, sich nicht einmal der Sympathie der „unteren“ Volksschichten erfreuen würden. Naturgemäß würden diese Syndikate die Tendenz haben, den Preis der ärztlichen Leistung hochzuhalten, wahrscheinlich selbst zu Zeiten mit sinkender Tendenz des allgemeinen Volkswohlstandes — das Publikum würde zu den billigeren Naturheilkünstlern und Pfuschern seine Zuflucht nehmen, ohne daß ein „Pfuschereiverbot“, wie es Zepler vorschlägt, das hindern könnte. Und solch ein Verbot würde die ärztlichen Syndikate beim Volke nicht besonders beliebt machen. — Nein, lassen wir erst das Proletariat seine Kämpfe auskämpfen.

Dr. A. Bl.

Eingelaufene Druckschriften.

Volks-Lexikon. Heft 16, herausgegeben von Emanuel Wurm, Verlag von Wörlein u. Comp., Nürnberg, ist soeben erschienen und enthält folgende größere Artikel: Bibel (Neues Testament mit historisch-kritischen Erläuterungen, Bibelübersetzungen); Bildhauerkunst (Geschichte derselben in Egypten, Babylonien und Assyrien, Persien, Indien, Griechenland, Etrurien, Rom im Mittelalter, Italien, Deutschland u. s. w., Neuzeit, mit Beschreibung der wichtigsten Kunstwerke); Bildhauer, kunstgewerbliche (Löhne, Arbeitszeit, Geschichte, Kämpfe und Leistungen ihrer Organisation); Bimetallismus (Geschichte desselben, Bedeutung, Gold- und Silberproduktion); Bitterstoffe, Blauer Montag, Blei, Blut (Beschaffenheit, Kreislauf, Erkrankungen) mit 2 Abbildungen: Darstellung des Blutkreislaufes und des Gefäßsystems). — Alle 14 Tage erscheint ein Heft. — Das Volks-Lexikon kann durch jede Postanstalt bezogen werden. Es ist im deutschen Post-Zeitungskatalog unter Nr. 6879a (9. Nachtrag), im bayerischen Post-Zeitungskatalog unter Nr. 769a (Nr. 25 des B.-Bl.) eingetragen.

Deutsche Worte. Monatshefte von Engelb. Pernerstorfer. (14. Jahrgang.) 10. Heft. Inhalt: Gegenreformation und Bauernbefreiung in Böhmen, Mähren und Schlesien. Wien VIII. Verlag der „Deutschen Worte“, Langegasse 13. Leipzig bei C. F.-W. Jest.

Was ist Geld? Ein Beitrag zur Lösung der sozialen Fragen. Von Rich. Goldschmidt. Verlag von Fr. W. Grunow.

Die Jüdin. Drama in 1 Akt von Ph. Winter Hjelm. Leipzig, Verlag von Oswald Mutze.

Der neue Schuster oder: Der Tod Caligula. Sittendrama in 5 Aufzügen von E. Vier. Leipzig. Verlag von Oswald Mutze.

Bericht des Verbandes der Arbeiter-Kranken- und Unterstützungs-Vereine Oesterreichs. Wien. Verlag des Verbandes.

König Lear's Weib im modernen Staatswesen. Von Paul Robert. Leipzig. Verlag Wilh. Friedrich.

Die deutsche Kolonialfrage. Ein Vortrag von Barth. v. Werner. Leipzig. Verlag Wilh. Friedrich.

Der Grütlibund. Poesien von Rod. Seidel. Zürich. Verlag des Schweiz. Grütlivereins.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion. Von Th. v. Wächter. Stuttgart. A. Jung's Verlag.

gebracht, in der zum Waldschlößchenboykott aufgefordert worden war. Bis auf einige Wenige hatten alle Verurtheilte Berufung eingelegt. Trotz der glänzenden Vertheidigungsrede, die, nach der „Sächs. Arb.-Ztg.", der Rechtsanwalt Hofmann-Leipzig hielt, verwarf der Gerichtshof nach kurzer Berathung die Berufung sämmtlicher Angeklagten bis auf vier, welche Mangels Beweise freigesprochen wurden.

— Auch ein Grund zum Wortentziehen. Genosse Stolle wies kürzlich in einem Referat, welches er in Glauchau hielt, auf die vielen Selbstmorde in Meerane hin und knüpfte daran die Bemerkung, daß dies zum größten Theil aus Noth geschehen sei. Millionäre, so meinte Stolle weiter, hätten nicht nöthig, sich umzubringen. Dieser sträflichen Ansicht wegen wurde ihm das Wort entzogen und als er später in der Diskussion das Wort aufs neue erhielt, wurde die Versammlung aufgelöst.

— Das bemerkenswerthe Verbot der Lassallefeier des Glauchauer Volksvereins durch den Stadtrath ist von der Kreishauptmannschaft bestätigt und die Beschwerde verworfen worden.

— Zwei Genossen in Hof hatten Sammlungen vorgenommen für den „Straffonds". Die Gelder sollten zur Bezahlung des Rechtsanwalts verwendet werden. Die Anklage, die der Staatsanwalt gegen die beiden erhoben hatte, ist jetzt zurückgezogen, die Kosten sind der Staatskasse aufgebürdet.

Soziale Uebersicht.

Ein gütiger Arbeitgeber, wie ihn alle Arbeiter sich wünschen möchten, ist der Bezirksausschuß von Hadersleben. Die dortigen städtischen Kollegien hatten das Gehalt des Bürgermeisters auf 5000 M. festgesetzt. Der Bezirksausschuß versagte hierzu seine Genehmigung und forderte die Stadtverwaltung auf, das Gehalt auf 6000 M. zu erhöhen.

Eine Lohnherabsetzung, und zwar um 5 pCt., hat die Direktion des Norddeutschen Lloyd, wie vor einigen Tagen in Bremerhaven, so auch jetzt in Werkstätten ihren sämmtlichen Arbeitern angekündigt und zwar soll diese Reduzirung sofort eintreten. Man muß sich, bemerkt die „Bremer Bürger-Zeitung", Angesichts dieser Thatsache, unwillkürlich fragen: Ist es nicht die reine Ironie, daß die Direktion jetzt in der Zeit der fälligen Miethe, der Anschaffung von Wintervorräthen in Feuerung u. s. w. in der Zeit, welche den Arbeitern die größten Entbehrungen auferlegt, es wagt, denselben eine Reduzirung des ohnehin schmalbemessenen Lohnes zuzumuthen?

Ein neuer Paulus. In die Reihe derjenigen Fabrikanten, welche freiwillig eine Verkürzung der Arbeitszeit in ihren Betrieben haben eintreten lassen, ist nun auch der Fabrikbesitzer von Gruba in Cölln bei Meißen getreten. Derselbe hat in seinem Etablissement eine Proklamation anheften lassen, in der es u. A. heißt:

„Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß sich die von dem Einzelnen geleistete Arbeit in einen kleineren Zeitraum zusammendrängen läßt. Diese Ansicht theilen mit mir der Arbeiterausschuß und die Meister. Die durch erhöhte Thätigkeit und Unterlassung jedes unnützen Aufenthaltes gewonnene Zeit beabsichtige ich, den Arbeitern zu lassen, daß sie Gelegenheit haben, solche ihrer Familie und sich nutzbar zu machen." Die verkürzte Arbeitszeit, die bereits seit dem 2. September in Geltung ist, erstreckt sich von 7—12 Uhr und 1½—6 Uhr. Arbeiter über 16 Jahre haben Vor- und Nachmittags je ½ Stunde, Arbeiter unter 16 Jahren je ½ Stunde Pause. Die Akkordlöhne und die festgesetzten Tagelöhne sind dieselben geblieben, die Stundenlöhne dem jetzigen Stande entsprechend erhöht. Die tägliche Arbeitszeit beträgt sonach 9 bezw. 8½ Stunden.

Ein trauriges Stück Weberelend berichtet die „Oberfränkische Volkszeitung". Infolge des flauen Geschäftsganges hat der Werkmeister J. Petz in Hof i. B. in sechs Wochen nur eine Mark verdienen können. Vorige Woche hatte er das Glück, wieder einen Zettel zu bekommen, und da die Lieferfrist vorgeschrieben ist, hat er Tag und Nacht gearbeitet. Mit einer Mark Verdienst in sechs Wochen kann man natürlich sich nicht mehr an Kartoffeln satt essen, und so war der Körper des armen Mannes den Anstrengungen nicht mehr gewachsen und entkräftet fiel er vom Webstuhl, um nach wenigen Minuten seinen Geist aufzugeben. Der Mann ist thatsächlich vor Hunger gestorben und wenn es so fort geht, folgen ihm andere noch nach. Fleisch ist in unserer Gegend für die Arbeiter ein längst entwöhnter Genuß, bemerkt dazu unser Bruderorgan, und noch immer ist keine Aussicht aufs Besserwerden. — Die Textilarbeiter aller Orten sollten solche Erscheinungen sich als Mahnung zu kräftiger Organisation dienen lassen, damit dieselben zu wirksamem Kampfe gegen diese Uebel der Zeit gewappnet werde.

Die Hamburger Grundbesitzer, die in der sogenannten Volksvertretung die Mehrheit haben, halten immer noch im Gegensatz zu Preußen und anderen Bundesstaaten an dem brutalen Vorrecht fest, das dem Hauswirth gestattet, dem Miether das letzte Bettstück und das letzte Hemd für eine Miethe schuld nehmen zu können.

Alle Arbeitslosen sind Landstreicher oder Vagabunden. Diese Anschauung muß ungefähr das Motiv gebildet haben für folgende bemerkenswerthe Verfügung des Regierungspräsidenten zu Schleswig an die Herren Landräthe. Es heißt in demselben: „Wie zu meiner Kenntniß gekommen ist, stellen im diesseitigen Bezirke Gemeinde- und auch Amtsvorsteher häufig ohne weitere Prüfung der thatsächlichen Verhältnisse an arbeitslose, umherziehende Personen Bescheinigungen dahin aus, daß dieselben vergeblich um Arbeit sich bemüht hätten. Diese Bescheinigungen haben für die betreffenden Personen insofern Bedeutung, als im Falle ihrer Vorweisung die Gerichte nicht selten von einer Verurtheilung wegen Landstreichens überhaupt oder doch wenigstens von einer den Umständen nach angezeigten Ueberweisung an die Landespolizeibehörden absehen. — Euer Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, mir gefälligst anzuzeigen, ob im dortigen Kreise Mißstände der gedachten Art hervorgetreten sind."

Eine Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiter, die in staatlichen Diensten stehen, ist im Kanton Baselstadt durchgeführt worden. Der Chef des Baudepartements (Ministerium der öffentlichen Arbeiten) hat für die ihm unterstellten Arbeiter den Zehnstundentag eingeführt. Ferner hat der betreffende Regierungsrath (Minister) durch Zirkular die baslerischen Baumeister und Unternehmer von seiner Neuregelung der Arbeitszeit in Kenntniß gesetzt und sie eingeladen, wenn immer möglich, die gleiche Arbeitszeit auch in ihren Geschäften einzuführen.

Ueber kommunale Lohnregulirung im Londoner Schankgewerbe theilt das „Sozialpolitische Zentralblatt" folgendes mit: Auf ein Mittel, die Arbeitsverhältnisse im Schankgewerbe zu beeinflussen, weist eine kürzlich dem Londoner Grafschaftsrathe zugestellte Petition hin. Es wird darin vorgeschlagen, bei der bevorstehenden Beschlußfassung über die Erneuerung abgelaufener Schankkonzessionen für Singspielhallen nur denjenigen Bewerbern die Konzession zu verlängern, die sich verpflichten, den von ihnen beschäftigten Kellnern, Kellnerinnen und anderen Bediensteten anständige Löhne zu bezahlen. — Vor einigen Jahren, als die Neuverpachtung des Berliner Rathskeller bevorstand, richtete die Berliner Kellnerschaft ein Gesuch an die Stadtverordnetenversammlung, in dem verlangt wurde, die Verpachtung von obigem Gesichtspunkte aus vorzunehmen. Die Mehrheit der Stadtverordneten ging bekanntlich über diesen Punkt zur Tagesordnung.

Die Fabrikinspektoren der nordamerikanischen Staaten hatten kürzlich eine Konferenz in Philadelphia; auf dieser war, wie unser Korrespondent aus New-York uns schreibt, die Sozialistin Frau Florence Kelly, Chef-Fabrikinspektorin von Illinois in hervorragender Weise thätig. Ihr Vortrag über die „Nothwendigkeit einer einheitlichen Arbeiter-Gesetzgebung" wurde mit großem Beifall aufgenommen. Das Fabrikinspektorat ist jetzt in 15 Staaten eingeführt, und zwar in Massachusetts (24 männliche, 2 weibliche Inspektoren), New-York (13 männliche, 13 weibliche), New-Jersey (6), Ohio (13), Pennsylvanien (8 männliche, 5 weibliche), Illinois (5 m., 7 w.), Minnesota, Michigan (je 3), Rhode Island (1 m., 1 w.), Missouri (2), Maine, Connecticut, Tennessee, Kansas und Idiana (je 1). Als 1887 die erste Konvention, ebenfalls in Philadelphia, stattfand, hatten nur 5 Staaten die Institution eingeführt. — Unter den beschlossenen Resolutionen befindet sich eine für die achtstündige Arbeitszeit (welche mit 24 gegen 14 Stimmen angenommen wurde), für gleichartige Arbeiter-Gesetzgebung in den Industriestaaten und für Ausdehnung der Inspektion auf kaufmännische Geschäfte. — Es sei übrigens daran erinnert, daß heute jenes Amt mit seltenen Ausnahmen nur Arbeitervertretern (so weit solche überhaupt berücksichtigt werden) übertragen wird, welche für die Partei als politische Drahtzieher fungirt haben, die in dem betr. Staate am Ruder ist; es liegt also auf der Hand, daß diese Leute den kapitalistischen Interessen so wenig als möglich zu nahe treten.

Risiko der Arbeit. Die Zahl der bei dem Grubenunglück in Anina ums Leben gekommenen Bergleute beträgt 61; von diesen konnten bisher 14 Leichen nicht aufgefunden werden.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Bildhauer, Stuckateure und verwandte Berufe! Hiermit mache ich noch einmal auf die heut Abend bei Ehrenberg, Annenstr. 16, stattfindende öffentliche Versammlung der Mitglieder der Orts-Krankenkasse aufmerksam. Es handelt sich darum, Stellung zu nehmen für oder gegen die geplante Zentralisation der Kassen. Da es gerade in unserem Berufe durch den häufigen Wechsel vorkommt, daß die Kollegen bald dieser, bald jener Kasse angehören, so ist es nothwendig, daß auch diese in der Versammlung anwesend sind, um ihrer Meinung Ausdruck zu geben, auch wenn sie gegenwärtig nicht unserer Krankenkasse angehören. Dieses trifft noch im Besonderen zu für die Steinbildhauer. Im übrigen verweise ich auf die in der Dienstag-Nummer enthaltene Annonce. J. A.: E. Donath.

Dreißig Wochen im Streik befinden sich nunmehr die Stettiner Steinsetzer. Auch haben sich dieselben schon mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß der Streik in diesem Jahre wohl schwerlich zu Ende kommen wird — dank der weitgehendsten Nachsicht, welche der Stettiner Magistrat den Innungsmeistern gegenüber walten läßt. Trotzdem sind aber die Streikenden fest entschlossen, den Kampf in diesem Jahre nicht aufzugeben, damit die Arbeiten sich bis zum Frühjahr desto mehr ansammeln — und länger können dieselben beim „besten Willen" nicht hinausgeschoben werden. Da die meisten der Streikenden jetzt auswärts in Arbeit sind — etliche sind mit Kind und Kegel „ausgewandert" — so fällt es den organisirten Steinsetzern und Berufsgenossen jetzt nicht allzu schwer, die noch zu Unterstützenden, trotz der großen Opfer, welche der Kampf schon gekostet hat, noch für die Dauer der Arbeitsperiode über Wasser zu halten. Da es aber nicht ausgeschlossen ist, daß in den Straßen, welche eigentlich in diesem Jahre schon umgepflastert werden sollten, wegen des allzu defekten Zustandes derselben größere Reparaturen ausgeführt werden, wozu die paar Streikbrecher nicht ausreichen dürften, so ergeht noch einmal an die Steinsetzer Deutschlands die dringende Aufforderung, den Zuzug nach Stettin streng fern zu halten; auch werden die Genossen des Baufaches — namentlich die Maurer — gebeten, diesen Aufruf nach Möglichkeit weiter zu verbreiten.

Sämmtliche arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

In Sachen der Zentralisation der Orts-Krankenkassen für Berlin und Umgegend sind alle Anfragen und Zuschriften an den Vorsitzenden der Kommission T. A. Pieschel, Gartenstr. 55, zu richten.

Infolge einer 50prozentigen Lohnreduktion stellten in Dornbirn in Oesterreich sämmtliche Arbeiterinnen und Arbeiter der dort erst neu angesiedelten schweizer Firma Oberholzer und Müller (Spinnerei und Weberei) am 15. Oktober die Arbeit ein.

In der Belgrader Staatsdruckerei ist ein Buchdruckerstreik ausgebrochen; alle Arbeiten bleiben liegen. Der Faktor und 3 Streikbrecher haben nur für Fertigstellung des Amtsblattes zu sorgen. Die Setzer, 50 an der Zahl, halten sich wacker und wenn sie von ihren Fachkollegen im Auslande halbwegs unterstützt werden, so werden sie den Kampf siegreich bestehen. Der Schaden, den der serbische Staat durch diesen Streik erleidet, ist ein bedeutender, alle Maschinen sind zum Stillstand gebracht. Die Oppositionsblätter verlangen, daß der jetzige Druckereileiter, ein ehemaliger katholischer Pfaffe und nachmaliger Professor der Botanik (!) an einem serbischen Gymnasium Namens Georg Kozarac, seines Amtes entheben und zurück in die Schule geschickt wird und die drei Streikbrecher sofort entlassen werden. Die Streikenden ersuchen alle Fachkollegen im Auslande, den lügenhaften Berichten der „Neuen Freien Presse" und des „Pester Lloyd", daß der Streik schon beendet ist, keinen Glauben zu schenken, denn diese kapitalistischen Schandblätter sind von der serbischen Regierung inspirirt.

Der Glasarbeiter-Streik in Rive de Gier (Frankreich) dauert noch immer fort. Die Fachzeitung der französischen Glasarbeiter vom 21. d. Mts. enthält eine Warnung an alle Glasmacher Deutschlands, nach Rive de Gier zu kommen; mehrere Agenten der Fabrik bereisen Deutschland, um Arbeiter zu werben. In der vorerwähnten „Warnung" ist die Hoffnung ausgesprochen, daß keine deutschen Streikbrecher mehr nach Frankreich kommen möchten und dadurch die französische Organisation schädigen. Bis jetzt haben sich nur einige französische und deutsche Streikbrecher gefunden. Zum Schluß spricht der „Bundesrath der französischen Glasmacher" die Bitte aus, daß die deutschen Brüder wieder abreisen möchten, damit es nicht zu einem zweiten Aegues Mortes komme.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht.

Den Beweis seiner Behauptungen schuldig geblieben. Die Kammer IV fällte kürzlich ein bemerkenswerthes Urtheil. Bemerkenswerth um deswillen, weil zum ersten Mal mit dem am Gewerbegericht üblichen Unfug, auf Aussagen von Ehefrauen der Parteien entscheidenden Werth zu legen, gebrochen wurde. (Sehr häufig werden die Ehefrauen der Beklagten als Zeugen gehört, die am Ausgang der in Betracht kommenden Prozesse natürlich hoch interessirt sind.) Der Polier W. behauptete, er sei in Wochenlohn beim Pianofabrikanten Meyer thätig gewesen und habe noch 30 M., den Lohn für die letzte Woche zu fordern, während der Beklagte hiergegen einwandte, Kläger habe die letzte Arbeit, 2 Mozartkästen in Akkord übernommen und das vereinbarte Geld erhalten, bis auf 6 M., die er nicht habe nehmen wollen. W. wollte 30 M. und nicht 6 M. haben. Beklagter stützte sich auf das Zeugniß seiner Frau, denn nicht er, sondern diese hatte angeblich mit W. den Akkord vereinbart. Die Zeugin bestritt die Behauptungen des Klägers, daß er den ihm thatsächlich angebotenen Akkord abgehnt habe, indem sie ausführte, Kläger habe nur allgemein sein Mißfallen über Akkordarbeit ausgedrückt und gesagt, „in einer anderen Fabrik könne man wenigstens seinen Nebengesellen fragen, wie lange man zu dem Akkord brauche und ob man zurecht komme u. s. w." Der Kläger blieb aber mit großer Bestimmtheit bei seinen Angaben beharren: daß er protestirt und direkt der Frau M. erklärt habe, nicht in Akkord zu arbeiten, und daß dieselbe dann gesagt hätte: „Dazu kann ich nichts sagen, ich muß erst meinen Mann fragen". Weiter betont Kläger, man sei nicht wieder auf die Bezahlungsart der fraglichen Arbeit zurückgekommen, man habe ihm jede Woche 30 M. gegeben, ganz als ob er in Lohn arbeite, und nur in der letzten Woche habe man durch das Anbieten von nur 6 M. für sechs Arbeitstage dokumentirt, daß die gegentheilige Ansicht den Beklagten beherrschte. — Mit folgender Begründung wurde der Beklagte zur Zahlung von 30 M. verurtheilt: Das Gericht war nicht in der Lage, der Zeugin vollen Glauben schenken zu können, und habe deshalb von deren Vereidigung Abstand genommen. Sie sei die Ehefrau des Beklagten und sehr bei der ganzen Sache interessirt. Unter anderen Umständen könnten vielleicht ihre Bekundungen insofern ins Gewicht fallen, als auf grund derselben die Behauptungen des beklagten Ehemannes den Anschein der Wahrscheinlichkeit gewönnen und die deshalb zu einem Beschluß auf Vereidigung derselben führen könnten. In diesem Falle habe aber der Beklagte den betreffenden Verhandlungen garnicht beigewohnt, sondern kenne sie nur vom Hörensagen. Andererseits sei die Beweispflicht des Beklagten bezüglich seiner Angaben eine Thatsache, um die er nicht herumkomme. Unstreitig stehe fest, daß Kläger bis zu dem angeblichen Akkord in Wochenlohn gearbeitet habe. Daß Kläger auf das Akkordangebot eingegangen sei, habe Beklagter nicht zu beweisen vermocht; er habe den Beweis nicht geführt, da seiner Frau Aussagen für unerheblich gehalten worden seien. Unstreitig sei, daß Kläger nicht den Lohn für die letzte Woche erhielt, er sei ihm somit aus den angeführten Gründen zuzusprechen gewesen.

Unter der Anklage, den berittenen Gendarm Höppner öffentlich beleidigt zu haben, hatte sich am Dienstag die verehelichte Gastwirth Bertha Kramer vor dem Rixdorfer Schöffengericht zu verantworten. Der Anklage lag folgender Vorfall zu Grunde: Am Abend des 9. Dezember v. Js. hatte die Angeklagte soeben die Jalousie ihres Lokales herabgelassen, als an der Wohnungsthür geklopft wurde und jemand Einlaß begehrte, der sich für einen Hausgenossen ausgab und erklärte, eine wichtige Nachricht zu überbringen. Nach einigem Zögern öffnete Frau Kramer und sah sich dem Gendarm Höppner gegenüber, welcher das Schließen der Thür dadurch verhinderte, daß er den Fuß zwischenstellte. Höppner drang hierauf in das Lokal ein, wo einige Gäste zum Fortgehen gerüstet waren und frug dieselben, ob Feierabend geboten sei. Als dies bejaht wurde, begann Höppner fürchterlich zu toben, obwohl der mitanwesende Hauswirth, Bahnhofsspediteur Fahrenkrug, ihn darauf aufmerksam machte, daß nebenan der Gastwirth Kramer krank darniederliege und eine Treppe eine Wöchnerin sich befinde. Höppner entgegnete darauf: „Ich will Ihnen zeigen, daß Sie gar nichts sind und ich der Gendarm Höppner. Hier habe nur ich zu befehlen und zu kommandiren", und zu Frau Kramer äußerte er: „Euch werde ich das anstreichen, Eure Finten hier hinter verschlossenen Thüren kenne ich!" Frau Kramer erwiderte darauf: „Na, wenn Sie alles wissen, dann sind Sie ja ausgetragen!" Erst nachdem Höppner noch eine Weile im Lokal herumgetobt und Wörter wie: „Räuberhöhle", „Verbrechernest" fallen gelassen hatte, entfernte er sich, um draußen auf der Straße den Skandal fortzusetzen. — Der als Zeuge geladene Höppner hatte es vorgezogen, nicht zum Termin zu erscheinen und wurde daher zu 30 M. Ordnungsstrafe event. 6 Tagen Haft verurtheilt. In der Sache selbst beantragte der Amtsanwalt die Freisprechung der Angeklagten, da dieselbe von Höppner schwer gereizt worden sei. Der Gerichtshof erkannte dem Antrage gemäß, weil die Aeußerung der Angeklagten eine Beleidigung überhaupt nicht enthalte. Bei der Urtheilspublikation kritisirte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrath Riemir, das unqualifizirbare Verhalten des Gendarmen Höppner in schärfster Weise; derselbe habe sich geradezu skandalös aufgeführt und sich nicht im entferntesten so betragen, wie „man von einem preußischen Beamten erwarte". Die Akten werden daher der vorgesetzten Behörde des Höppner zur weitern Veranlassung übermittelt werden.

Wie Majestätsbeleidigungen im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte bestraft werden. In Ländern mit höherer Kultur kennt man das sogenannte Vergehen der Majestätsbeleidigung überhaupt nicht. Wenn in England ein Rüpel über „Her majesty" in Gegenwart eines Polizeibeamten eine Schimpfrede ausstößt, so läßt dieser den Rüpel laufen und geht lachend seine Wege. Im verpreußten Deutschland dagegen, wo die Sozialdemokratie erst die Mission zu erfüllen hat, dasjenige Maß von politischer Freiheit zu erobern, das in Kulturstaaten bereits vom Bürgerthum gesichert wurde, hat eine Majestätsbeleidigung die folgende, von einem Gerichts-Berichterstatter geschilderte Nachwirkung:

Als gestern eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Arbeiter Max Pietz verhandelt werden sollte, stellte der Staatsanwalt anheim, die Oeffentlichkeit auszuschließen. Der Vorsitzende, Landgerichts-Direktor Röseler, war für öffentliche Verhandlung, da es sich nur um eine gewöhnliche Gemeinheit handele und es gut sei, wenn derartige Fälle zur Warnung in die Oeffentlichkeit gelangten. Es wurde darauf öffentlich verhandelt. Am 26. August brachte der Schlächtermeister Zwirblatt Fleisch nach dem Neubau, auf dem der Angeklagte als Arbeiter beschäftigt war. Zwirblatt trug an seiner Uhrkette ein Medaillon mit dem Bildnisse des Kaisers. Als der Angeklagte desselben ansichtig wurde, ergriff er dasselbe und fragte in alberner Weise, ob es Bebel oder Liebknecht sei. Als Zwirblatt nicht antwortete, nahm Pietz sein Taschenmesser und versuchte damit die kleine Glasscheibe, welche das Bildniß schützte, zu zertrümmern, wobei er sich in beleidigenden Aeußerungen gegen den Kaiser erging. Zwirblatt suchte ihn natürlich daran zu hindern, er gerieth mit dem Angeklagten in's Handgemenge und beide fielen zu Boden. Durch das Dazwischentreten anderer Personen wurde weiteren Thätlichkeiten vorgebeugt. Der Angeklagte entschuldigte sich mit Trunkenheit. Der Staatsanwalt, Assessor Schütte, hob als erschwerend hervor, daß der Angeklagte Soldat gewesen sei (!), die ganze Handlungsweise des bereits vorbestraften Angeklagten lasse darauf schließen, daß derselbe auch zu schwereren Vergehen gegen seinen Kaiser fähig sei! Er beantrage gegen den Angeklagten 2 Jahre 6 Monate Gefängniß. Das Urtheil lautete gegen den Unglücklichen auf zwei Jahre Gefängniß.

Zu dem Thema „Nothlage der Bauhandwerker" gehört eine Anklage wegen Diebstahls, welche das hiesige Schöffengericht gestern gegen den Klempnermeister Labs zu verhandeln hatte. Der Angeklagte hatte für den Neubau eines Unternehmers von der Sorte, die niemals etwas zu verlieren haben, Klempnerarbeiten übernommen und u. a. Röhren im Werthe von zirka 160 M. geliefert. Der Meister sah bald ein, daß die Chancen, für seine ehrliche Arbeit vertragsmäßig bezahlt zu werden, immer geringer wurden, und da er nichts zu verschenken und seine eigenen Verpflichtungen zu erfüllen hat, so machte er sich eines Morgens in aller Frühe auf, ging auf den Bau und riß kurz entschlossen die Röhren wieder heraus und nahm sie mit. Er zeigte unmittelbar darauf dem Bauunternehmer an, daß er sich mit Rücksicht auf die ganze Sachlage gezwungen gesehen habe, die Röhren in Pfand zu nehmen. Der Unternehmer antwortete mit einer Anklage wegen Diebstahls. Der Vertheidiger des Angeklagten bestritt, daß diesem das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit inne gewohnt habe und berief sich darauf, daß gerade auf dem Ge-

biete des Baumarktes in Berlin bei den Bauhandwerkern ganz allgemein die irrthümliche Meinung vorwalte, daß sie angesichts eines drohenden Verlustes ihres Eigenthums zur Selbsthilfe greifen dürfen. — Das Schöffengericht mußte bei dieser Sachlage die Kriterien des Diebstahls für festgestellt erachten und verurtheilte den Angeklagten zu einem Tage Gefängniß. Der Staatsanwalt sagte dem Angeklagten zu, ein etwaiges Gnadengesuch seinerseits unterstützen zu wollen.

Versammlungen.

Drei Volksversammlungen tagten, einberufen von der Vertrauensperson, gleichzeitig am 23. d. M. für die Schönhauser Vorstadt in Angelegenheit des Bierboykotts. Die Einberufung geschah gemäß eines gefaßten Beschlusses, indem gelegentlich der Abhaltung der 27 Boykottversammlungen am 17. d. M. auf die Schönhauser Vorstadt nur eine entfallen war, was für diesen Stadttheil als nicht ausreichend erachtet wurde. Die Versammlungen, die im „Belforter Salon", „Kelle'schen Lokale" und im „Jägerhaus" tagten, wurden bei vollbesetzten Sälen abgehalten. Die Tagesordnung lautete gleichmäßig: „Der Bier-Boykott und die bürgerliche Gesellschaft", über welche bei Schneider (Belforterstraße) Genosse Augustin, bei Kelle Genosse Jacobey und im Jägerhaus Genosse Trittelwitz referirte. Dieselben behandelten die Boykottangelegenheit unter allseitiger Zustimmung der Versammelten in ihren einzelnen Phasen von Anbeginn bis zur Gegenwart. Sie richteten einen dringenden Appell an das Solidaritätsgefühl der Versammelten und ersuchten, keinen Tropfen Ringbier zu trinken und auch die Lokale zu meiden, in denen solches geschänkt wird und nur diejenigen Lokale zu besuchen, in denen ein Plakat mit der Inschrift: „Hier wird kein Ringbier ausgeschänkt", aushängt. An die Referate knüpfte sich in allen drei Versammlungen eine Diskussion, in denen noch mancherlei Einzelheiten zur Sprache gebracht wurden. Unter diesen ist besonders die in der Versammlung bei Kelle gemachte Mittheilung, daß die Schankwirthe Seidel, Schönhauser Allee 62, und Franz, Wörtherstr. 36, beim Biermogeln ertappt worden sind, hervorzuheben. Hier faßte die Versammlung einstimmig folgende Resolution:

„Die im Kelle'schen Lokale tagende öffentliche Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden; sie erklärt ferner, den Boykott nach wie vor so lange weiter führen zu wollen, bis der Sieg der Arbeiterschaft errungen ist. Die Versammlung verspricht in den Gewerkschaften dahin zu wirken, daß Vergnügungen nur in Lokalen, in denen ringfreies Bier verschänkt wird, abgehalten werden, auch erklärt die Versammlung, nur von solchen Kaufleuten ihre Waare entnehmen zu wollen, die ringfreies Bier führen."

Im Jägerhaus gelangte die Resolution vom 17. d. M. zur Abstimmung und Annahme. Im Sinne dieser beiden beschloß auch die Versammlung bei Schneider eine Resolution. Die Versammlungen, für welche man eine rege Agitation entfaltet hatte, haben vollständig ihren Zweck erfüllt, indem dieselben zum Theil von bisher Indifferenten besucht waren.

Der Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 23. Oktober im Lokal von Röllig, Neue Friedrichstr. 44, eine Generalversammlung ab. Nach einem sehr beifällig entgegengenommenen Vortrage des Genossen Dr. Pinn über „Das Bildungswesen im Klassenstaat", erstattete der Vorsitzende Politz den Bericht des Vorstandes. Es haben im letzten Vierteljahr 8 Vorstandssitzungen und 6 Vereinsversammlungen stattgefunden. Eine Versammlung im Hansa-Viertel wurde vereitelt, da der Wirth der „Kurhallen" in letzter Stunde die Hergabe des Saales verweigerte mit der Begründung, es erwüchsen ihm zu viel Scheerereien mit der Polizei. Hoffentlich belehrt ihn das Gericht, bei dem die Schadenersatzklage anhängig gemacht wurde, daß ein anständiger Mann auch Sozialdemokraten gegenüber sein gegebenes Wort einlösen muß. Wie Politz weiter mittheilte, ist nach eingehender Prüfung durch den Vorstand die Beschuldigung des Mitgliedes Werner gegenüber dem Genossen Kaßler, derselbe verkehre in Lokalen, wo Ringbier ausgeschänkt werde, als grundlos erwiesen worden. Werner will daher aus dem Verein ausscheiden. — Der von Petermann verlesene Kassenbericht wies folgende Zahlen auf: Bestand des vorigen Vierteljahres 130,65 M., Einnahme mit diesem 314,90 M., Ausgabe 149,55 M., bleibt ein Bestand von 165,35 M. Auf Antrag des Revisors Körsten wurde der Kassirer entlastet. — Zum 5. Punkt der Tagesordnung: Vorstandswahl, stellte Domscheidt den Antrag: nur gewerkschaftlich organisirte Genossen zu wählen, die außerdem keiner Religionsgemeinschaft angehören dürfen, falls nicht ihre wirthschaftliche Existenz davon abhänge. Der Antrag wurde in seinem 2. Theil von Körsten, Bohn, Täterow und Däumig unter Hinweis auf unser Programm auf das Entschiedenste bekämpft und die Behauptung Domscheidt's, im Wahlverein des 3. Kreises sei derselbe bereits durchgeführt, von König als Irrthum hingestellt. Heiterkeit erregte die Bezeichnung der freien Gemeinde durch Domscheidt als „religiöse Sekte wie alle anderen". Der Antrag wurde in seinem ersten Theil als selbstverständlich bezeichnet und einstimmig angenommen, in seinem zweiten Theil jedoch gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebniß: 1. Vorsitzender: Politz; 2. Vorsitzender: Bohn; 1. Schriftführer: Buch; 2. Schriftführer: Domscheidt; Beisitzer: Büttner; 1. Kassirer: Petermann; 2. Kassirer: Oberhen. Zu Revisoren wurden Körsten und Woldt gewählt. — Der Beschluß des Vorstandes, dem Kreis-Vertrauensmann 100 M. zur Agitation zu überweisen, fand die Billigung der Generalversammlung. Politz und Domscheidt forderten zum Schluß zur unermüdlichen Bierkontrolle und Agitation für die Boykottbeschlüsse auf.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Wahlkreis hielt am 23. Oktober bei Fiebig seine Generalversammlung ab. Nachdem die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Hanke in der üblichen Weise geehrt hatten, gab der Vorstand seinen Bericht, der indessen nichts Bemerkenswerthes enthielt, da die Reorganisation thatsächlich erst vor vierzehn Tagen perfekt geworden war. Es hat, seit der gegenwärtige Vorstand im Amte ist, eine Generalversammlung und in jedem Viertel eine öffentliche Vereinsversammlung stattgefunden. Die Einnahmen des dritten Quartals betrugen mit einem Bestande von 361,82 M. zusammen 1733,57 M., die Ausgaben 1011 M., so daß der Bestand zur Zeit 722,57 M. beträgt. Reich, Kleemann, Jechel wurden zu Revisoren für das laufende Vierteljahr, Rochendorf, Weimann, Paul Scholz und Westfal zu Kontrolleuren, die bei Generalversammlungen darauf zu achten haben, daß nur Mitglieder den Saal betreten, gewählt. Dr. Heymann referirte sodann über das Thema: „Hat der Sozialdemokrat Religion?" Redner hob hervor, daß allen Religionen die Unzufriedenheit mit den irdischen Verhältnissen zu Grunde liege. Dieselbe habe bewirkt, daß die Menschen in der Erkenntniß ihrer Unfähigkeit, die Welt zu beherrschen und hier befriedigende Zustände herzustellen, glaubten, es müsse ein „Jenseits" geben, in welchem ein besseres Dasein als hier zu führen möglich sei. Da heute infolge der Entwickelung der Technik allen Menschen ein erträgliches Dasein auf Erden geschaffen werden könnte, so ist der Sozialismus, der allein dies anstrebt und durchzuführen im stande ist, die Erfüllung aller Religionen. Das, was die Christen und Juden in der Erlösung von der Erbsünde ersehnen, wird er verwirklichen in der Befreiung der Arbeit von der Sklaverei, in der Vereinigung der Kopf- und Handarbeit, und der höchste Begriff dieser neuen Religion, des Sozialismus, ist die Zusammengehörigkeit aller Menschen und Dinge. Daher erwarten wir die Erlösung auch nicht von einzelnen irdischen oder überirdischen Wesen, sondern von der Gesammtheit. (Lebhafter Beifall.) Zur Diskussion verlangte niemand das Wort. Unter Vereinsangelegenheiten entspann sich eine kurze Erörterung über die Durchführung der Bierkontrolle.

Eine kombinirte Mitglieder-Versammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Filiale von Berlin und Umgegend) tagte am 14. ds. Mts. in den Arminhallen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Hofmann eingehenden Bericht über die Brandenburger Metallarbeiter-Konferenz. Bei der darauf folgenden Wahl einer dreigliedrigen Agitationskommission für die Provinz Brandenburg wurden die Kollegen Berger, Rohrlack und Gebhauer gewählt. Hierauf hielt Herr Dr. Christeller einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Berufskrankheiten". In eingehender Weise entledigte sich der Referent seiner Aufgabe. Er zeigte, wie die Berufskrankheiten in ganz eminenter Weise dazu beitragen, den Gesundheitszustand der Bevölkerung, speziell des arbeitenden Volkes, zu untergraben. Ungenügende hygienische Arbeitsräume, einseitige Muskelanstrengung, intensive Schädigung der Sinnesorgane, Einathmung von metallischen, mineralischen, pflanzlichen und thierischen Staubsorten, Einathmung schädlicher Gase, das Umgehen und Hantiren mit giftigen Substanzen und das überaus reiche Gebiet der Unfälle seien die Hauptursachen der beruflichen Krankheiten. Die durch die Wissenschaft aufgestellten Forderungen in gesundheitlicher Beziehung stehen leider zu der heutigen Praxis in direktem Gegensatz. Alle Ursache haben wir daher, das Feld des Arbeiterschutzes zu erweitern, der in heutigen Verhältnissen trotz alledem Stückwerk bleiben wird, da nur erst spätere geordnetere Gesellschaftszustände hierin Remedur schaffen können. Unter Verbandsangelegenheiten stimmte die Versammlung folgenden Anträgen zu: „Bei Aufnahme von Streikbrechern soll von Fall zu Fall untersucht werden und die daraufhin gehende Versammlung darüber endgiltig entscheiden, ob der Betreffende aufnahmefähig. Ferner sollen die gemeinschaftlichen Mitglieder-Versammlungen für die Zukunft nur des Sonnabends stattfinden. Kollege Kurgas machte die Versammlung auf die von den organisirten Kellnern für das 4. Quartal ausgegebenen Karten „roth auf weiß" aufmerksam und Kollege Lange theilte mit, daß am 21. d. M. für den Norden eine Generalversammlung und am 23. für das Zentrum eine Mitgliederversammlung (Admiralstr. 10) stattfindet, wo der Plan der Reorganisation der Berliner Verwaltungsstellen des deutschen Metallarbeiter-Verbandes Erörterung findet.

Die Filiale Berlin des Verbandes der Vergolder hielt am 15. Oktober ihre Monatsversammlung ab, in der Genosse Rohrlack über „die Bekämpfung des Indifferentismus" sprach. Redner hält diejenigen, welche aus anderen Gründen als Unwissenheit der Bewegung fernstehen, wie: Furcht vor dem Unternehmerthum, Unzufriedenheit mit den leitenden Personen u. s. w. nicht für indifferent. Ehe man sich als Agitator aufspiele, müsse man vor allen Dingen bestrebt sein, sich vorerst selbst aufzuklären, denn Gemeinplätze und ungenaue Darstellungen der Verhältnisse im gewerkschaftlichen und politischen Leben verwirren den Indifferenten nur. Der Redensart der Indifferenten, daß aus den vorgesteckten Zielen doch nichts würde, müsse man den Beweis entgegen stellen, daß durch Einigkeit und unermüdliches Arbeiten alles zu erreichen sei. Nichts dürfe verabsäumt werden, um diese Interesselosen zum Besuch der Versammlungen zu bewegen. In der Diskussion wurde das Verhalten vieler Kollegen gegeißelt, welche, sobald ein Streik ein Aussicht steht, der Organisation beizutreten, solange kannten sie die Organisation nicht. Wird aber aus irgend welchen Gründen nichts aus dem Streik oder ist er vorüber, so verlassen diese Helden die Organisation schaarenweise, wie sie gekommen. Hierauf gab der Kassirer den Kassenbericht vom 3. Quartal. Danach betrug die Einnahme 460,82 Mark und die Ausgabe 157,50 Mark, mithin bleibt Bestand 302,82 Mark. Zum Beisitzer im Hauptvorstand wurde Kollege Stajmann gewählt. Der in der letzten Versammlung vom Kollegen Klahre gestellte Antrag, „die Filiale in eine Lokalorganisation umzuwandeln", rief eine lebhafte Debatte hervor. Der Antragsteller begründete seinen Antrag damit, daß Berlin seinen Mitgliedern weit mehr bieten könne, wenn es die Last der kleinen Filialen abschüttelte und behauptet weiter, die Mitgliederzahl würde steigen. Dem Redner wurde von mehreren Kollegen klar gemacht, daß die Reorganisation der Filiale in einen Lokalverband einen Rückschritt bedeutet, denn die kleinen Filialen sind ohne die großen nicht lebensfähig. Hierauf wurde der Antrag gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Die an der Spitze des „Korrespondenzblattes" vom 1. Oktober stehende Bekanntmachung des Hauptvorstandes, — betr. die Abführung der gesammelten Gelder für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter an den Kollegen Donath, Große Frankfurterstraße 130 — hat ein Mißverständniß unter den Kollegen hervorgerufen. Kollege Höpfner erklärte, daß diese Bekanntmachung nur die anderen Filialen angehe. Berlin hat wie bisher die gesammelten Gelder an Kollegen Schütte, Schlesischestr. 36, abzuliefern.

Der allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein für Berlin und Umgegend hielt am 17. Oktober in den Arminhallen seine Generalversammlung ab. Die Zahl der Mitglieder betrug 354, darunter 28 weibliche. Der Kassenbestand vom letzten Quartal mit den Einnahmen belief sich auf 210,09 M., die Ausgaben betrugen 105,45 M., es verblieb also ein Bestand von 104,64 M. Von den Revisoren wurde die Richtigkeit dieser Abrechnung bestätigt. Sodann wurde an stelle des Kollegen Paul Neumann die Kollegin Frl. Elise Doborowski als stellvertretende Vorsitzende gewählt. Hierauf hielt Kollege P. Jahn einen interessanten Vortrag über: Den Werth und die Bedeutung einer Berufsstatistik für die arbeitenden Klassen. Unter Verschiedenem wurden die Kollegen aufgefordert, sich etwas zahlreicher in den Zahlstellen einzufinden. Diese befinden sich Friedrichsgracht 16 bei Thierbach (Aufnahmen und Beiträge werden an jedem Sonnabend von Abends 8 Uhr entgegen genommen, auch findet hier die Bücherausgabe statt); ferner jeden Sonnabend nach dem 1. des Monats Wasserthorstr. 57 bei Stuth; Wollinerstr. 56 im Restaurant; Schlesischestr. 38 bei Pank; Gerichtstr. 59 bei Schulze; Gotzkowskystr. 8 bei Leder. Zur Ergänzung der Bibliothek wurden 20 M. bewilligt.

Zentralverein der Gärtner. Die Zahlstelle Berlin (Ost) hielt am 17. Oktober ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Krause über „Die Entwickelung der Elektrizität" sprach. Nach Beendigung seines Vortrages forderte Redner zum regen Besuch der Urania auf. Sodann theilte Kollege Büchner mit, daß die Resolution, betreffend die Sonntagsruhe der Gärtnergehilfen, von der dazu gewählten Kommission dem Bundesrath überreicht worden ist. Nachdem noch Kollege Roschlau zur strikten Durchführung des Boykotts ermahnt hatte, erfolgte Schluß der Versammlung. Nächste Versammlung Mittwoch, den 7. November, im Proskauer Garten, Proskauerstraße; fachwissenschaftlicher Vortrag des Kollegen Walter, wozu alle unserer Organisation noch fernstehenden Kollegen hiermit eingeladen werden.

Die Freie Vereinigung der Lokal- und Straßenhändler beschäftigte sich in ihrer letzten Mitgliederversammlung mit der Erledigung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten. Die Abrechnung, die zur Verlesung kam, weist eine Einnahme von 72,35 M. auf, der eine Ausgabe von 52,15 M. gegenübersteht. Die hierauf vollzogene Wahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: Schröder erster, Müller zweiter Vorsitzender; Saß erster, Jung zweiter Schriftführer; Gruschinski erster, Amberger zweiter Kassirer; Frau Gruschinski Beisitzende; Nadge, Haupt und Frau Hintze Revisoren. Das Schiedsgericht setzt sich zusammen aus: Nadge, Haupt und Seiler. Zum Schluß wird bekannt gegeben, daß in diesem Quartal gelbe Karten verausgabt werden.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 20. Oktober in der Rosenthalerstr. 57 eine Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Gen. Hoffmann über „Individuelle Freiheit und Kadavergehorsam." 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Werkstatt-Angelegenheiten. 5. Verschiedenes. Der Referent erledigte sich seines Vortrages in leicht verständlicher Weise und wurde demselben allseitige Zustimmung zu theil. Eine Diskussion fand nicht statt. Punkt 3, 4 und 5 der Tagesordnung gelangten des schwachen Besuchs halber nicht zur Verhandlung.

Ueber konventionelle Lügen sprach Genosse Pinn am 21. Oktober in einer öffentlichen Versammlung, die von der Filiale V der Maler einberufen war. Dem interessanten Vortrag folgte eine rege Diskussion, die dem Referenten Veranlassung gab, in seinem Schlußwort dem Genossen Fiedler den Unterschied zwischen Sozialismus und Anarchismus eingehend auseinander zu setzen. Nach Schluß der Versammlung fand ein gemüthliches Beisammensein statt.

Recht gut war die Versammlung der Hilfsarbeiter in der Lampenbranche besucht, welche am 23. Oktober bei Zubeil abgehalten wurde. Dem Referat Wagner's über „Volksbildung und Klassenbewußtsein", das lebhafte Zustimmung hervorrief, folgte eine Darlegung der hauptsächlichsten Mißstände in den Lampenfabriken, wozu Hilfsarbeiter Kump das Wort nahm. Entgegen dem vielfach verbreiteten Glauben an das Eldorado in den genannten Betrieben müsse endlich einmal festgestellt werden, daß zunächst mit bezug auf die Arbeitszeit hier überhaupt von einer „Regelung" keine Rede sei. Die Saison verpflichte zu 13—14stündiger Schinderei — die Arbeit der Lampenpacker ist sehr ungesund — nachdem setze man die Arbeitskräfte ohne weiteres auf die Straße. Besonders niedrige Löhne zahle z. B. Frister u. Co., Lindenstraße, (15 M.); vor kurzum sei sogar durch Inserat nach Naunynstr. 13 ein Packer für 12 M. Wochenlohn verlangt! Ausführlich behandelte der Referent und nach ihm auch die Diskussionsredner die Zustände bei Kindermann u. Co., Möckernstraße. Die Antreiberei ist ungeachtet der 12—18 Mark-Löhne besonders ausgebildet. Man beklagte sich bitter über die allzusehr an soldatischen Drill erinnernde Behandlungsmethode des Expedienten Schmidt. Daß die große Mehrzahl der dort beschäftigten Hilfsarbeiter leider unorganisirt ist, versteht sich danach von selbst. Wie in der Debatte weiter bemerkt wurde, hat in der genannten Fabrik der eigenartige Modus Platz gegriffen, daß die Meister selbständig Leute annehmen und gänzlich nach Gutdünken entlohnen, diese bekommen dann als Aequivalent für den geringen „Lohn" zum Weihnachtsfest Tantièmen von 6—40 M. Eine Resolution, in welcher zum Beitritt in die Organisation aufgefordert wurde, gelangte zur Annahme. Von Wagner und mehreren anderen Rednern wurde die straffe Durchführung des Bierboykotts als unerläßliche Pflicht hingestellt.

Der Fachverein der Stellmacher hatte am 21. Oktober eine Generalversammlung einberufen. Dem Kassenbericht, der der Versammlung unterbreitet wird, ist zu entnehmen, daß die Einnahme 85,08 M. betrug, die Ausgabe 52,70 M., mithin bleibt ein Kassenbestand von 32,38 M. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Michels und Tröger zum ersten resp. zweiten Vorsitzenden gewählt. Unter Verschiedenem befürwortete man die strikte Durchführung des Bierboykotts und wurde hierbei das indifferente Verhalten einiger Kollegen zur Sprache gebracht. Unter anderem kritisirten mehrere Redner die Zustände in den Werkstätten von Laugk, Fruchtstraße, und Rudowsky, Rostockerstr. 50. Letzterer hat als Brauereilieferant und Hauseigenthümer seine Gesellen wiederholt zum Verkehr bei seinem Ringbier-Budiker angehalten. Von einem Kollegen wird der Wunsch geäußert, sämmtliche Werkstätten, in denen die Kollegen Boykottbier trinken, der Agitationskommission namhaft zu machen. Hierauf sprach Genosse Hoffmann in einem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage über „Das moderne Raubritterthum". Die Versammlungen finden am Sonntage nach dem 15. eines jeden Monats bei Brüß, Lothringerstr. 41, statt.

Rixdorf. Der deutsche Holzarbeiter-Verband hielt hier am 14. Oktober seine Generalversammlung ab. Da der Referent, Kollege Schöpflin, nicht erschienen war, so ging man sofort zum dritten Punkt der Tagesordnung über. Der Vorsitzende sowie der Obmann der Arbeitsvermittelungs-Kommission berichteten über die bisherige Thätigkeit im dritten Quartal. Danach haben 3 Vereinsversammlungen und 6 Vorstandssitzungen stattgefunden, die Mitgliederzahl ist auf 158 gestiegen. Die Abrechnung ergab: Einnahme der Verbandskasse 274,72 M., Ausgabe 235,64 M., bleibt Bestand 39,08 M. Einnahme der Lokalkasse 116,05 M., Ausgabe 86,15 M., bleibt Bestand 29,90 M. Der Streikfonds weist eine Einnahme von 38,55 M. auf, davon sind abgeschickt 30 M. Für den Agitationsfonds ist eine Einnahme von 15,90 M. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 12,20 M. gegenübersteht. Unter Verbandsangelegenheiten wurden die Verhältnisse der Werkstatt von Brauer, Steinmetzstraße, und der Fächerfabrik in der Kniesebeckstraße einer herben Kritik unterzogen. Sodann bringt Koll. Hoppe den Bierboykott in Erinnerung und richtet an die Mitglieder die Aufforderung, denselben energisch durchzuführen. Von dem Kassirer werden die Beiträge jeden Sonnabend Abend von 8—9½ Uhr jetzt bei Reden, Prinz Handjerystr. 58, sowie im Arbeitsnachweis bei Hoffmann, Lessingstraßen-Ecke, alle Abend entgegen genommen. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden immer des Sonntags nach dem 15. statt.

Eine öffentliche Versammlung des Gewerkschafts-Kartells zu Rixdorf tagte am 18. Oktober. Nachdem das Bureau aus den Genossen Schulz, Frese und Geschke zusammengesetzt ist, wird in die Verhandlung eingetreten. Genosse Schulz beantragt, ein Verzeichniß sämmtlicher Gewerkschaften mit Angabe ihrer Zahlstellen drucken zu lassen, und dieses Verzeichniß in den Lokalen auszuhängen. Der Antrag, der von einigen Delegirten befürwortet wird, gelangt hierauf zur Annahme.

Im 2. Punkt der Tagesordnung schildert Genosse Schulz die Lage der Textilarbeiter und fragt an, ob es nicht möglich wäre, eine öffentliche Versammlung der Textilarbeiter einzuberufen, die Kosten aber das Kartell übernimmt. Die Genossen Heinze, Frese und Bierling sprechen für den Antrag und wurde demgemäß beschlossen.

Ferner wird verlangt, daß die Gewerkschaften für das zweite Halbjahr ihren Beitrag an das Kartell zu entrichten haben. Nachdem noch etliche Gewerkschaftsangelegenheiten erledigt waren, erfolgte der Schluß der Versammlung. Gefehlt haben die Delegirten der Möbelpolierer, Schmiede und Kutscher.

Charlottenburg. Die definitive Beschlußfassung über die Gründung eines Gewerkschaftskartells wurde in der im Lokale Bismarckhöhe tagenden Versammlung am Sonntag Nachmittag vollzogen. Namens der mit den darauf bezüglichen Vorarbeiten betrauten Kommission erstattete Zimmerer Kube Bericht. Die Vortheile eines losen Zusammenschlusses der in Charlottenburg domizilirten Gewerkschaften beleuchtete Buchdrucker Göhrke in einer längeren Rede. Man solle, so schloß der Referent, den frischen Zug, der momentan durch die hiesige Bewegung geht, benutzen, um Dauerndes für die Gesammtheit zu schaffen. Mit Ausnahme von Bey, Porzellanarbeiter, der seine Stellung durch die eigenartigen Organisationsverhältnisse seiner Branche motivirte, ergab sich durch die Debatte Uebereinstimmung der Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften mit der Ansicht des Vortragenden, ein Kartell nach dem Muster der Berliner Gewerkschaftskommission ins Leben zu rufen. Auf Antrag Sellin beschloß man, daß jede Gewerkschaft vorläufig durch einen Delegirten vertreten sein soll. Innerhalb drei Wochen haben die diesbezüglichen Wahlen in öffentlichen Versammlungen stattzufinden; die Adressen der Gewählten sind dem Komitee, welches die Vorarbeiten geleitet hat, zu übermitteln, welches dann unverzüglich die konstituirende Versammlung einzuberufen hat.

Barbiere und Friseure! Heute, Donnerstag, Abends 10 Uhr, öffentliche Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20. Tagesordnung: Der Schlendrian in der Verwaltung der Orts-Krankenkasse. Referent: Kollege Starosson.

Artisten- und Athleten-Verein „Vereinte Kraft". Heute, Donnerstag, Abends 9—11 Uhr, Uebungsstunde bei Herrot, Plan-Ufer 92a.

Arbeiter-Bildungsverein von Friedrichsfelde und Umgegend. Sitzung jeden Donnerstag nach dem 15. im Monat im Lokal des Herrn C. Schulz, Prinzen-Allee 6, Abends 8½ Uhr. Gäste willkommen.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag, Abends 8½—10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstr. 179a; Geschichte (neue). Süd-Schule, Waldemarstraße 14: Geschichte (alte). Bei allen Unterrichtsfächern **werden neue Theilnehmer**, Damen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.

Bei allen Unterrichtsfächern können Schüler und Schülerinnen auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Pasewalkerstr. 3. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr. **Donnerstag.** Abends 9 bis 11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Männerchor St. Urban, Annenstr. 9, bei Albert Protz. — Gesangverein Freundschaft I, Swinemünderstr. 35 Gesellschaftshaus. Kornblume, Gr. Frankfurterstr. 133 bei Gold. — Vorwärts II, Schönhauser Allee 28 bei Keße. — Frühlingsluft, Bülowstr. 50, bei Werner. — Bretzelschluß, Annenstraße 16, Louisenstädtisches Klubhaus (Ehrenberg). — Dorfglöcklein, Deutsch-Wilmersdorf, Uhlandt- u. Pariserstr.-Ecke bei Wendt. — Zagei nicht, Steglitz, Schützenstr. 40. — Borar, Manteuffelstr. 9 bei Nowack. — Harmonie I, Tempelhof, Dorfstr. 18 bei Gerth. — Steinsetzer-Sängerchor, Kastanien Allee Nr. 28 bei Fiebiger. — Kreuzberger Harmonie, Schönleinstr. 6 bei Krantz. — Flöter'scher Gesangverein, Koppenstr. 47 bei Wilhelm Lorenz. — Sängerchor Berliner Kürschner, Weinstr. 11 bei Feindt. — Arbeiter-Gesangverein Oranienburger Vorstadt, Hochstr. 22a bei R. Wilke. — Gesangverein Gleichheit, Schönhauser Allee 138 bei Rocita. — Abendroth, Deutsch-Wilmersdorf, Güntzelstraße, bei Liebelt. — Ost- und Westpreußischer Männer-Gesangverein, Krautstr. 6 bei Rudolf — Arbeiter-Gesangv. Morgenroth IV, Köpenick, bei Wüllstein, Adlershof, Bismarckstraße. — Gesangverein Völkerfrühling, Schützenstraße Nr. 33 bei Otto. — Eintracht II, Glienecke bei Adlershof, Köpnickerstraße bei Witte. — Arion II, Prenzlauer Allee 26 bei Riedel. — Zukunft III, Velten i. d. Mark, Wilhelmstr. 19 im Hotel W. Grunow. — Brüderschaft, Stallschreiberstr. 29 „Zum eichenen Stab". — Liedes Echo, Reichenbergerstr. 24 bei Tauschke. — Treu und Fest, Lebuserstr. 5 bei Nemitz. — Bruderbund, Lübbener- u. Görlitzerstraßen-Ecke. — Gerstenähre (Brauer), Blumenstr. 38 bei Wiedemann. — Frohsinn II, Friedrichsberg, Warthenbergstr. 67 bei Lange. — Arbeiter-Gesangverein Vineta, Kastanien-Allee 11 bei Augustin. — Gesangverein Junge Eiche, Reinickendorf, Gesellschaftsstraße 11 bei L. Hartmann. — Alpenröslein, Bergstr. 60 bei Hilgenfeld. — Arbeiter-Gesangv. Eintracht III, Eberswalde, Eisenbahnstr. 77 bei Dübal. — Gesangv. Oberon, Kommandantenstr. 20, Arminhallen. — Alpenrose, Forsterstr. 22 bei Tilgner. — Edelweiß III, Wollinerstr. 62. — Sängerrunde, Naunynstraße 37 bei Jablonski. — Morgenroth I, Rummelsburg, Türrschmidtstraße 23 bei Schröder. — Weiße Rose, Reinickendorf, Residenzstr. 101a bei Malchin. — Gesangverein Widerhall, Naunynstr. 88 bei Zubeil. — Gesangverein Morgengrauen, Neue Friedrichstr. 44 bei Möllig. — Gesangverein Lyra II, Charlottenburg, Wallstraße 102 bei Maschetzki. — Gesangverein Vorwärts IX, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 89, „Bismarckshöhe". — Gesangverein Weiße Rose, Reinickendorf, Residenzstr. 101a bei Malchin.

Lese- u. Diskutirklubs. Donnerstag. Dietzgen, Abends 8½ Uhr, bei Schröder, Wiesenstr. 59. — Neue Zeit, Abends 8½ Uhr, Bonenstr. 40, bei Gieshott. — Süd-Ost, bei Tollsdorf, Sorauer- und Görlitzerstraßen Ecke. — Klub der Freunde bei Gnadt, Puttbuserstraße 32. — Lese- und Diskutirklub Reimer bei R. Bahr, Gerichtsstraße 19. — Hasenclever, Abends 8½ Uhr, Restaurant Lange, Baumschulenweg 32 Treptow. — Sozialistischer Lese- und Diskutirklub Abends 8½ Uhr, Reichenbergerstr. 157, Sitzung. — Diskutirklub „Zeitgeist" jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. des Monats bei Tempel, Langestr. 65, Abends 8½ Uhr. — August Geib Abends 9 Uhr im Restaurant Zubeil.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften den Bund betreffend sind zu richten an: P. Gent, Adalbertstraße 56. **Donnerstag:** Vergnügungsverein Bruderbund, Andreasstr. 3 bei Noll. — Rauchklub Graue Wolke, Kraustr. 48. — Verein Grüne Eiche (vor dem Halle'schen Thor), Abends 9 Uhr, bei Gauger, Mittenwalder-Straße Nr. 2. — Rauchklub Erholung, Pawlickt, Münchebergerstraße 9. — Rauchklub Elvira, Abends 9 Uhr bei Bringborn, Madaistr. 12. — Humoristischer Klub Universum, Veteranenstr. 18, bei Schulz. — Geselliger Klub der alten Moabiter, Emdener- u. Wadenserstr.-Ecke bei Schirmer, Abends 9—10. — Skatklub Tournee, bei Redanz, Wrangelstr. 84.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Donnerstag. Gesangverein Lyra, Abends 9 Uhr im Restaurant Bergstr. 17. — Suchsdorf'scher Männerchor von 8—9 Uhr Notenstunde; von 9—11 Uhr Uebungsstunde bei Brüning, Rosenthalerstr. 11—12. — Gesangverein Jugendfreuden, Männerchor. Abends von 9—11 Uhr bei Wernau, Rosenthalerstr. 67.

Arbeiter-Zitherverein Einigkeit, Abends 8½ Uhr Uebungsstunde bei Nowack, Manteuffelstr. 9. — Zitherklub Gleichheit, Abends 9 Uhr Uebungsstunde bei Neumann, Lothringerstr. 106. — Geselliger Arbeiterverein Hoffnung bei Stiller, Mariannenstraße 46. Alle 14 Tage Abends 8½ Uhr. — Vergnügungs- und Touristenklub Freie Brüder, Abends 9 Uhr bei Noll, Adalbertstr. 21. — Ruderverein Vorwärts, Abends 8½ Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. — Skatklub Sanfter Heinrich b. H. Brandt, Reichenbergerstr. 122. — Pfropfenverein Wedding, Abends 8½ Uhr bei A. Wolff, Gerichtstr. 43.

Rauchklub Ohnesorge, Abends 9 Uhr, bei Jakob, Boeckhstr. 21. — Rauchklub Kernspitze, Abends 9 Uhr, bei A. Böhl, Rüdersdorferstraße 8. — Rauchklub Pfeifendeckel, Abends 9 Uhr, bei Jeratsch, Langestr. 24. — Rauchklub Kollegia, Abends 9 Uhr, bei Rohr, Naunynstraße 78. — Rauchklub Waldesgrün, Forsterstr. 19 bei Krüger. — Rauchklub Brüderlichkeit, Pücklerstr. 43 bei Schuhmacher.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

M. St. Arbeiterinnen dürfen in **Fabriken** nicht in der Nachtzeit von 8½ Uhr Abends bis 5½ Uhr Morgens und am Sonnabend sowie am Vorabend der Festtage nicht nach 5½ Uhr Nachmittags beschäftigt werden. Ob das Geschäft, in dem Sie als Arbeiterin beschäftigt sind, als **Fabrik** zu erachten ist, läßt sich ohne jede Kenntniß der näheren Umstände nicht sagen. Sie werden am besten sich direkt an den Fabrik-Inspektor wenden.

Geschworener. Das Amt eines Schöffen und das eines Geschworenen ist ein Ehrenamt, das **unentgeltlich** geführt wird. Eine Entschädigung findet also **nicht** statt. Wer glaubhaft macht, daß er den mit der Ausübung des Amts verbundenen Aufwand zu tragen nicht vermag, kann die Berufung zu diesen Aemtern ablehnen. Der Betreffende wird gut thun, sein Gesuch mit dem Antrag um thunlichste Beschleunigung zu wiederholen.

1000 Damen!!! Seiden-Plüschjaquets mit kleinen unscheinbaren Webefehlern 12—30, **Abendmäntel** auf Seide wattirt u. Pelzbesatz 8—15. **Seiden-Matelassé-Mäntel, Capes** v. 12—30. **Regenmäntel**, um z. räumen, 5—12. **Neueste Winterjaquets** 5—25 M. **Landsbergerstr. 48 I.**

Möbel-Kaufgelegenheit bietet sich Brautleuten ꝛc. im Möbelspeicher, 8672*
Rosenthaler-Strasse 13, I.
Daselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und verliehen gewesene Möbel zu wahrhaften Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspinde, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Nußbaum-Kleiderschränke, Vertikows 30, Stühle 3, Muschelspinden 40, Trumeaux 65, Paneelsophas 75, Plüschgarnituren 60 Mark. Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Koulissentische, Spiegel, alles staunend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lagerspeicher bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Ausgiebigste Verwerthung alter **Wollsachen** 461b
Franseckistr. 27 2 Tr. r.

Möbel, gebraucht, kauft Möbelhandlung Rosenthalerstraße 13.

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für **Cigarren-Fabrikanten**
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Soeben erschien im Verlage der **Mannheimer Aktiendruckerei in Mannheim:**
Der Hochverraths-Prozeß gegen die Mannheimer „Volksstimme".
Nach den stenogr. Aufnahmen, ca. 3 Bogen 8°. — **Preis 20 Pfennige.**
Nach Auswärts nur gegen Einsendung des Betrags zuzügl. 3 Pfg. Porto.

Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Likörfabrik Berlin, N. 28

Wegen **Umbau** meiner **Geschäftsräume** gelangen die **Restbestände** meines seit 21 Jahren bestehenden Waarenlagers:
Teppiche! Fertige Wäsche! Gardinen! Steppdecken! Portièren! Leinenwaaren!
zu spottbilligen Preisen zum **Ausverkauf.**
Am Stadtbahnhof Börse. **J. Brünn** Am Stadtbahnhof Börse.
4. Hackescher Markt 4.

Rum
echt u. Façon-Literflasche à **1,10, 1,60, 2,—**, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger.
Echt Stonsdorfer Likör à Liter **1,20**, 5 Liter **5,50** 10 Liter **10,—**.
Jngber-Likör, magenstärkend, Literflasche à **1,10, 1,60, 2,—**.
Himbeer-Kirsch-Johannisbeersaft, vorzügl., Literflasche à **1,30**.
Eugen Neumann & Co., 6a, Belle-Allianceplatz **6a.**
81, Neue Friedrichstr. **81.** **8,** Oranienstr. **8.** **29,** Genthinerstr. **29.**
121M Niederlage in **Potsdam 27,** Waisenstr. **27.**

Sumatra, deckt mit 1¼ Pfund, hell, brennt schneeweiß, per Pfund 3,30 Mark, verkauft **Carl Roland, Mariannenstraße 23.**

Altenberg's Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anst., **NeueJakobstr. 17, Brunnenstr. 162, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr No. 57/58, Alte Schönhauserstr. 2,** empf. f. z. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 Mk. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von **2,50 Mk.** an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben

Milchkübel, Kannen, Satten, Maße, Siebe, Tafelwaagen, Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen Butterkneter, Drehrollen.
Jordan, Kl. Markusstr. 28.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Möbel-Gelegenheitskauf
zu außergewöhnlich **billigen** Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-Kleiderspinden u. Vertikows 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtoiletten, Küchenspinden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.; Sophatische 6 M.; Säulen-Trumeaux 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneelsophas 80 M.; Buffets, Silberschränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureaux, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand versäumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis Januar kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für **37**
Gold-, Silber-, Alfénidewaaren (Eg. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Straße **37**

Bitte ausschneiden!
Annoncen f. a. Zeitungen
der Welt besorgt billig, prompt und diskret zu Originalpreisen das
Annoncen-Bureau 178M
Zur Köpnickerbrücke
Köpnickerstr. 141, 1. Et.

Vereinszimmer, auch als Zahlstelle zu vergeben.
C. Meckelmann, Gartenstraße 165.

Carl Meyer, a. d. Stadtbahn 23 II **Feuer-, Glas-Versicherung**, sucht Agenten bei Gehalt, Provision, Spesen. 9218*

Rohtabak.
Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Formen, Bockfaçon,
wieder vorräthig.
Heinrich Franck,
Brunnenstr. 185,

Pianino kauft Kube, Adalbertstr. 66.

Presskohlen,
anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche gebend. 92
Preise pro September:
Marke Centrum I, 18 Ctm. lang 6,50 M.
Beste Senftenberger Marie, 16 Ctm. lang . . . . . 5,25 „
Beste Senftenberger, stärkeres Format, 16 Ctm. lang . . 5,75 „
Senftenberger Ilse, 18 Ctm. lang . . . . 7,— „
pro Tausend frei Keller mit Fuhrlohn und Packen.
Probekohlen gratis frei Haus.
Frischeisen & Co.,
Muskauerstr. 4,
nahe Görlitzer Bahnhof
Bergstr. 85a. Unter den Linden 29.

Echt
Grätzer Export-Bier!
Versand in Flaschen,
aus der **Ersten Grätzer Export-Bier-Brauerei** von 8682*
Th. Grünberg,
Grätz i. Posen.
Stets gut abgelagerte Waare, in hochfeinster, goldklarer Qualität.
Fernsprecher Amt Schöneberg No. 92.
A. Seidler,
Schöneberg bei Berlin,
Sedanstraße 73—75 und 82.

Evora-Bräu
Fürth-Nürnberg,
in vorzügl. Qualität empfiehlt in Gebinden von 17 Litern an, auch in Flaschen.
Otto Linke, Lagerhof 3.
Telephon Amt III Nr. 404.

A. Specht, Markgrafen-Strasse 83.
Saal und Vereinszimmer.
Ringfreies Bier!

Durch **Auflösung** des Geschäfts findet **Gesundbrunnen, Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee,** ein **totaler Ausverkauf** des **großen Lagers** in fertigen
Herren- und Knaben-Garderoben,
sowie in **Schlafröcken, Joppen** und sämmtlichen **Arbeiter-Sachen**
zur Hälfte des Selbstkostenpreises
statt, da der Laden bereits anderweitig vermiethet, **müssen die enormen Vorräthe baldigst** geräumt sein. Laden- sowie Gaseinrichtung stehen billig zum Verkauf.
9692*

Verantwortlicher Redakteur: J. Dierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW., Beuthstraße 2.